INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Die Waffe der Kritik . . .

Nr. 197

11. Juni 1992

VORWORT



Inhalte:

Arbeitslosigkeit, atomare Bedrohung, Waldsterben, Luftverschmutzung und der dritte Weltkrieg waren heute wieder unsere Themen!!

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:
- Aufruf Frauen/Lesbenblock zum 20.6 Bonn
- Antifa Gifhorn
- Volksuni:kein Forum für Alfred Mechtersheimer
- Devrimci Sol (in englisch)
- Antifa-Kalendergruppe 93
- reas-Berlin zu Prozesse in B und HH

Gegen die HERRschende Weltordnung 1992

13. Juni: Teatro Popular Mexicano
Eine Theateraufführung der mexikanischen Theatergruppe CLETA
(Babylonia, 19:30)

13. Juni: Video: Bitterer Zucker
BRD 1983, 43 min., Dokumentarfilm von Gordian Troeller/Claude Deffarge
Der Film beschreibt die sozialen und gesellschaftlichen Folgen des zunehmenden Anbaus von Zuckerrohr in Brasilien, der zu einer immer größeren Verelendung der LandarbeiterInnen führt, ohne daß die Deviseneinnahmen aus dem Erlöß des Zuckerverkaufs diesen Trend aufhalten können.
(El Locco, 18:00 Uhr)

13. Juni: 16mm Film: Simplemente Jenny
USA 1977, 30 min., OmU
Ein Dokumentarfilm über Frauen in Lateinamerika und über die kulturellen Werte, die ihr Leben beeinflussen.
16mm Film: Abschied vom Lachen
BRD 1981, 43 min., von Gordian Troeller/Claude Deffarge
Der Film zeigt eine sogenannte primitive Gesellschaft im peruanischen Amazonasgebiet und verfolgt den rapiden Abwertungsprozeß der Frau durch das Christentum und die westliche Zivilisation über die vergangenen 500 Jahre.
(El Locco, 21:00 Uhr)

14. Juni: Sowjetunion / Rußland. Zum Scheitern des Modells nachholender Entwicklung
Vorstellung des neuen Heftes "Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus". (FDCL)
(Kaufhaus Kato, 19:30)

14. Juni: "Die neue Weltwirtschaftsordnung"
Info- und Diskussionsveranstaltung mit Dias und Videoausschnitten.
Die Weltkarte wird möglicherweise neu gezeichnet werden müssen. Sie wird danach weniger einer politischen Karte mit Staatsgrenzen ähneln, als einer Klimakarte mit Zonen vergleichbarer Bedingungen: Investitionszonen auf verschiedensten Lohn- und Qualifikationsstufen, relative und absolute Armutszonen, Frontstaaten und Schwellenländer mit Pufferfunktion. Wir wollen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die Rolle der Industriestaaten und multinationalen Konzerne informieren. Außerdem die Parallelen zwischen Kolonialismus damals und der Wirtschaftsordnung heute aufzeigen, sowie unsere eigene Position inmitten dieses riesigen ökonomischen Machtapparates diskutieren. (El Locco)
(El Locco, 18:00)

14. Juni: 16mm Film: Simplemente Jenny
USA 1977, 30 min., OmU
Ein Dokumentarfilm über Frauen in Lateinamerika und über die kulturellen Werte, die ihr Leben beeinflussen.
16mm Film: Abschied vom Lachen
BRD 1981, 43 min., von Gordian Troeller/Claude Deffarge
Der Film zeigt eine sogenannte primitive Gesellschaft im peruanischen Amazonasgebiet und verfolgt den rapiden Abwertungsprozeß der Frau durch das Christentum und die westliche Zivilisation über die vergangenen 500 Jahre.
(El Locco, 21:00 Uhr)

15. Juni: Bericht von zwei indianischen Frauen (Aymara) von einem Frauenradio in Puno / Peru
(Aktion Solidarische Welt)
(Kaufhaus Kato, 19:30 Uhr)

12. Juni: "Demokratie mit Straffreiheit und Hunger ist eine Farce"
Zwei Mütter der Plaza de Mayo / Buenos Aires und Oswaldo Bayer - Vortrag und Diskussion. (Aktion Solidarische Welt, amnesty international)
(BAOBAB, 19:30)

12. Juni: Bilanz nach zwei Jahren Chamorro-Regierung
Wirtschaftliche und politische Entwicklung Nicaraguas, soziale Auswirkungen und Kämpfe.
Referent: Felix Alemán Neira, Masaya, Nicaragua. (Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, in Zusammenarbeit mit ehemaligen ZAK-Leuten)
(Babylonia, 19:30)

12. Juni: 16mm Film: Sonne der Hyänen
NL/Tunesien 1977, 100 min., Regie: Ridha Behi
Die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in einem nordafrikanischen Fischerdorf werden zerstört, als dort ein deutscher Konzern, unterstützt von der einheimischen Regierung, ein modernes TouristInnenzentrum errichtet. Eine augenöffnende Kritik und sehenswerte Stellungnahme zum Tourismus in Ländern der "Dritten Welt".
(El Locco, 21:00 Uhr)

12. Juni: "Muevete - con todo el corazón"
hommage an die cubanische revolution (Autofocus)
(Ex, Gneisenaustr. 2, 1/61, 20:00 Uhr)

13./14. Juni: "Como seguimos - wie weiter?" Workshop
Mit Felix Alemán Neira, Nicaragua:
Nach den Umbrüchen: linke Perspektiven aus nicaraguanischer und deutscher Sicht

1990 verlor die FSLN in Nicaragua ihre Regierungsmacht, die hiesige Linke wurde vom Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und dem Fall der Mauer überrascht. Der Solidaritätsbewegung wurde durch die völlige Veränderung der Konfliktlinien hüben wie drüben die Basis gleich doppelt entzogen. Was an ihre Stelle treten wird, wie lateinamerikanische und europäische Linke sich zukünftig aufeinander beziehen können, ist weiterhin ungeklärt.
Wir möchten in diesem Workshop versuchen, uns nach den Niederlagen, Utopieverlusten (?) und neuen Kämpfen der letzten beiden Jahre gegenseitig über die jeweilige Situation zu verständigen (1. Tag), und uns über die seither gewählten Handlungs- bzw. Rückzugsstrategien kritisch austauschen (2. Tag)

Felix Alemán Neira, nicaraguanischer Ökonom, (Ex-Student in der DDR und der BRD) war vor dem Sturz Somozas am Aufbau der hiesigen Solidaritätsbewegung beteiligt. (Die VorbereiterInnen haben bis 1990 im Zentralamerika-Komitee Westberlin gearbeitet.)
(Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz)
(Anmeldung erwünscht unter 693 40 29)
(Kaufhaus Kato, Sa. und So. jeweils von 10:00 bis 18:00 Uhr)

13./14. Juni Umwelt-Entlastungsfest
Infos, Spiele, Attraktionen und Protest auf der Entlastungsstrasse im Tiergarten.
(Klimabündnis Berlin)

13. Juni: LandarbeiterInnen berichten:
von ihren Kämpfen in Espirito Santo/ Brasilien. (Brasilieninitiative Berlin)
(Kaufhaus Kato, 19:30)

Volkssport

4.6.92 Berlin

Unsere Gratulation zum Richtfest !

Sie dachten, sie könnten sich so locker im neuen Gewerbehof in der Skalitzerstrasse 104 im zweiten HH inmitten von 36 einnisten.
Sie dachten, sie könnten uns so locker mit angeschaltetem Licht und laufengelassener Musik abschrecken

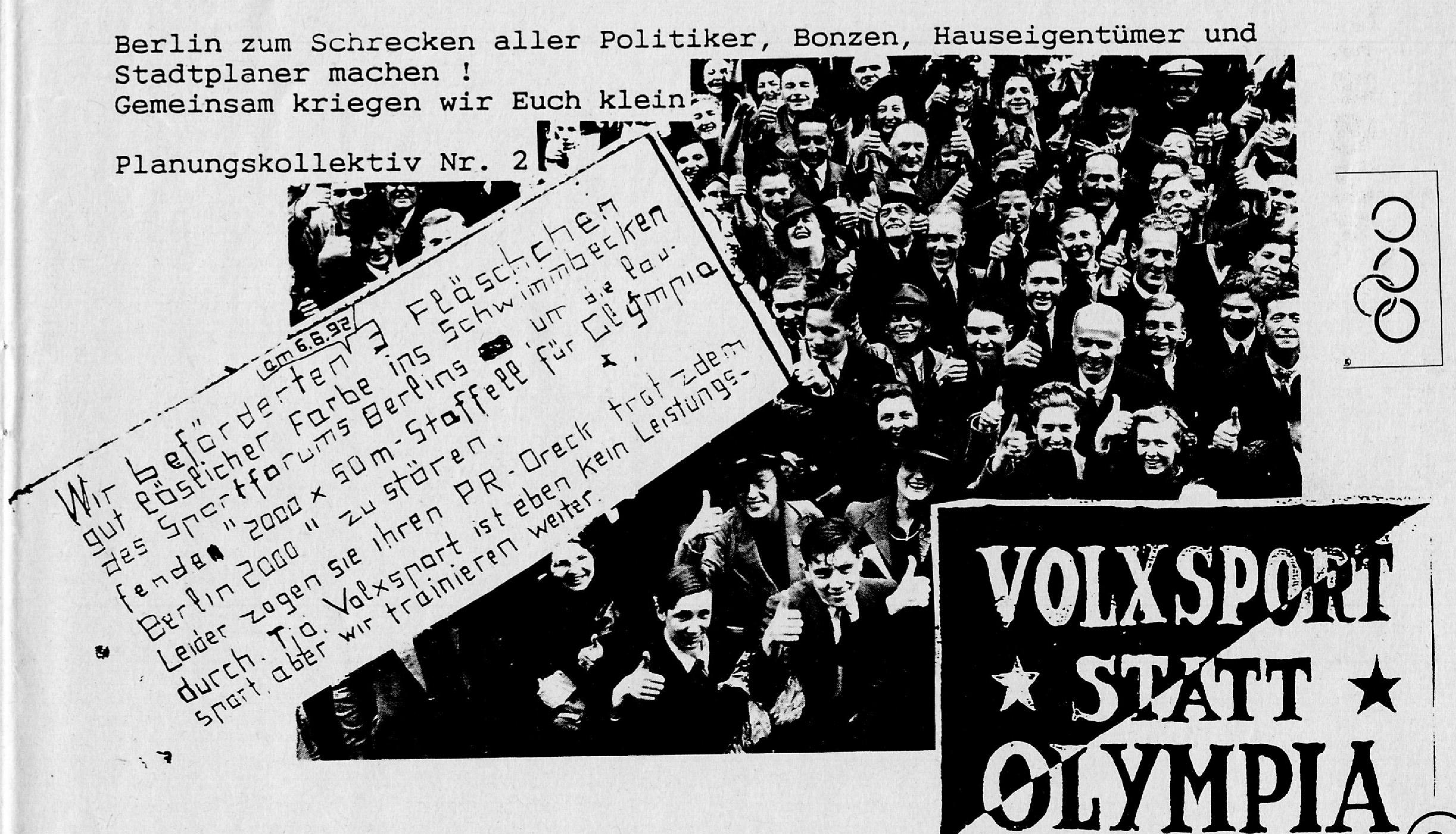
das Planungskollektiv Nr. 1

Als sie heute morgen ihre neuen Räume betraten, bestand der Anblick aus demolierten Computern, zerstörten Akten und Plänen, Wasserschaden in der gesamten Etage und bei genauerem hinsehen fehlten Akten und Disketten.
Die haben wir !

Die Herren Architekten Geist, Maier, Voigt und Werhahn werden die Welt nicht mehr begreifen, verstehen sie sich doch als durchaus fortschrittliche Umstrukturierungsschweine. Wir finden es aber überhaupt nicht fortschrittlich sich an der Planung für Olympia, für die geräumte Lübbenerstrasse 29, für den Spreebogen, für das Esplanadekonzept am Potsdamerplatz, für die Leipzigerstrasse und für den Golfplatz Tremme zu beteiligen. Und auch für den Grossspekulanten Klingbeil zu arbeiten haben wir überhaupt kein Verständniss.
Wahrscheinlich denken die Hauptstadtgewinnler und Yuppiiesierungsstrategen vom Planungskollektiv Nr. 1, dass wir sie in Ruhe lassen, wenn sie sich nur ein wenig links geben.
Aber weit gefehlt !
Diejenigen, die der Meinung sind Menschen und Wohnraum zu Waren zu machen, werden wir gehörig auf die Pelle rücken. Kommt ruhig alle nach Kreuzberg, hier kriegen wir Euch !
Ihr werdet noch viel Ärger haben mit Eurer Hauptstadt und Eurem Olympia.

Berlin zum Schrecken aller Politiker, Bonzen, Hauseigentümer und Stadtplaner machen !
Gemeinsam kriegen wir Euch klein!

Planungskollektiv Nr. 2



NEUER RASSISTISCHER ANGRIFF!

Am Sonntag, den 17. Mai 1992 wurden in Schöneberg (Potsdamer/Ecke Goebenstr.) drei junge türkische Mitbürger zur Mittagszeit auf offener Straße von einer deutschen Frau in rassistischer Weise angegriffen und angespuckt!

Nur, weil einer von ihnen sie angefaßt hat!

In Notwehr konnten sich die Opfer der rassistischen Angreiferin nur mit einem Draht verteidigen.

Keiner der vielen Passanten kam ihnen dabei zu Hilfe!

Das werden wir nicht mehr dulden! Jeder, der wegsieht, macht sich mitschuldig!

Wir fordern:

Respektierung und Akzeptanz der Sitten und Kultur ausländischer Mitbürger!

- der Sitte von ausländischen Mitbürgern entsprechende Kleidung (Rock bis über die Knie oder Hose und bedeckte Arme)!
- keine übergriffe oder Beschimpfungen von ausländischen Mitbürgern wegen Kritik an unzüchtiger Kleidung!
- keine weiteren Demütigungen der Männlichkeit von ausländischen Mitbürgern!
- keine Zerstörung der kulturellen Identität ausländischer Mitbürger durch Zwangsanpassung!

Stoppt Rassismus und Ausländerfeindlichkeit!

Liebe Leute,
folgendes Paper klebte an verschiedenen Stellen in der Stadt. Wir wüßten gerne 'mal, ob das witzig gemeint ist, wobei wir die Unterschrift "Antirassistische Aktion - "Rache für Mete Eksi" dann völlig daneben fänden. Oder ist es doch Ernst? Vielleicht können die Urheberinnen nochmal Stellung dazu beziehen. Merci,
Eine "Autonome Frauengruppe"

Volkssport Osnabrück

Die westlichen Kaffeekonzerne beteiligen sich an der Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen inder sogenannten 3.Welt.
Daher beschädigten wir heute Nacht, den 01.06.1992, einige Lieferwagen der Eduscho GmbH&coKG, Großhandelsweg 3, 4500 Osnabrück.
Durch unseren Anschlag erhält keine Plantagenarbeiterin oder Plantagenarbeiter einen Pfennig mehr Lohn oder ihren Grund und Boden zur Bearbeitung zurück, aber dafür geraten die Machenschaften von Eduscho und anderen Kaffeekonzernen wieder etwas ins Rampenlicht.
Hier sollen uns die bunten Verpackungen und die Sonderangebote erfreuen, doch sie täuschen nicht über die Lage der Kaffeebäuerinnen und Bauern hinweg:
Z.B. die Menschen in El Salvador, die unter den widrigsten Bedingungen zu Löhnen, die ihnen gerade das Brot zum Leben ermöglichen, auf den Kaffeeplantagen der handvoll Großgrundbesitzer Kaffee für den Export nach Deutschland anbauen müßen. Sie müßen es, da die europäischen Kolonialherren ihre Selbstversorgungswirtschaft zerstörten, und der Kaffeeexport heute fast die Hälfte der Handelseinnahmen des Staates El Salvador erbringt.
Aber selbst ihre staatliche Unabhängigkeit wird ihnen genommen, wenn sie versuchen ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, und auch wenn sie versuchen die Plantagenbesitzer und ausländischen Konzerne zu entmachten.
Jahrelang haben die USA und die EG den riesigen Militärapparat der regierenden Großgrundbesitzer bezahlt und ausgebildet, um die Befreiungsbewegung FMLN - eine der Organisationen der unterdrückten Bevölkerung El Salvadors - zu bekämpfen.
Nach den Angaben der USA und der EG gibt es Demokratie und Freiheit in El Salvador.
Tatsächlich gibt es Wahlen für die herrschenden Schichten, und die Freiheit hohe Gewinne zu erzielen für die großen Plantagenbesitzer und die europäischen Kaffeekonzerne.
Das sind genau die Demokratie und die Freiheit von der die Vertreter der 7 mächtigsten Industriestaaten der Welt in München beim sogenannten Weltwirtschaftsgipfel reden werden. Sie feiern den angeblichen Sieg des Kapitalismus, die "unvergleichlichen" Vorteile der Marktwirtschaft, und sie planen die Fortsetzung der Ausbeutung der Bäuerinnen und Bauern, Arbeiterinnen und Arbeiter, Kleingewerbetreibenden, Tagelöhner und Erwerbslosen weltweit und besonders in den sogenannten Entwicklungsländern.
Wir haben schon bei unserer Aktion gegen die osnabrücker Geldinstitute geschrieben, daß wir weiterhin auf die Ursachen und Folgen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung mit unseren Aktionen hinweisen wollen, damit auch gegenwärtig Menschen über eine neue Welt nachdenken.
Wir werden weitere Aktionen folgen lassen.

Solidarität heißt Widerstand! - Kampf den Ausbeutern in jedem Land!

Zur Situation der palästinensischen Frauen

Aus einem Gespräch mit einer Frau aus Yarmuk, Flüchtlingslager in Damaskus: "Ich möchte etwas sagen zum besseren Verständnis unserer Situation: die palästinensischen und die südafrikanischen Frauen befinden sich in einer einzigartigen Situation, wir leiden unter der Apartheid ebenso wie die Frauen in Südafrika - beide Kämpfe, und diese sind die beiden einzigen in der Welt, umfassen drei Arten von Unterdrückung, nicht nur die soziale Unterdrückung, unter der alle Frauen leiden und nicht nur die klassenmäßige Unterdrückung, der alle armen Leute in der ganzen Welt ausgesetzt sind, bestehen bei uns, wir leiden auch noch unter der nationalen Unterdrükkung, uns wird die Heimat vorenthalten, und deshalb wissen wir:

Aus vielen Ländern, die einen nationalen Befreiungskampf geführt haben oder noch führen, wissen wir, daß Frauen in allen Bereichen und an allen Phasen des Kampfes teilgenommen haben oder teilnehmen. Dies führte und führt dazu, daß eine Reihe von patriachalen Institutionen und Verhältnissen wie auch die geschlechtliche Arbeitsteilung, in dieser Phase des Kampfes teilweise aufgehoben wurden.

Teilweise geschieht dies aus funktionalen Gründen, bei den fortschrittlichen Kräften ist es aber Ergebnis eines Bewußtseins über die Notwendigkeit einer Veränderung patriachaler Strukturen. Dort, wo der Befreiungsprozeß von antikapitalistischen und/oder sozial-feministischen Bewegungen beeinflußt ist, sind die Voraussetzungen für eine Emanzipation der ganzen Gesellschaft ungleich günstiger als wenn er hauptsächlich von nationalen oder religiösen Momenten geprägt ist. Je größer der Einfluß der herrschenden Bourgeoisie oder der rechten religiösen Kräfte, desto schwieriger wird es sein, einen emanzipatorischen gesellschaftlichen Weg einzuschlagen.

So ist auch die Befreiung der Frauen in Palästina abhängig von der Lösung der nationalen Frage, genauso wie die Lösung der Klassenfrage an die nationale Frage gebunden ist. Nur die Frauen können eine Bewegung initiieren, die alles umfaßt: die nationale Frage, die Klassenfrage und die Geschlechterfrage.

Dies ist nicht ein Traum, sondern eine Notwendigkeit. Die Frauen sind Teil des Volkes, mehr als die Hälfte.

Wir werden nie frei sein, solange wir heimatlos sind, weder die Frauen, noch die Männer in unseren Völkern, weder die palästinensischen noch die südafrikanischen, dort liegt die Kombination, die Verbindung in unserem Kampf als Frauen, Männer, Kinder, als religiöse Leute und als andere gegen diese Besatzung zu kämpfen.

Ich glaube, daß dies ein sehr wichtiger Punkt ist, weil manchmal Frauen aus dem Westen nicht realisieren, daß diese Punkte unser Volk einen zum Kampf gegen die zionistische Besatzungsmacht, die versucht, uns auszulöschen, den Genocid gegen unser Volk praktiziert, Tag für Tag."

Die Geschichte zeigt, daß patriarchale Herrschaft durch nationale Befreiung an sich nicht berührt wird. Der nationale Befreiungskampf ist erst einmal der Kampf eines Volkes gegen koloniale Unterdrückung, mit dem Ziel der nationalen Eigenständigkeit. Für das kolonialisierte Volk ist der Kampf gegen koloniale Herrschaft ein notwendiger Kampf zur Rückgewinnung der Selbstbestimmung in allen sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereichen, ein Kampf um die Rückgewinnung der eigenen Identität, die vom Kolonisator zerstört wurde. Nationale Befreiung ist deshalb ein direkter antikolonialer Kampf, aber auch ein Prozeß der Befreiung von den Folgen kolonialer Unterdrückung und Zerstörung. Dieser Kampf sagt noch wenig aus über die nach dem Befreiungsprozeß aufzubauende Gesellschaftsordnung und über die Position, die Frauen darin einnehmen werden.

Kurzer Rückblick

Eine Beteiligung der palästinensischen Frauen am Widerstand gegen Kolonialismus und Zionismus gibt es seit den 20er Jahren. Damals bildeten sich - vor allem aus bürgerlichen Schichten bestehende - "arabische Frauenkomitees", die sowohl humanitäre als auch politische Aufgaben übernahmen. Sie leisteten Widerstand gegen die englische Kolonialmacht und die zionistische Einwanderung und Besiedelung ihres Landes in Form von Demonstrationen, Streiks und Protesttelegrammen. Während des großen palästinensichen Aufstands von 1936-1939 nahmen sie an vielen Aktivitäten teil, versteckten und transportierten Waffen, eine direkte Beteiligung am bewaffnetem Kampf war eher die Ausnahme.



Ältere, mit einem Stein 'bewaffnete' Palästinenserin auf einer Demonstration in Bet Sahur nahe Bethlehem

1948 setzten die Zionisten ihr Kolonisationsprojekt - Erez-Israel - einen Staat in Palästina zu errichten - mit Terror und Krieg durch. Die Errichtung des zionistischen Siedlerstaates teilte das Land und die palästinensische Gesellschaft. Krieg, Vertreibung und Besatzung waren die Folgen, ca 900.000 PalästinenserInnen wurden in die Westbank, in den Ghaza-Streifen und in die umliegenden arabischen Länder vertrieben.

Aufgrund der zionistischen, rassistischen Ideologie wurde den im 48er Gebiet (heutiges Staatsgebiet Israel) verbliebenen PalästinenserInnen die ökonomische Grundlage zerstört, ihr Land beschlagnahmt und sie zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Eine große Anzahl palästinensischer Männer war jetzt gezwungen, als Tagelöhner in der israelischen Wirtschaft zu arbeiten und wurde so zu Werkzeugen für die Produktion der Besatzungsmacht.



Die palästinensischen Frauen im 48-er Gebiet blieben meistens in ihren Dörfern. Dadurch, daß viele Familien durch den Krieg auseinandergerissen waren und viele Männer von morgens früh bis spät abends abwesend waren, waren die Frauen gezwungen, die alleinige Verantwortung für ihre Familien zu übernehmen. Die westliche Lebensweise ihrer Unterdrücker lehnten sie ab und hielten an den Traditionen der palästinensischen Gesellschaft, die ihnen Schutz und kulturelle Identität bot, stärker fest.

In den Familien, die in die umliegenden arabischen Länder Libanon, Irak, Jordanien und Syrien flüchteten und dort in Flüchtlingslagern lebten, war der Bruch mit den Traditionen der palästinensischen Gesellschaft schneller und radikaler. Ihre Vertreibung führte zur Verarmung und Entwurzelung.

Aufgrund der finanziellen Notwendigkeit und des politischen Drucks erkannten die PalästinenserInnen die Bedeutung von Ausbildung als Weg, ihren sozialen und ökonomischen Status wiederzugewinnen. Dies führte dazu, daß zunehmend auch Frauen arbeiteten, studierten und am politischen Kampf zur Befreiung ihres Landes teilnahmen.

Durch diese Entwicklung gehörten die Palästinenserinnen zu den am besten ausgebildeten Frauen der arabischen Länder. Sie schlossen sich den fortschrittlichen arabischen Parteien oder Komitees der jeweiligen Länder an, z.B der Baath-Partei in ihren Anfängen, den arabischen Nationalisten oder den Nasseristen. Der Panarabismus verkörperte zu der Zeit die größte Hoffnung der PalästinenserInnen auf die Befreiung Palästinas.

Insgesamt folgte eine Periode, in der karitative und kommunale Dienstleistungen die Frauenbewegung und den Kampf der Frauen charakterisierten.

Der nach der Gründung der PLO 1964 im gleichen Jahr stattfindende Nationalrat, an dem auch Frauen teilnahmen, verabschiedete eine Kongreßerklärung, die ausdrücklich die Teilnahme von Frauen in allen Aktionsebenen von Organisierung bis zu allen Widerstandsformen erklärte und die Gleichberechtigung wie auch die gleichen Rechte und Pflichten für Männer und Frauen im nationalen Befreiungskampf festlegte. Auf der folgenden Frauenkonferenz in Al Quds (Jerusalem) 1965, wurden die Möglichkeiten der Frauen für eine Beteiligung auf allen Widerstandsebenen, ihre Mobilisierung und ihre Rolle im Befreiungskampf diskutiert.

Als in Folge des zionistischen Überfalls 1967 weitere Gebiete Palästinas - Westbank, Ghaza-Streifen, Ostjerusalem und die syrischen Golanhöhen - besetzt wurden und die arabischen Staaten eine Niederlage erlitten, war die Hoffnung der PalästinenserInnen auf die Befreiung Palästinas von Außerhalb zerstört.

Die Mehrheit der palästinensischen Frauen, die zu dieser Zeit an organisierten politischen und sozialen Aktivitäten im Rahmen des palästinensischen Kampfes teilnahmen, arbeiten und sind ausgebildet und stammen hauptsächlich aus der Mittelschicht.

Als die Massenarbeit innerhalb Palästinas verstärkt wurde, waren sie es, die in die Dörfer und Flüchtlingslager der besetzten Gebiete gingen. Sie gründeten Frauenkomitees, um die spezifische Lebenssituation der Frauen dort aufzugreifen. Alphabetisierungskurse, die Einrichtung von Kinderkrippen zur Entlastung der Frauen, die Einrichtung von verschiedenen Werkstätten, in denen Frauen die Möglichkeit fanden, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, all dies sollte die Voraussetzung schaffen, um die feudalistisch-patriarchalen Strukturen der palästinensischen Gesellschaft, die sich in erster Linie gegen Frauen richten, aufzubrechen und die Frauen für den nationalen Kampf zu gewinnen.

Doch die Beteiligung der Frauen am Widerstand gegen die Besatzung blieb dennoch hauptsächlich auf soziale und ökonomische Bereiche begrenzt. Ihre Möglichkeiten zur politischen Arbeit in den verschiedenen entscheidenden Gremien blieb auch in der Folgezeit stark eingeschränkt.

Die Aufforderung an die Frauen, sich mit gleichen Rechten und Pflichten am Nationalen Kampf zu beteiligen, hatte im gesellschaftlichen Bewußtsein noch nicht dazu geführt, daß dazu auch eine Veränderung des sozialen Hintergrundes nötig ist, damit Frauen solche Forderungen und Notwendigkeiten überhaupt erfüllen können.

Jetzt entwickelte sich innerhalb Palästinas eine neue Kaft und Perspektive des palästinensischen Widerstandes. Vorbild waren der algerische Befreiungskampf, die Befreiung Kubas und der Kampf des vietnamesischen Volkes. Mit den Kämpfen dieser Völker wurde die Hoffnung ausgelöst, daß sich weltweit revolutionäre Entwicklugen durchsetzen lassen.

Analog zu dieser Entwicklung des palästinensischen Widerstandes beteiligten sich immer mehr Frauen auch auf allen Ebenen des Kampfes, z.B mit Demonstrationen, Streiks, Steineschmeißen und brennenden Barrikaden gegen die israelischen Soldaten, und sie nahmen am bewaffnetem Kampf teil.

"Zwischen 1967 und 1970 gab es auch eine ganz große Beteiligung von Frauen am bewaffnetem Kampf, obwohl die palästinensische Gesellschaft hier ein ganz klares Tabu gesetzt hatte; das ist eigentlich keine Sache von Frauen, und trotzdem haben Frauen am bewaffnetem Kampf teilgenommen, das heißt zwar nicht zum gleichen Prozentsatz wie der Mann, aber die Qualität der Frauen, die teilgenommen haben, war nicht weniger als die der Männer."

"Manche sind gefallen, manche sind in israelischen Gefängnissen, manche kämpfen weiter." (Lheila Khaled, palästinensische Widerstandskämpferin)

Während die Männer, die bewaffnet kämpften, gesellschaftliche Anerkennung erfuhren, mußten die Frauen die patriarchale Denkweise in den Köpfen der anderen, aber auch ihr eigenes Bild im Kopf, daß sie nur bis zu einer bestimmten Grenze etwas zum Kampf beisteuern können, durchbrechen.

Frauen in der Intifada

Die Anfangsperiode der Intifada kennzeichnete ein massenhafter, spontaner und breitgetragener Aufstand, der auch von einer starken Mobilisierung der palästinensischen Frauen getragen war. An allen Aktions- und Kampfformen der Intifada waren sie beteiligt: Demonstrationen, Werfen von Steinen, Bauen von Barrikaden, Organisierung von Volkskomitees, Nachbarschaftswachen und Verteidigungskomitees. Die schon vor der Intifada bestehenden Volkskomitees in den von Israel 1967 besetzten Gebieten wurden ausgeweitet, um Strukturen aufzubauen, die eine weitestgehende Unabhängigkeit von der zionistischen Besatzungsmacht ermöglichen sollten. Viele dieser Komitees wurden von Frauen getragen bzw. sind reine Frauenkomitees.

Der gesamte hausökonomische Bereich, traditionell von Frauen verrichtet, gewann für die Selbstversorgung der palästinensischen Bevölkerung neue Bedeutung. Denn in der 1967 besetzten Westbank und im Ghazastreifen gab es keine eigenständige palästinensische Ökonomie mehr, die Zionisten zwangen die PalästinenserInnen sich den Anforderungen der israelischen Wirtschaft anzupassen und unterzuordnen. Die zuvor nur von den Frauen getragene Hausökonomie war jetzt die palästinensische Ökonomie an sich. So konnte die weitgehende Verweigerung der PalästinnserInnen, nicht mehr für die israelische Wirtschaft zu arbeiten, überhaupt ermöglicht werden. Genauso ermöglichte die neue Struktur der Hausökonomie die Versorgung mit Lebensmitteln während der vielen oft mehrere Wochen andauernden Ausgangssperren.

Frauen gründeten Nachbarschaftskomitees, die verschiedene Aufgaben wahrnahmen, sie organisierten unter schwierigsten Bedingungen den von der Besatzungsmacht verbotenen Schulunterricht und schufen so eine Struktur der Intifada, die es den PalästinenserInnen ermöglichte, den Widerstand gegen die israelische Besatzung auf vielen Ebenen zu führen, auszubauen und durchzuhalten. In dieser Phase zeichneten sich die Frauen auch in der Öffentlichkeit durch ihren Mut und Einsatz aus. Gerade auch ältere Frauen verhinderten auf der Straße häufig die Festnahme von Jugendlichen, indem sie die israelischen Soldaten umringten und beschimpften, und so konnten manche der StraßenkämpferInnen entkommen. Dafür wurden die Frauen dann oft von den Soldaten geschlagen. Durch ihren Kampf gegen die Besatzungmacht verschafften sich die Frauen gesellschaftliche Anerkennung und machten deutlich, daß sie zum nationalen Kampf dazugehören und Teil davon sind.

Im Dezember 1988 wurde mit dem "Higher Woman Council" (HWC) ein Koordinierungskomitee aller Frauenprojekte und Frauenkomitees gegründet. Maßgeblich daran beteiligt waren Frauen aus fortschrittlichen palästinensischen Organisationen. Mit dem HWC wurde eine eigenständige politische Struktur für Frauen geschaffen, die sich als feministischer Arm der Vereinigten Nationalen Führung (VNF) versteht. Das Higher Woman Council gab eigene politische Erklärungen heraus und entwickelte eine Verfassung für Frauen, um die Errungenschaften der Frauen in der Intifada abzusichern, mit dem Ziel, daß Frauen politisch, sozial und ökonomisch eigenständige Menschen werden können.

Von der rechten PIO-Führung wurde das Programm des HWC abgelehnt. Mit der Erstarrung der Intifada gewannen die rechten Kräfte immer mehr an Boden, bis sie schließlich auch die VNF dominierten. Forderungen des HWC oder von Frauenkomitees wurden ignoriert oder abgelehnt und so die Arbeit in einem für die Emanzipation der gesamten palästinensischen Gesellschaft wichtigen Bereich behindert bzw. unmöglich gemacht.

Palästinenserinnen als politische Gefangene

Es gibt ca. 17.000 bis 25.000 politische Gefangene aus den besetzten Gebieten. In der Mehrzahl sind dies Männer. Fast jede Familie ist von der Situation betroffen, daß ein odere mehrere Familienmitglieder in israelischen Gefängnissen inhaftiert sind.

Auch vor der Intifada gab es Frauen, die in israelischer Haft waren, aber seit dem Beginn der Intifada ist mit dem Anstieg der am Befreiungskampf beteiligten Frauen auch ihre Anzahl als politische Gefangene gestiegen. Da die palästinensischen Frauen wesentliche Trägerinnen der Intifadastrukturen sind, versucht die israelische Besatzungsmacht mit dem Mittel der Inhaftierung (Administrativhaft, kann bis zu einem Jahr verhängt werden ohne Prozeß und



Palästinensische Mütter trauern am Zaun des Internierungslagers

(Foto Jeune Afrique)

Urteil), aktive, bewußte Frauen dem Kampf zu entziehen, einzuschüchtern und zu bedrohen.

Eine Art der Folter, welcher die Gefangenen neben der körperlichen Folter wie Schlägen usw. ausgesetzt sind, ist die sexuelle Folter/Vergewaltigung. Die israelische Besatzungsmacht setzt die sexuelle Folter gezielt gegen die palästinensische Gefangene ein, häufig mit dem Ziel, die Frauen zur Kollaboration zu zwingen, indem sie ihnen androhen, bei Verweigerung der Mitarbeit die ihnen zugefügte sexuelle Folter öffentlich zu machen. Für palästinensische Frauen, die im Gefängnis sexueller Folter/Vergewaltigung ausgesetzt sind, ist dies nicht "nur" ein persönliches Trauma, sondern hat für sie häufig fatale gesellschaftliche Konsequenzen. In einer Gesellschaft, in der die "Ehre" der Frau gleichzeitig die "Familienehre" verkörpert, ist Jungfräulichkeit das höchste Gut. Vorehelicher und außerehelicher Geschlechtsverkehr gelten als nicht zu verzeihende Verstöße dagegen. Frauen werden dafür geächtet und sanktioniert, oftmals auch getötet. Nach dieser Moral der palästinensischen Gesellschaft ist dann die Frau die de facto Schuldige und nicht der Folterer.

Mit der sexuellen Folter an der Gefangenen nutzen die Zionisten gezielt eine Schwachstelle der palästinensischen Gesellschaft für ihre Zwecke aus, indem sie patriachale frauenfeindliche Strukturen der palästinensischen Gesellschaft unterstützen und benutzen, um den Kampf der Frauen in der Intifada zurückzudrängen und den gemeinsamen Kampf der PalästinenserInnen zu spalten.

Die sexuellen Folterpraktiken der Zionisten, gezielt gegen Frauen eingesetzt, greifen an diesem Punkt, weil in der palästinensischen Gesellschaft "die Verletzung der Familienehre", verkörpert durch die Frau, oftmals noch höher bewertet wird als ihr Kampf um nationale Befreiung.

Es waren die Frauen selbst, die das Tabu brachen, und die palästinensische Öffentlichkeit mit ihren Erfahrungen, denen sie in der Haft ausgesetzt waren, konfrontierten. Manche erzählten unmißverständlich, was ihnen bei den Verhören angetan wurde, obwohl sie wußten, daß ihre Familien im Gerichtssaal anwesend waren. Zum Teil hat dies zu einer Bewußtseins- und Verhaltensänderung innerhalb der palästinensischen Öffentlichkeit geführt. Einige Familien legten ihr ganzes konventionelles Denken ab und gaben den Mädchen und Frauen im Widerstand ihre volle moralische Unterstützung. Sie sorgten sich jetzt eher um deren Standhaftigkeit angesichts der von den Besatzern verursachten Leiden (nicht nur sie allein hatten zu leiden, oft wurden ihre Häuser zerstört, ihre Familien auf die Straße gesetzt) als um die traditionellen patriarchalen Werte von "Ehre" und "Schande".



Die Besatzer bemerkten diesen Wandel nicht so schnell und versuchten weiterhin, die Frauen des Widerstandes als "Huren" hinzustellen, die die alten arabischen "Sitten" mißachten. In der starken Phase der Intifada griff diese Propaganda der Besatzer in der öffentlichen Meinung der PalästinenserInnen jedoch nicht so wie beabsichtigt, aber es werden immer noch Frauen gächtet, getötet oder in den Selbstmord getrieben, weil sie die "Familienehre" verletzt haben.

Auch im 48er Gebiet werden Frauen aus Gründen der "Familienehre" getötet. Laut offiziellen Statistiken sind es jährlich 40 Frauen, die ermordet werden. Und auch hier nutzen die Israelis die Situation der palästinensischen Frauen wie in der Westbank und im Ghaza-Streifen für ihre Zwecke aus. So geschieht es z.B., wenn Palästinenserinnen von zu Hause weglaufen, daß sie von den israelischen Behörden in ihre Familien zurückgebracht werden, obwohl diese wissen, welches Schicksal die Frauen erwartet.

Wird eine Frau von ihrem Vater oder Bruder getötet, die damit die "Familienehre" wiederherstellen wollen, so fallen die Strafen, die von den israelischen Richtern gegen die Täter verhängt werden, meistens sehr gering aus oder die Anklage gegen den Vergewaltiger wird fallengelassen, wenn er zur Kollaboration bereit ist.

Im Sommer 1991 wurde eine schwangere, unverheiratete palästinensische Frau "zur Wahrung der Familienehre" von männlichen Mitgliedern ihrer Familie ermordet. Dieses Ereignis nahm "Al Fanar", eine im Frühjahr 1991 gegründete feministische Bewegung, zum Anlaß, einen offensiven Kampf gegen Frauentötungen zu beginnen. In "Al Fanar" sind zur Zeit ca. 40 Palästinenserinnen organisiert. In ihrem Grundsatzprogramm schreibt "Al Fanar", die sich als unabhängige, feministische, palästinensische Organisation versteht und im 48er Gebiet arbeitet, daß für sie keine Trennung zwischen nationalem und sozial-feministischem Kampf besteht:

"Eine nationale Befreiung ohne soziale Befreiung, welche alle unterdrückten Klassen und Schichten, Arbeiter, Bauern, Arme und Frauen umfaßt, kann niemals eine wahrhafte nationale Befreiung bedeuten. Sie kann maximal die Ersetzung einer auf nationaler Unterdrückung basierenden Diktatur durch eine "nationale", auf sozialer Unterdrückung basierende Diktatur sein, ähnlich wie es in arabischen Staaten geschieht, wie z.B. in Saudi-Arabien, in Kuwait, Syrien, Irak und Ägypten u.a..."

Der Einfluß islamischer Fundamentalisten auf die Situation der palästinensischen Frauen

Eine wichtige Voraussetzung für das Entstehen und für die Weiterentwicklung der Intifada war die nationale Einheit aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte der palästinensischen Gesellschaft. Aus diesem Grund versuchte die VNF von Beginn an, alle palästinensischen Gruppen/Organisationen in die Intifada einzubinden. Die fundamentalistischen Kräfte (z.B. Hamas) lehnten dies jedoch ab. Sie nahmen eine abwartende Haltung ein, bis absehbar war, daß es sich bei der Intifada nicht nur um ein kurzfristiges Aufflackern des Widerstandes handelte. Ab diesem Zeitpunkt gaben sie eigene Flugbläter heraus und riefen zu eigenen Streiktagen und Demonstrationen auf.

In der ersten Phase der Intifada gelang es mit dem Ausbau der Volkskomitees und einer einheitlichen Führung, der VNF, breite Teile der Bevölkerung miteinzubeziehen. Die VNF veröffent-

lichte Kommuniques mit Forderungen und Vorschlägen für konkrete Probleme und für die nächsten wichtigen Schritte, um die Intifada zu steigern.

Kennzeichen dieser Phase war, daß die einheitliche Führung in der Lage war, Antworten auf die Probleme zu finden, mit denen die PalästinenserInnen konfrontiert waren: z.B. im sozialen Bereich, als die Mieten aufgrund der sich verschlechternden sozialen Situation nicht mehr gezahlt werden konnten, wurden die Hausbesitzer aufgefordert, diese zu senken, als die Schulen und Universitäten von den Besatzungsbehörden geschlossen wurden, wurde der Unterricht im Untergrund organisiert.

Doch mit der Ausrufung des palästinensischen Staates 1988 gelang es der rechten PLO-Führung, entscheidenen Einfluß auf die Intifada zu nehmen, indem sie die Kontrolle über die VNF erlangte. Die Folge war, daß nicht mehr die Intifada die politische Bewegung bestimmte, sondern die politische Taktik der rechten PLO die Intifada kontrollierte. Das Hauptaugenmerk galt fortan der Diplomatie (Dialog mit den USA, Bereitschaft zu Zugeständnissen an die Zionisten) und nicht der Weiterentwicklung und Steigerung der Intifada. Die rechte PLO-Führung sah die Intifaaa nur noch als Unterstützung ihrer Politik.

Das Kräfteverhältnis innerhalb der Institutionen der PLO ermöglichte es den linken Kräften nicht, diese Entwicklung zu verhindern. Auch die linken AktivistInnen in den besetzten Gebieten, die anfangs die stärkste Kraft auf den Straßen gewesen waren (sie waren durch Verhaftungen und Terror der Besatzungsmacht geschwächt), konnten diese Entwicklung ebenfalls nicht verhindern. Von den Verhaftungen (Administrativhaft) war z.B. die gesamte erfahrene Intifadaführung mehrfach betroffen, was erheblich zur Schwächung der Intifada beitrug.

In dieser Situation der offensichtlich erfolglosen Diplomatie der rechten PLO-Führung und der Schwäche der Linken, konnten fundamentalistische Kräfte wie z.B Hamas wieder an Boden gewinnen und ihren Einfluß kontinuierlich ausbauen. Hamas wurde und wird finanziell von Saudi-Arabien unterstützt und war so in der Lage, weiterhin wichtige soziale Projekte für die Bevölkerung anzubieten, womit sie großen Zulauf erhielten.

Die linken Kräfte mußten viele ihrer Projekte einstellen, da ihnen von der rechten PLO-Führung die Geldmittel fast völlig gestrichen wurden.

Die Frauen waren als erste und am nachdrücklichsten von der Krise der Intifada betroffen. Je mehr sich die fundamentalistischen Kräfte durchsetzten, desto stärker versuchten sie, Frauen aus den öffentlichen und politischen Bereichen herauszudrängen und sie wieder auf die traditionellen Rollen- und Familienbindungen - auf der Grundlage einer scharfen Geschlechtertrennung - festzuschreiben. Frauen sollen wieder zu Müttern, Ehefrauen, Töchtern und Schwestern von Gefangenen werden. Ihre politische Emanzipation soll wieder zurückgedrängt und ihre Aufgaben sollen sich darauf beschränken, die Verwundeten zu pflegen, Märtyrerfamilien zu besuchen, in Kooperativen Lebensmittel zu produzieren und Kinder zu gebären. Ebenso versuchte Hamas, die Frauen zu zwingen, den hijab (Kopftuch, im Ghaza-Streifen oft bodenlanges Gewand) zu tragen. Es gab tätliche Angriffe von Hamasanhängern gegen Frauen, die sich dem widersetzten. Nur vereinzelt gab es von Männern unterstützende Aktionen gegen diese Übergriffe, viele Männer schieben das Problem als eher unwichtige Angelegenheit beiseite oder reduzieren es auf eine reine Kleiderfrage, die mit Politik nichts zu tun habe.

Erst als sich die Angriffe auch gegen verschleierte Frauen häuften, die auf ihrem Weg zur Arbeit oder während Demonstrationen direkt angegriffen wurden, kam es zu einigen solidarischen Reaktionen von Seiten der VNF, die aber über Lippenbekenntnisse nicht hinausgingen. So forderte die VNF nur, die Angriffe einzustellen, sie forderte aber nicht dazu auf, gegen die Angreifer vorzugehen wie sie es z.B. im Falle der Streikbrecher oder der Kollaborateure tat. Auch unter linken Männern ist die Ansicht verbreitet, daß Frauen in der Politik nichts (mehr) zu suchen haben. Auch Männer aus linken Organisationen verbieten ihren Ehefrauen, Töchtern oder Schwestern, in Frauenkomitees oder außerhalb des Hauses zu arbeiten. Um der Einheit willen raten sie Ihnen, sich zu verschleiern, sich "sittsam" zu kleiden und auf Kosmetika zu verzichten.

Dieses Verhalten bzw. Nichtverhalten hat mit dazu beigetragen, daß Hamas ein Klima von Verunsicherung und Gewalt gegen Frauen ohne großen Widerstand durchsetzen konnte, dem sich auch schon linke Frauen unterordnen. Im Ghaza-Streifen, wo der Einfluß von Hamas am stärksten ist, gilt es mittlerweile in vielen Familien als Schande, wenn Frauen sich an Aktivitäten auf der Straße beteiligen. Immer häufiger tauchen Wandparolen auf, die Frauen auffordern, sich in ihre Häuser zurückzuziehen.



Auch unter den Palästinenserinnen gibt es Frauen, die die "Ehre der Frauen" geschützt sehen wollen. Viele Palästinenserinnen haben allerdings den reaktionären Charakter von Hamas erkannt. Sie wissen, daß es beim hijab nicht darum geht, ein Kleidungsstück mehr oder weniger zu tragen. Sie wissen, daß dies der Anfang eines Weges sein kann, der die Unantastbarkeit traditioneller Verhaltensmuster und Strukturen besiegeln soll. Für sie ist der Schleier keine "unbedeutende Angelegenheit" wie viele Männer meinen, sondern ein Symbol für eine reaktionäre Ideologie, die ihrer Befreiung von Klassenunterdrückung und patriachaler Unterdrükkung diametral entgegensteht.

Das Festhalten der Linken und fortschrittlichen Kräfte an der nationalen Einheit hat nicht zum gewünschten Erfolg geführt, sondern hat die Positionen der Linken geschwächt und neue Probleme aufgeworfen. Einerseits war die nationale Einheit die Voraussetzung für die Intifada, andrerseits mußte die Linke im weiteren Verlauf der Intifada den Preis dafür mit Zugeständnissen und Abstrichen ihrer Politik bezahlen. Dies hat viele PalästinenserInnen verwirrt und enttäuscht und sie mit den religiösen Werten und radikaleren Positionen von Hamas sympathisieren lassen.

Hamas versucht durch radikale antiimperialistische Positionen, die Menschen an den Islam zu binden. So wird Hamas von vielen als die einzige Kraft empfunden, die - nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion - Zionismus und Imperialismus entgegensteht. Die Ausdehnung der nationalen Einheit von Seiten der VNF auf die fundamentalistischen Kräfte, deren Einbeziehung ebenfalls eine Bedingung für die Kontinuität der Intifada war und ist, wirft neue Probleme in Bezug auf die soziale Befreiung der Frauen auf.

Aus der Schwäche der Linken heraus konnte Hamas seinen Einfluß ausbauen. Die Taktik des Ignorierens und der Verharmlosung der Angriffe von Hamas gegen die Frauen hat der Intifada weiteren Schaden zu gefügt. Die Beteiligung der Frauen an sozialen und politischen Aktivitäten ist zurückgegangen. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Arbeit in den Volkskomitees und somit auch auf die Struktur und Stimmung der Intifada, die wesentlich von Frauen getragen ist.

Welche Perspektive haben die Frauen? Viel hängt von ihnen selbst ab, inwieweit sie sich ihre Rechte und Würde zurückerkämpfen und sie verteidigen. Welchen Erfolg sie dabei haben werden, wird auch davon abhängen, ob sie von den fortschrittlichen Teilen der Bewegung unterstützt werden und ob diese eine Radikalität erreichen können, bei der auch Klassenunterdrückung und patriachale Strukturen beseitigt werden sollen, ob sie einen Kampf für eine Gesellschaft führen werden, in der Geschlecht, Hautfarbe und Religion nicht maßgeblich sind.

Bundesweite Demonstration

Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen!

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 20.Juni 1992 in Bonn (Beginn: 11.00 Uhr)!

Viele haben vor drei Jahren - während des letzten Hungerstreiks der politischen Gefangenen - gemeinsam mit uns (FreundInnen, Angehörigen, GenossInnen) für die Forderungen der Gefangenen demonstriert. Diese Forderungen sind bis heute im wesentlichen nicht verwirklicht!

Wann, wenn nicht jetzt - wer, wenn nicht wir?!

Nach mehr als 20 Jahren Sondergesetzen, Isolationshaft und neun toten Gefangenen, nach mehr als 20 Jahren kollektivem Kampf der Gefangenen und immer größer werdender öffentlicher Unterstützung sehen sich Teile des Staatsapparates gezwungen, die harte Haltung des Staates gegenüber den Gefangenen in Frage zu stellen. Mit ihrer Erklärung vom 10.April 1992 hat die RAF entschieden, Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einzustellen. Damit markiert die RAF einen Schnitt in die aktuelle Situation.

Für die Gefangenen aus RAF und Widerstand sagt Irmgard Möller, seit 20 (!) Jahren im Knast, in einer Erklärung vom 15.April 1992, "*... daß die globalen und innergesellschaften umbrüche so tiefgehend sind, daß sie für alle eine einfache fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich machen.*" Dazu gehört unbedingt, daß die politischen Gefangenen an den jetzt notwendigen politischen Prozessen teilnehmen können. Wir wollen eine gemeinsame Diskussion, die unter den vorhandenen Bedingungen nicht möglich ist. Diese Bedingungen müssen sich ändern - sofort und für alle!

Alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann, fordern wir auf, mit nach Bonn zu kommen! Wir wollen auf die Straße gehen, weil wir wissen, daß konkrete Schritte zur Änderung der Situation aller Gefangenen nicht freiwillig gemacht werden, sondern erkämpft werden müssen!

Wir wollen nach Bonn gehen, um von der Regierung zu fordern, die Weichen für eine politische Lösung für alle politischen Gefangenen zu stellen. Das heißt, die Freilassung aller politischen Gefangenen zu entscheiden und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, daß die Gefangenen in einem überschaubaren Zeitraum rauskommen. Erste Schritte dazu sind, daß die haftunfähigen Gefangenen Bernd Rössner, Günter Sonnenberg, Isabel Jacob und Ali Jansen sofort freigelassen werden. Ute Hladki und Angelika Goder müssen draußen bleiben, weil sie haftunfähig sind.

Für alle anderen Gefangenen aus RAF und Widerstand fordern wir als ersten und sofort möglichen Schritt ihre Zusammenlegung und die Aufhebung aller Sofortmaßnahmen, die ihre Kommunikation einschränken oder unmöglich machen. Dazu gehört auch, daß die neuen Strafverfahren gegen einige Gefangene aus der RAF, die auf Kronzeugenaussagen basieren, eingestellt werden. Und: Die Freilassung der politischen Gefangenen darf nicht von inquisitorischen Anhörungen abhängig gemacht werden.

Politische Lösung bedeutet aber auch:

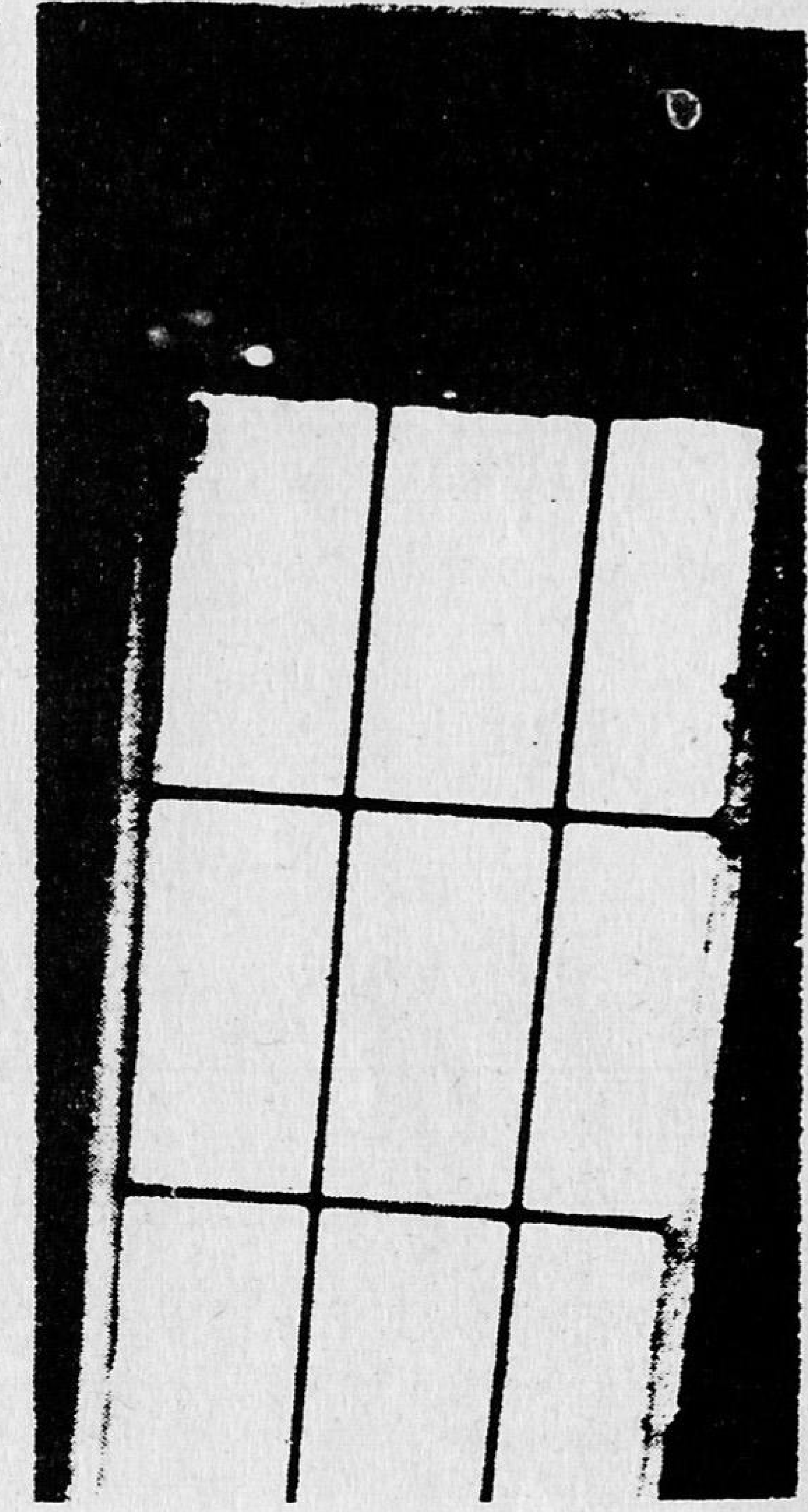
- Alle Isolationstrakte und Sonderabteilungen müssen geschlossen werden.
- Alle haftunfähigen Gefangenen müssen freigelassen werden.
- Alle repressiven Maßnahmen gegen die, die sich für das Leben und die Freiheit der Gefangenen einsetzen, müssen eingestellt werden.

FreundInnen und GenossInnen der politischen Gefangenen in der BRD

(UnterstützerInnen: Bunte Hilfe Darmstadt, Infobüro Stuttgart, Initiative für die Zusammenlegung Heidelberg, Infobüro Karlsruhe, Infoladen Bonn, red house Düsseldorf, clockwork 129a; Stand: 10.Mai 1992)

Kontaktadresse: Infoladen Bonn, Wolfstraße 10/Hinterhaus, 5300 Bonn 1

Spendenkonto: K.Leukefeld, Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50), Konto-Nummer 3968-506, Stichwort: Bonn-Demo



EINLADUNG ZUR VV
DEMONSTRATION AM 20. JUNI '92 IN BONN
"FÜR DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN"

Wir freuen uns, daß Thomas Thoene, Claudia Wannersdorfer und Günter Sonnenberg aus dem Knast raus sind. Aber das reicht nicht! Alle 40 politischen Gefangenen müssen raus und es geht nicht an, daß jetzt nach 22 Jahren Vernichtungshaft Normalität behauptet wird.

- Wir teilen nicht die Einschätzung aus dem ersten - in der Interim abgedruckten - bundesweiten Aufruf, daß der Staat zu der sogenannten Kinkel-Initiative "gezwungen" war. Vielmehr verfolgt der Staat mit einer "politischen Lösung" das gleiche Ziel wie bisher, nämlich Befriedung, Versöhnung mit den herrrschenden Verhältnissen. Mit uns gibt es keine Versöhnung mit den Herrschenden!

- Aufgrund der Kinkel-Initiative, der Erklärungen der RAF und der Gefangenen und der verschiedenen Interviews mit Gefangenen gab es erstmals seit langem eine relativ breite Öffentlichkeit für dieses Thema. Gleichzeitig ist aber auch ungewiß, ob dieses öffentliche Interesse auch nach der Sommerpause noch besteht.

- Wir gehen davon aus, daß die Entscheidung über die Freiheit der politischen Gefangenen nicht ausschließlich in der Konfrontation Gefangene und RAF einerseits und Staat andererseits fällt, sondern daß zur Durchsetzung der Forderung nach Freiheit der politischen Gefangenen ein breiter gesellschaftlicher Druck erforderlich ist.

- Damit ist auch klar, daß es nicht darum gehen kann, der sogenannten Kinkel-Initiative zum Erfolg zu verhelfen. Vielmehr wird diese Initiative als Projekt der Vereinzelung (Einzelfall-Entscheidung nach "Recht und Gesetz") und damit der Entpolitisierung eingeschätzt. Die andere Seite der Kinkel-Initiative sind die neuen Anklagen gegen Gefangene aufgrund der Aussagen der Kronzeugen aus der Ex-DDR, d. h. die Mehrheit der Gefangenen soll weiterhin als Geiseln festgehalten werden. Wir setzen dagegen unsere Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen ohne Abschwören und in einem absehbar nächsten Zeitraum.

Wir wollen auf der VV auch erzählen, wie die Vorbereitungen in Westdeutschland und hier bei uns gelaufen sind, und wie wir jetzt mit dem Problem, daß es gleichzeitig 2 bundesweite Demonstrationen gibt - in Berlin ist am 20. 6. eine Demo für die Streichung des § 218 - umgehen wollen.

VV ZUR DEMO "FÜR DIE FREIHEIT DER POLITISCHEN GEFANGENEN"

SONNTAG, DEN 14. JUNI

19.00 UHR

MEHRINGHOF, GNEISENAUSTR. 2A

Machtinstrument Bevölkerungspolitik

Teil 1: Mythen zur Überbevölkerung

Im Folgenden Grundsätzliches dazu aus dem *"Positionspapier zur Bevölkerungspolitik"* **der** *Frauengruppe Antigena* **aus Zürich. Der Teil 2, "Realpolitik mit Frauenkörpern", wird auf die konkreten Instrumente zur Bevölkerungskontrolle, deren Opfer die Frauen sind, eingehen und im nächsten TATblatt erscheinen.**

(Antigena)

Bevölkerungspolitik zur Reduzierung der Geburtenrate braucht es wegen der "Überbevölkerung" bzw wegen des "zu hohen Bevölkerungswachstums" — so jedenfalls sehen es die Bevölkerungsstrategen.

Maßstäbe zur Messung von "Überbevölkerung"

Grundsätzlich impliziert der Begriff ein "Zuviel" an Menschen. Woran ließe sich ein allfälliges "Zuviel" messen?

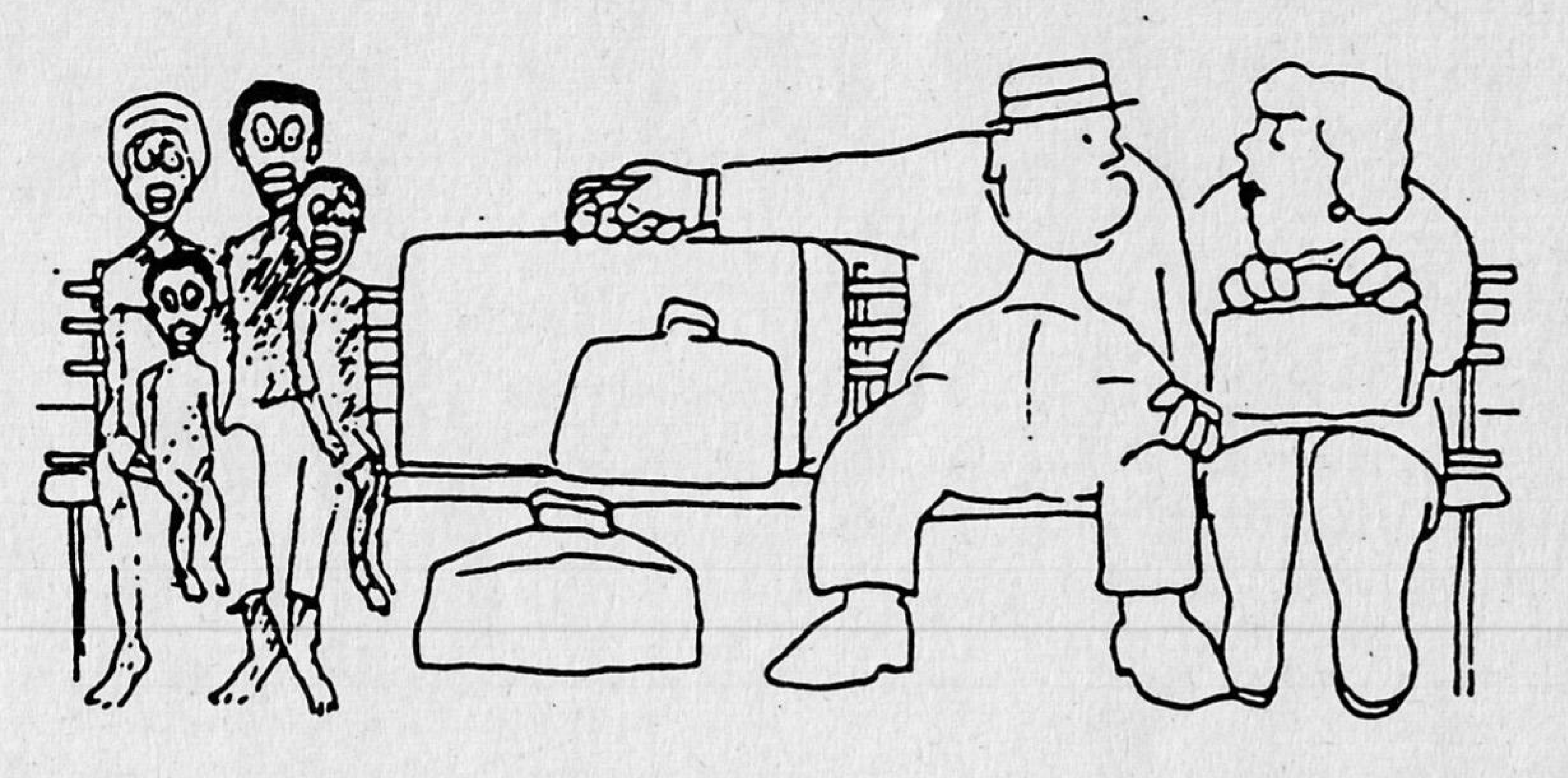
Der naheliegendste Maßstab ist derjenige der **Bevölkerungsdichte**: Ein Land wäre im internationalen Vergleich viel dichter besiedelt als der Durchschnitt, und der Platz würde nach allgemeinem Empfinden nicht mehr ausreichen.

Dieser Maßstab liegt aber der Bevölkerungspolitik nicht zugrunde, sonst müßten die rigorosen Programme zur Reduzierung der Geburtenrate zuerst in Holland oder der Schweiz eingesetzt werden. In der "Dritten Welt" gibt es nur wenige Länder, wie Indien oder Bangladesh, deren Bevölkerungsdichte gleich hoch oder höher ist, als in Europa. Botswana beispielsweise hat bei gleicher Fläche fünfzig mal weniger Bewohnende wie Frankreich. Trotzdem muß das Land offenbar überbevölkert sein, hat doch die Weltbank 1989 einen Kredit davon abhängig gemacht, daß Botswana Maßnahmen zur Senkung der Geburtenrate ergreift.[1]

Ein zweiter möglicher Maßstab wäre, die **im Land produzierte Nahrungsmenge mit der Bevölkerungszahl zu vergleichen.** Wenn es nicht für alle reicht, würden die einen ein Zuviel an Menschen, die anderen ein Zuwenig an Produktion, die Dritten ungerechte Verteilung diagnostizieren.

Aber auch nach diesem Maßstab wären es nicht die Länder des Trikonts, die ihre Bevölkerungszahl reduzieren müßten: Sie produzieren am meisten Nahrung, die dann allerdings zwecks Schuldendienst exportiert werden muß, sei es in Form von Nahrungs- oder Futtermitteln. Die Schweiz beispielsweise hat einen Selbstversorgungsgrad von nur 60 Prozent. Ohne Nahrungsmittelimporte müßte sie die Bevölkerung reduzieren oder diese müßte sich weit weniger verschwenderisch verhalten.

Ein dritter Maßstab könnte der **Ressourcenverbrauch** oder die **Umweltbelastung** sein. Auch dann wären die Industrieländer am massivsten überbevölkert: Ein Mensch in der "Ersten Welt" konsumiert durchschnittlich neun- bis zwölfmal mehr Ressourcen (Energie, Brennstoffe, Holz, Stahl), als ein Mensch in der "Dritten Welt".



Mit anderen Worten: *"Der Geburtenzuwachs von 1/2% pro Jahr in den entwickelten Ländern wiegt punkto Rohstoff- und Energieverbrauch immer noch zwei- bis dreimal schwerer als der Geburtenzuwachs von 2,1% in den unteren Bevölkerungsschichten der Entwicklungsländer".*[2]

Fazit: "Überbevölkerung" ist kein wissenschaftlicher, rationaler oder gar objektiv-neutraler Begriff, sondern schlicht ein ideologischer.

Geschichte der "Überbevölkerung"

Bezeichnend ist den auch, in welchem Zusammenhang erstmals von Überbevölkerung gesprochen wurde: Im 16. Jahrhundert kam in England die Rede von "überzähligen" Mensch auf, als die adeligen Großgrundbesitzer Ackerland in Weideland umwandelten, da die Schafzucht einträglicher war. Tausende von PachtbäuerInnen wurden ihrer Lebensgrundlage beraubt und waren zur Migration in die Städte gezwungen.

Thomas Malthus lieferte 1798 das wissenschaftliche Werkzeug, um die These der "überzähligen" Menschen zu stützen: Sein Bevölkerungsgesetz besagt, *"daß das Wachstum der Nahrungsmittelproduktion mit dem der Bevölkerung nicht Schritt halten könne. Daher müsse das Bevölkerungswachstum kontrolliert werden. Armut und im Extremfall Hungerkatastrophen sah Malthus als die einzig wirksamen Mechanismen an, durch die eine Balance zwischen menschlichen Bedürfnissen und natürlicher Notwendigkeit hergestellt werden könne."*[3]

"Neomalthusianismus" heißt heute das Etikett für Theorien, die rigorose Maßnahmen zur Reduzierung der Bevölkerungszahl in der "Dritten Welt" verlangen.

Nach dem 2. Weltkrieg nahm die Ideologie der "Überbevölkerung" einen neuerlichen Aufschwung. Die USA versuchten damals, die Geburtenkontrolle im Trikont einzuführen. Bis in die 70er-Jahre wehrten sich die betroffenen Länder vehement gegen die Überbevölkerungsthese und kritisierten sie als ein Ablenkungsmanöver: Die Aufmerksamkeit solle von den wesentlichen Problemen, wie ungerechter Weltwirtschaft, medizinischer Unterversorgung und Analphabetismus weggelenkt werden.

Bis zum 2. Weltbevölkerungskongreß 1984 in Mexiko City war die Schuldenfalle zugeschnappt: Der Handel "Kredite gegen Geburtenkontrolle" hatte alle betroffenen Länder mehr oder weniger zum Nachgeben gezwungen.

Inzwischen sind die Begrifflichkeiten etwas verändert worden: "Überbevölkerung" ist ein sehr direkter und eindeutig personenbezogener Begriff, der sofort die Assoziation von überzähligen und überflüssigen Menschen auslöst. Im heutigen Technokratiezeitalter wird deshalb lieber mit unpersönlichen Begriffen, wie "Bevölkerungswachstum" oder "Senkung der Geburtenrate" gearbeitet. Damit wird die Tötung lebender Menschen verschoben ins Abstrakte, ins Verhindern noch nicht Geborener, worunter scheinbar keineR zu leiden hat. Die Millionen von Frauen, die dadurch in die Programmen zur Bevölkerungskontrol-

le gezwungen werden, verschwinden aus dem Blickfeld.

Die vier Mythen

Obwohl die Behauptung, die "Dritte Welt" sei überbevölkert, erwiesenermaßen interessensgebunden und falsch ist, sind fast alle weißen Menschen davon überzeugt. Die PropagandistInnen der Bevölkerungskontrollprogramme operieren hauptsächlich mit vier Mythen:

"Hemmungsloses Sexualverhalten schafft Überbevölkerung"

Ganz sebstverständlich schreiben Weiße, und insbesondere weiße Männer, schwarzen Menschen sexuelle Triebhaftigkeit zu: Die schwarze Frau wird automatisch mit hoher Fruchtbarkeit in Verbindung gebracht, der schwarzen Mann mit hoher sexueller Potenz. Die eigene Verklemmtheit wird umgemünzt in eine pauschale Sexualisierung der anderen: Das sind einmal alle Frauen als Geschlecht und dazu noch alle schwarzen Menschen, deren Sexualverhalten schuld am Bevölkerungswachstum sein soll.

Was aber hat das Sexualverhalten mit dem Wachstum der Bevölkerung zu tun? 1910 gebar jede Schweizerin im Durchschnitt mehr als drei Kinder, 1980 waren es noch 1,5 pro Frau. KeineR würde ernstlich behaupten, die Ursache dafür liege in einem halbierten Sexualtrieb der Schweizer Bevölkerung.

"Überbevölkerung schafft Hunger"

2/3 der Menschheit hungert oder leidet an Mangelernährung. Weltweit werden genügend Nahrungsmittel produziert, um alle Menschen zu ernähren. Der Skandal liegt in der ungleichmäßigen Verteilung.

Die größten Hungersnöte sind neueren Datums und durch vom Westen forcierte landwirtschaftliche Methoden und Industrialisierung entstanden: Monokulturen, Technologisierung, Zerstörung der Selbstversorgung, Abholzung, Staudämme, Exportzwang. Selbst UNO-Studien stellen fest, daß in jenen Gebieten, in welchen die "Grüne Revolution" erfolgreich durchgeführt wurde, die Mangelernährung zugenommen hat. Sinkende Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe bei gleichzeitig steigenden Preisen für Saatgut und Zubehör tragen das ihre zur Hungerpolitik bei.

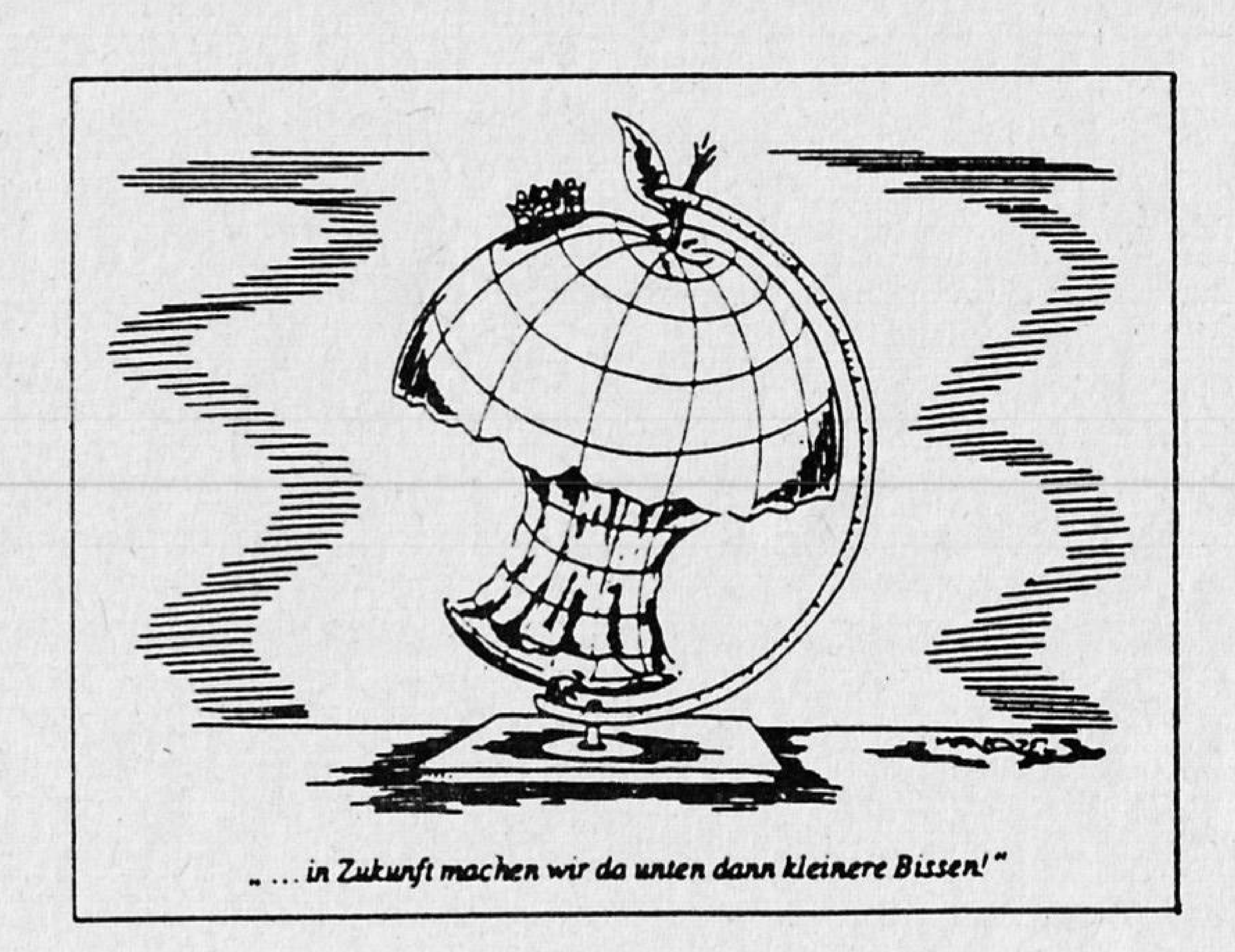
Legitimiert wird die Zerstörung der traditionellen Anbaumethoden mit den höheren Erträgen der industrialisierten Landwirtschaft. Eine Rechnung, die nicht stimmt: Während traditionelle BäuerInnen im Trikont mit dem körperlichen Einsatz von 1 Kilokalorie (kcal) 10 kcal Nahrungsmittel erwirtschaften, werden hier zwar mit dem gleichen Muskelaufwand 5.000 kcal aus dem Boden geholt, allerdings bei einem Gesamtinput von 50.000 kcal an Energie.[4]

"Überbevölkerung schafft Armut"

Kinderreichtum hat sehr wohl auch mit Armut zu tun. Je höher der Lebensstandard einer Gesellschaft ist, desto mehr nimmt die Kinderzahl ab. Umgekehrt verhält es sich, wenn die traditionellen Lebensstrukturen zerstört werden und die wirtschaftliche Unsicherheit zunimmt. Das war so im Europa der Industrialisierung und wiederholte sich in den kolonialisierten Ländern.

Heute wird den Ländern des Trikonts vorgerechnet, daß sie ihre Bevölkerung nicht ernähren und infrastrukturell versorgen könnten und daher die Geburtenrate drastisch senken müßten. Sonst würden sie immer arm bleiben. Diesem Konstrukt liegt die Ausblendung der Weltwirtschaftsordnung zugrunde: Wenn diese Länder als die Selbstbedienungsläden für die multinationalen Konzerne, die sie heute sind, reicher werden wollten, müßten sie sich bis auf die benötigten Arbeitskräfte entvölkern.

Als es in den heute hochindustrialisierten Ländern weder soziale Sicherheiten noch existenzsichernde Löhne gab und die Kindersterblichkeit sehr hoch war, hatten die Frauen hier sehr viele Kinder. Diese



„...in Zukunft machen wir da unten dann kleinere Bissen!"

waren Arbeitskräfte und Altersversicherung, wie sie es im Trikont heute meist sind. Je schlechter die ökonomischen Verhältnisse, desto mehr Kinder braucht eine Familie zum Überleben.

Die Kinderzahl hängt ebenfalls mit der Stellung der Frau innerhalb einer Gesellschaft zusammen. Ihre Unabhängigkeit bestimmt das Maß an Kontrolle über die eigenen Gebärfähigkeit.

"Überbevölkerung in der 'Dritten Welt' schafft Umweltzerstörung"

Bereits bei der Weltbevölkerungskonferenz 1984 wird als ein Grund zur Notwendigkeit von Bevölkerungskontrolle in der "Dritten Welt" die Belastung der Umwelt angegeben. Die Verantwortung für die verheerenden Folgen des von den Industrienationen durchgesetzten Wirtschaftsmodells soll internationalisiert werden. So konstatierte der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA: *"Ganz gleich ob Inustrieländer oder Entwicklungsländer, je mehr Menschen, desto mehr Verschmutzung."*[5] Zu einem ganz anderen Ergebnis kommt die westafrikanische Umweltorganisation ENDA: *"Die Gebiete mit der größten Umweltzerstörung sind keineswegs identisch mit denen, wo das stärkste Bevölkerungswachstum zu verzeichnen ist."*[6]

Diese Verknüpfung macht zudem politische Konstellationen möglich, die bis vor kurzem noch undenkbar waren: immer mehr Ökogruppen schreiben die Bekämpfung des Bevölkerungswachstums auf ihre Fahnen.

'Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung' wird auch am UN-Kongreß über "Umwelt und Entwicklung" im Juni 92 in Rio de Janeiro eines der zentralen Themen sein.

Auf globaler Ebene sind das Ozonloch, der Treibhauseffekt und die Verschmutzung der Gewässer und Zerstörung der Böden die größten Umweltbedrohungen. Diese Probleme werden vor allem von den westlichen Industrieländern verursacht. Nach wie vor sind sie es, die mit rund 10 % Anteil an der Weltbevölkerung fast 70 % der Ressourcen verbrauchen.

Bezüglich Emissionen stehen die Industrieländer an der Spitze: Der Pro-Kopf-Anteil an zB CO_2 beträgt 14 t/Jahr, im Trikont ganze 0,7 t. EinE DurchschnittseuropäerIn verbraucht, auf Heizöl umgerechnet, täglich 15 l Energie. Im extremen Gegensatz dazu verbraucht eine achtköpfige indische Landfamilie täglich höchstens 0,8 l. 150 Tage lebt eine indische Bäuerin mit der Energie, die ein Mensch hier tagtäglich verbraucht.

Wird die Energie definitiv zu knapp, müßten im ländlichen Indien täglich 150 Geburten verhindert werden, um den Verbrauch eines Menschen hier wettzumachen.[4] Aus eben diesem Grund werden die Frauen des Trikonts bereits heute zur Teilnahmen an Programmen zur Bevölkerungskontrolle gezwungen.

Die aggressive Propagierung dieser Mythen dient der Legitimation einer Politik, deren Ziel nicht die Abschaffung der Armut ist, sondern das Abschaffen der Armen.

Legitimiert wird eine Bevölkerungspolitik, die seit jeher Bestandteil imperialistischer Ausbeutungspolitik war. Bevölkerungspolitik dient ganz direkt der Interessenssicherung der industrialisierten Welt am freien Zugriff auf Güter und Ressourcen, sowie der Aufrechterhaltung der bestehenden politischen Ordnung. Ungeborene könne weder in ihrem eigenen Land soziale Unruhen auslösen, noch durch Migration die industrialisierten Länder "überschwemmen".

Fortsetzung im nächsten TATblatt

Fußnoten:

1) World Bank 1989
2) Neue Züricher Zeitung, 7./8.9.91. Thomas Kesselring, "Die demographische Herausforderung"
3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.9.91, Achim Brosch, "Kleine Schritte im Weltmaßstab"
4) GEO Nr. 1, 17.12.90, Rainer Klingholz, "Der maßlose Alltag"
5) Pharma-Brief Nr. 8/91
6) siehe Anmerkung 5. BUKO-Info/ENDA: Environnement et Developement du Tierre Monde, Senegal

KRÜMEL LEBT!

(noch immer)

Seit dem 4.6.92 befindet sich der Autonome Krümelladen im Exil. Im Laden in der Weserstr.155 ist jetzt "Power Print", in freundlichem Einvernehmen mit "Teppich Max" von nebenan. "Power Print, hau ab geschwind, sonst schiessen wir dich in den Wind!" Teppich Max kriegt was vor'n Latz!"

Doch erst mal zur Demo am 1.6.:
Zur Demo gegen die Räumung des Autonomen Krümelladens kamen nach Angaben der Veranstalter 47 48, nach Angaben der Bullen 47 Menschen. Erst ging's quer durch Neukölln 44, und dann gab's Vokü vor'm besetzten Laden.
Auch wenn nicht viel von Unterstützung aus Kreuzberger Zusammenhängen zu spüren war ("Mit der Schnauze sind se fix, mit Unterstützung da is nix"), hat uns die Demo 'ne Menge Spass gemacht und neue Kraft gegeben. Vielleicht ist es ja möglich, ab jetzt jeden ersten Montag im Monat 'ne Kiezdemo in Neukölln zu machen.

Zur Besetzung:
Am 1.6. haben wir den Laden besetzt. Wir haben es nicht auf die Reihe bekommen, den Laden länger als 4 Tage ständig besetzt zu halten.
Nicht zuletzt durch die fehlende Unterstützung aus anderen Strukturen hat der Vermieter die Gelegenheit genutzt, in den Laden einzubrechen und unsere Sachen zu verschleppen, als der Laden mal für ein paar Stunden leer war.
Besonders frech war, dass der Vermieter E.Kesseler aus München zusammen mit Leuten vom Teppichladen neben uns eigenhändig das Gemälde an der Frontseite des Ladens zerstört hat, das einen Abriss der Geschichte des linken Widerstandes in der BRD darstellte.

Zur jetzigen Situation:
Nachdem unser Laden jetz weg ist, treffen wir uns erstmal inner Lunte. Die Gruppen bestehen zwar prinzipiell weiter, aber unserer Wohnzimmerathmosphäre mit Cafes und Volxküche is' nu' ja Schicht.

Da wir es noch immer bzw. gerade jetzt für hammerwichtig halten, im Neuköllner Kiez selbstbestimmte Läden und Projekte, die wenigen linken Strukturen und die Kiezkultur zu erhalten und auszubauen, sind wir schon wieder auf der Suche nach einem neuen Laden im 44er Kiez.
Die näxte Aktion dazu kommt bestimmt!

Soweit erstmal vom Exil-Plenum des Autonomen Krümelladens.

Krümel lebt noch im...

Krümelladen kommt wiede...

the future is unw...

DVU
DEUTSCHE VOLKSUNION

DEUTSCHE VOLKSUNION Paosostraße 2 8000 München 60

Paosostraße 2 · 8000 München 60
Telefon (089) 8348065 · Telefax (089) 8341534
Telex 524685

Postgiroamt München Konto-Nr. 6656-804 BLZ 70010080
Postgiroamt Hamburg Konto-Nr. 613592-201 BLZ 20010020
Münchner Bank München Konto-Nr. 2714370 BLZ 70190000

11.5.1992

D r .   F r e y   k o m m t   n a c h   R o s t o c k   !

Liebe Mitglieder und Freunde,
der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU),

nach der Siegesserie bei den letzten Landtagswahlen (jüngst in Schleswig-Holstein) ist die DVU als stärkste deutsche Rechtspartei in aller Munde.

Am 13. Juni spricht der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey in Rostock. Sie sind herzlich eingeladen!

<u>Samstag, 13. Juni 1992, 13.00 Uhr (Einlaß ab 12.00 Uhr)</u>
<u>im "Hanseclub", Doberaner Str. 21 in Rostock.</u>

Dr. Frey spricht zum Thema:

<u>DVU - die Partei für Deutschlands Zukunft</u>

Lassen Sie sich diese besondere Veranstaltung nicht entgehen. Lernen Sie Dr. Frey persönlich kennen. Informieren Sie sich über Forderungen, Vorstellungen und Ziele der DEUTSCHEN VOLKSUNION. Auch Ihre Freunde und Bekannten sind herzlich willkommen!

Dr. Frey freut sich auf den 13. Juni.

Mit herzlichen Grüßen

Bernd Dröse
Bundespressesprecher

CHRONOLOGIE EINES POGROMS
MANNHEIM SCHÖNAU 1992

Diese Chronologie basiert auf einem Artikel einer Gruppe AntifaschistInnen aus Ludwigshafen, Erzählungen von AugenzeugInnen, Presseerklärungen und Polizeiberichten aus der zeit zwischen dem 26.Mai. und dem 5 Juni 1992. Die Redaktion hat einige Begriffe geändert, die von den AutorInnen benutzt wurden, und hat die Ereignisse zusammengefaßt

Die Vorgeschichte des Pogroms gegen die ca. 230 Flüchtlinge, die in Mannheim Schönau in einem Flüchtlingsheim leben, begann im Frühling dieses Jahres, als es eine Welle von Protesten gegen ein Wohnungsprojekt für Flüchtlinge in Schönau gab. In der Vorstadt Schönau lebt eine Mischung aus kleinbnürgerlichen HausbesitzerInnen und ArbeiterInnenklasse.

Am 26 Mai machte ein Gerücht die Runde in Schönau: Einer der Flüchtlinge sollte ein 16jähriges Mädchen aus Schönau vergewaltigt haben. Dieses Gerücht wurde später vom Mannheimer Stadtrat berichtigt. Er sagte, daß die Vergewaltigung von einem zivilen amerikanischen Einwohner begangen wurde. Nichtsdestotrotz begannen an diesem Abend 400 EinwohnerInnen die Flüchtlinge im Lager zu bedrohen. Sie riefen Nazi-Parolen und warfen mit Steinen und Flaschen. Der Mob wurde hauptsächlich von "normalen Leuten" gebildet und nicht aus Nazi-Skins. Die Polizei entschied sich dazu, den Platz vor dem Flüchtlingsheim zu räumen und eine Reihe von Leute festzunehmen

Freitag, der 29 Mai. Der Mannheimer Stadtrat gibt eine Presseerklärung heraus, in der er erklärt, daß die Stadt in Zukunft Gesetz und Ordnung im Flüchtlingsheim in Schönau gewährleisten will und die Mischung der Flüchtlinge durch die Behörden geändert werden soll: Familien sollen die alleinstehenden Männer im Heim ersetzen. Wieder versammeln sich einige hundert EinwohnerInnen vor dem Lager und wieder entscheidet sich die Polizei dazu, den Platz vor dem Heim zu räumen. Zum ersten mal sind auch einige AntifaschistInnen auf dem Platz und diskutieren mit den AnwohnerInnen.

Samstag, der 30 Mai. Seit 20Uhr sind rund 100 AntifaschistInnen auf dem Platz vor dem Flüchtlingsheim und erwarten die Polizei und den Mob. Wieder versammeln sich mehr als 300 BürgerInnen auf dem Platz nach dem Ende der Übertragung des internationalen Fußballspiels. Die Polizei trennt die beiden Gruppen. Um 22 Uhr verhaftet die Polizei 28 AnwohnerInnen des Heims.

Sonntag, der 31 Mai. Ruhe kehrt vor dem Heim ein. Sechs Wannen stehen auf dem Gelände des Heims. Die Polizei empfielt den Flüchtlingen "das Lager besser nicht zu verlassen"

Seit diesem Tag sind 150 Flüchtlinge deportiert worden, einige von ihnen in die ostdeutschen Länder, wo die Situation in den Flüchtlingsheimen meist noch schlimmer ist.

Die regionale Presse in Mannheim/Ludwigshafen hüllt sich über die Ereignisse in Schönau in Schweigen. Es gab eine kleine Nachricht in einer überegionalen Zeitung. Es ist schwer, etwas über die Zeit davor in diesem Heim zu berichten. Es gibt auch kaum eine Möglichkeit, direkt mit den Flüchtlingen zu reden, da die Polizei seit dem 4 Juni die gesamte Vorstadt abgeriegelt hat und jede Bewegung dort kontrolliert.

Die gesamten Angriffe gingen von sog. "normalen Leuten" aus, dies ist eine ziemlich neue Situation, daß sie ohne einige anführende organisierte Nazi-Skins aktiv werden. Dies ist wahrscheinlich das Bedrohlichste an dieser Geschichte, da sich gesamte Bevölkerung der Vorstadt an dem Pogrom beteiligt. Dies ist eine Qualität des Rassismus, die an das Pogrom in Hoyerswerda im letzten Jahr erinnert

übersetzung: spinnennetz berlin

Das MAUP ist eine unabhängige Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, die gewaltigen Umstrukturierungspläne der Nord-Neuköllner Altstadt zu verhindern. Es ist ein Forum für die Diskussion und Durchführung möglicher und unmöglicher Aktionen, auch gegen die alltägliche Umstrukturierung, sowie für die Entwicklung eigener Utopien für unseren Kiez.
Wenn ihr Infos über Spekulanten, Bauvorhaben und/oder Großprojekte habt oder wenn ihr mitmachen wollt, das MAUP trifft sich ...

Achtung - Änderung wegen der Räumung des Krümelladens

... jeden Mittwoch um 20 Uhr in der LUNTE (Weisestr. 53, U-Bhf Boddinstr.).
Friede den Hütten - Krieg den Palästen!



Baobab Infoladen Eine Welt e.V.
(ehem. Dritte-Welt-Zentrum)
Winsstraße 53
0 - 1055 Berlin
Mo - Fr: 17.00 - 22.00 Uhr
Tel: 42 694 51

Prenzlauer Berg: Die faschistische Gefahr ist konkret!

Bisher waren die Winsstraße und ihre Umgebung eine vergleichsweise friedliche Gegend. Das hat sich in den letzten Wochen veraendert. Die militanten Neo-Nazis der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) haben sich durch ihre Kandidatur bei den Bezirkswahlen organisatorisch festigen koennen und unter ihren 228 Waehlern (= 0,4 %) neue Mitglieder rekrutiert.
Ihre geplante Kundgebung am 1.Mai ist am massiven und entschiedenen Widerstand der AntifaschistInnen gescheitert.
In den folgenden Wochen haben sie aber im Kiez immer wieder massiv plakatiert, Aufkleber auf Wohnungsfenster und Autoscheiben geklebt, Flugblaetter in die Briefkaesten gesteckt und am 14.5. mit 20 - 25 Leuten eine kurze Kundgebung an der Kaufhalle in der Winsstraße durchgezogen. Auslaendische Menschen wurden verstaerkt angepoebelt und angegriffen, auch unser Infoladen als Treffpunkt von Menschen unterschiedlichster Herkunft wurde ein Ziel ihrer Attacken.
Wir werden nicht zulassen, daß die Nazis einen "auslaenderfreien" Kiez durchsetzen und Projekte wie den Baobab-Infoladen zerschlagen und zerstoeren. Menschen verschiedener Herkunft und Hautfarbe sollen auch weiterhin gefahrlos im Prenzlauer Berg leben koennen.
Deshalb werden wir gemeinsam mit anderen Gruppen die antifaschistische und antirassistische Arbeit verstaerken. Dabei brauchen wir auch Eure Solidaritaet und Unterstuetzung.
So waere es ganz hilfreich, wenn Ihr oefter mal bei uns im Infoladen vorbeischaut. Je mehr Leute anwesend sind, um so deutlicher koennen wir zeigen, das diese Gegend hier kein Platz fuer Nazis ist.
Ihr koennt bei uns auch Eure Veranstaltungen oder Treffen machen. Kleinkuenstler (Kabarettisten, Liedermacher, Schrifsteller und andere), die ihre Solidaritaet durch die Gestaltung eines Abends bei uns zeigen wollen, sind herzlich eingeladen.
Zwei Hinweise bitten wir zu beachten:
1.:In der Winsstraße laufen des oefteren Nazis rum und beobachten den Infoladen. Wir sind uns darueber einig, das sie aus dem Infoladen heraus nicht angegriffen werden. Allerdings werden wir nicht tatenlos zuschauen, wie Menschen angepoebelt oder zusammengeschlagen werden oder Projekte und Initiativen wie unser Infoladen angegriffen werden.
2. Leider haben einige Linke dieselbe Vorliebe wie die Nazis fuer Militaerklamotten (Tarnjacken, Armeehosen). Das traegt zur Verunsicherung im Kiez bei, insbesondere bei den auslaendischen Menschen, und kann zu fatalen Mißverstaendnissen fuehren. Deshalb ist dieses "Outfit" bei uns ausdruecklich unerwuenscht.

Berlin,den.1.6.92

Offenes Leipziger Nachbereiungspapier
zum Trauermarsch für Torsten am 23.5.92 in Magdeburg

Antifa in Magdeburg

Liebe MagdeburgerInnen,

in der Nachbereitung zu EUREM Trauermarsch am 23.5.92 können wir fest - stellen, daß wir LeipzigerInnen die An- und Abreise ohne Komplikationen bewältigten. Das gilt insbesondere ebenfalls für die Leipziginterne Mobilisierung.

Das Konzept, mit dem wir uns an EUREM Trauermarsch beteiligen wollten, begründete sich auf den Absprachen im Zuge der Vorbereitung. Dabei stellten WIR für UNS die Forderung, nicht im Bullenspalier mit zulaufen. Dieses Problem erübrigte sich dann Dank Eurer Bedingungen an die Bullerei.

Problematischer war da schon , Eurem Wunsch nach Transpis zu entsprechen. Es zeigte sich, daß unsere Aufschrift "ZURÜCKSCHLAGEN" Euch vor arge Probleme stellte. Nach langer Diskussion in der Vorbereitung und durch persönliche Erfahrungen schien uns diese Aufschrift provokant und interpretierbar genug, um Leute aufzurütteln. Müßt doch auch Ihr Euch zugestehen , bei "ZURÜCKSCHLAGEN" nur an die `Hau-drauf-Methode´ gedacht zu haben. Anders gesehen stellt man- also auch wir beispielsweise- fest, wie viele Varianten der Auslegung möglich sind. Große Probleme bereitete uns aber Eure Forderung nach Einbehaltung des Transparentes. Es ist für uns schwer nachvollziehbar, wie UNSERE Gedanken nicht in EUER Konzept passen sollen. Glauben wir doch, daß Ihr diesen Anspruch kaum erheben könnt. Denn: Sind wir nicht angetreten gegen die Reglementierung und Unterdrückung anderer Meinungen und Ausdrucksformen? Dies soll aber keineswegs eine Pauschalaburteilung aller OrganisatorInnen sein. Und es ist auch klar, daß solche eventuell grundlegenden Meinungsverschiedenheiten einer intesiveren Diskussion bedürfen. Entscheidend, so glauben wir,ist vielmehr unsere Anpassung an EUER Trauermarsch-Konzept, wie: keine Parolen, keine Gewalt, keine Provokationen. Parolen, die innerhalb des Marsches laut wurden, fanden durch uns verbal keine Unterstützung. Genauso, wie unser Interesse immer in einem Zusammenhalten des Marsches lag.

Ein weiteres Problem stellte für uns die Presse an den "Elbterassen" dar. Ohne Schwierigkeiten konnten dort sämtliche Medien Aufnahmen tätigen (und, wohlgemerkt, nicht nur die...). Das halten wir generell für TeilnehmerInnen aus unseren Zusammenhängen für problematisch, weil gerade am Treffpunkt immer noch genügend Absprachen zu treffen sind. Daß Ihr dieses Problem während des Marsches so gut meistertet, fanden wir äußerst positiv und empfinden das durchaus als beispielhaft für ähnliche Anlässe.

Ein leidiges Thema- der Alkohol. Aus eigener Erfahrung können wir Euch mitteilen, wie fatal Alk- Verkauf generell ist. Gestört hat uns aber der ziemliche Alkoholkonsum während des Marsches. Dabei ist sicherlich wichtig daß OrdnerInnen mehr Einfluß auf Besoffene nehmen. Gerade für uns LeipzigerInnen stellte dies ja, wie vielleicht bekannt, im März 92 ein großes Problem hier in Leipzig dar.

Sehr schwierig war und ist für uns der Umgang Eurerseits mit Etiketten. Haftete uns, so glauben wir zu wissen, relativ schnell ein Klischee von `Militanz´ an. Für uns LeipzigerInnen können wir feststellen, daß wir eine schnelle `Aburteilung´ unterliefen.In diesem Zusammenhang stellt sich für uns auch die Frage, wie über Lautsprecher von sogenannten `NormalbürgerInnen´ b.z.w. `Punks und Betroffenen´ gesprochen werden konnte?

Wir meinen, unsere Teilnahme als geglückt anzusehen, und glauben schon, uns Eurem Konzept angepaßt zuhaben. Es ist wünschenswert, daß es im Osten noch öfters gelingt ein so relativ aufgeschlossenes Spektrum an Menschen zusammenzubringen und einen so großen Marsch organisatorisch durchzustehen.

Mit antifaschistischen Grüssen
Leipziger AntifaschistInnen

FASCHOAUFMARSCH IN WEIMAR

Nachdem es lange ruhig war um den 20.Juni, wurde am Freitag, dem 29. Mai bekannt, das der Aufmarsch doch stattfindet. Aber statt Dienel und DNP ist die Nationale Offensive der Organisator.
Carlo Bauer, Bundesgeschäftsführer der NO und selbst aus Weimar stammend, verteilte die Demo-Aufrufe höchstpersönlich in Weimarer Briefkästen.
Angekündigt ist eine Demonstration, Kundgebung und Saalveranstaltung zum Gedenken an den Volksaufstand am 17.Juni 1953 in der DDR und zur Ehrung der deutschen Helden.
Die NO, die sich langsam zur Elite-Kaderpartei entwickelt, wurde größtenteils von vom Westen entäuschte aus der DDR stammende Neonazis im Sommer 1990 in Augsburg gegründet. Die Mitgliederzahl ist relativ niedrig; in ihren Reihen wird Wert auf "Qualität, nicht auf Quantität" gelegt.
In Fascho-Kreisen wird mit 2000 Teilnehmer (naja) und militanter Gegenwehr gerechnet.

Wir bereiten uns ab Freitagabend auf die Anreise von AntifaschistInnen aus anderen Städten vor. Für die Pennplätze muß damit gerechnet werden im Freien* zu nächtigen. Vokü und Bands werden für Freitag und Sonnabend organisiert, trotzdem ist es besser, sich auf die eigene Verpflegung zu verlassen.
Da mit Vorkontrollen zu rechnen ist, bitten wir euch mit dem Mitbringen von Waffen etc verantwortungsvoll umzugehen, um euch und uns nicht zu gefährden. Drogen und Alk ist nicht erwünscht!!!
Sonnabend ist 12 Uhr Treffpunkt Gerberstraße. 13 Uhr ist eine Gegendemo, Ort steht noch nicht fest.
Die Nazi-Demo beginnt 14 Uhr im Goethepark zwischen Liszt-Haus und Sowjetischen Ehrenfriedhof(!)
Sonntag, den 14.Juni 15 Uhr findet in der Gerberstr.1 oder 3 das letzte Vorbereitungsplenum mit Delegierten aus anderen Städten statt. Wenn zu diesem Termin keine/r kann oder es zu weit ist, bitten wir euch uns bis dahin eine Rückmeldung zu schicken, mit wieviel Menschen aus eurer Stadt zu rechnen ist.

Weimarer AntifaschistInnen
Gerberstr.1 und 3

Post an:
Infoladen
Gerberstr.1
Weimar O-5300

* im Hinterhofgarten mit Zelten oder Überdacht

---

taz / 24. 04. 1992

Neue faschistische Partei gegründet

Thüringer NPD-Landesvorsitzender gründet „Deutsch Nationale Partei" / Hakenkreuzfahnen und Hitlergruß beim Lagerfeuer / Aufruf zum Kampf gegen die „Feinde im Landesinnern"

Leipzig (taz) — Getarnt als „1. Sachsenweites Kulturtreffen" gründeten vierzig Neonazis in der Gaststätte „Brückenschänke" im sächsischen Wechselburg vom 19. auf den 20. April mit der „Deutsch Nationalen Partei" (DNP) eine neue neofaschistische Partei. Der Charakter der nach eigenen Angaben „radikal nationalen Partei" offenbarte sich auf ihrer Veranstaltung durch die Verwendung von Odalsrunen auf ihren Flugblättern, durch Hakenkreuze sowie durch den verbotenen Hitlergruß. Hitlers Geburtstag begingen die DNP-Gründungsmitglieder damit, daß sie in der Nacht zum 20. April im Schein eines Lagerfeuers eine Hakenkreuz-Flagge hißten.



Nächtliche Gründungszeremonie der DNP. Nicht schon immer rechts: der einstige FDJ-Sekretär Thomas Dienel.
Foto: taz

In ihren Flugblättern, die mit „Heil Deutschland" unterzeichnet sind, sprechen sie von „Völkermord durch Rassenmischung", sie nennen AusländerInnen „parasitäre Fremdlinge" und machen „schwarzafrikanische Asylbetrüger" für die „Verseuchung des deutschen Volkes mit Aids" verantwortlich. Das Programm der DNP fordert zur „Untergrundarbeit" auf und ruft offen zur Gewalt und zum „Kampf den Feinden im Landesinnern" auf. Der Bürgerkrieg habe demnach „schon längst begonnen".

Die Initiative zur Gründung der DNP ging von dem thüringischen NPD-Landesvorsitzenden Thomas Dienel aus. Der 29jährige Dienel, einst FDJ-Sekretär und jetzt DNP-Bundesvorsitzender, zeigt schon seit längerem keine Berührungsängste mehr zu offen militanten neofaschistischen Gruppierungen. Zusammen mit der Hamburger „Nationalen Liste" um den Kühnen-Vertrauten Christian Worch und der bayerischen „Nationalen Offensive" organisierte Dienel bereits mehrere Aufmärsche von Neonazis aus der gesamten Bundesrepublik. Am 9. November marschierten sie in Halle, am 21. März in Leipzig unter dem Motto „Drogendealer ins Arbeitslager", und am 4. April in Dresden hieß ihre Parole „Wir kriegen euch alle" anläßlich des Freispruchs für die Todesschützen des Dresdner Neonazi-Führers Rainer Sonntag. Auch in Wechselburg waren mit Heinz Reisz aus Langen, Vorsitzender des „Deutschen Hessen", dem Berliner Arnulf Priem, Mitglied der illegalen NSDAP-AO und Chef von „Wotans Volk", und Roman Dannenberg, Vorsitzender der vorwiegend in den neuen Ländern aktiven „Deutschen Alternative", führende deutsche Neonazis bei der DNP-Gründung zugegen. Als erste Aktion plant die neofaschistische Partei eine „bundesweite Großdemonstration" am 20. Juni in Weimar, Dienels Wohnort. Dort erwarten sie „etwa 2.500 Anhänger".

Bernd Siegler

!

"Wer die Interessen der Bundesrepublik gefährdet ..."

Kriminalisierung von politisch aktiven AusländerInnen

Eine Veranstaltung der Roten Hilfe Berlin zum neuen "Ausländergesetz"

Die Kriminalisierung von politisch aktiven AusländerInnen in der BRD wird - auch von der linken - Öffentlichkeit nur in Ausnahmefällen wahrgenommen. Dann nämlich, wenn die Repression offen zuschlägt, wie z.B. in Zeiten des Golfkrieges. Damals wurden allein in Berlin 300 Wohnungen ausländischer Menschen durchsucht, einer Reihe Betroffener wurde ein Verbot der politischen Betätigung ausgesprochen, anderen wurde es verboten, ihre Wohnorte zu verlassen. Die Unterdrückung politischer Arbeit von AusländerInnen ist jedoch umfassender und ist Teil ihres Alltags hier. Diese Form der Repression ist in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt. Deshalb wollen wir auf einer Veranstaltung die durch das "Ausländergesetz" ermöglichten Unterdrückungsmaßnahmen genauer vorstellen.

Ausweisungstatbestände als Mittel der Einschüchterung

Die gesetzlichen Bestimmungen sind so weit gefaßt, daß weite Teile der politischen Betätigung als Ausweisungsgrund herangezogen werden können. Die tatsächliche Ausweisung wird sich auf jene AusländerInnen beschränken, in denen der Staat vermeintliche "RädelsführerInnen" linker Gruppen zu erkennen meint. Die Masse der AusländerInnen wird indirekt getroffen. Die Angst um die Existenz hier und vor einer unsicheren Zukunft soll AusländerInnen dazu bewegen, sich aus politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten.

Verbot der politischen Betätigung (Paragraph 37)

Die direkteste Unterdrückungsmaßnahme im neuen "Ausländergesetz" bildet das Verbot der politischen Betätigung. Paragraph 37 zählt auführlich auf, was AusländerInnen politisch alles nicht dürfen. Fast jede politische Betätigung eines/r AusländerIn ließe sich hier hineindefinieren. Die Anwendung des Paragraphen 37 reicht von der tatsächlichen Unterbindung der politischen Betätigung bis hin zur Einschüchterung und Spaltung. Wird einem/r AusländerIn die politische Betätigung untersagt, ist er/sie völlig rechtlos.

Grenzenlose Überwachung von AusländerInnen

Die Paragraphen 75 und 76 des "Ausländergesetzes" bilden zusammen mit dem "Ausländerzentralregister" die Grundlage für eine umfassende Überwachung und Kontrolle. Für AusländerInnen gibt es nicht einmal formal einen "Datenschutz". Im Gegenteil verpflichtet Paragraph 76 alle "öffentlichen Stellen" den Ausländerbehörden Daten zu übermitteln. Durch die Verwendung vager und dehnbarer Formulierungen wird in Paragraph 76 eine umfassende Denunziationspflicht festgeschrieben.

Ausbeutung, Einschüchterung und Spaltung

Mittels der ausgeklügelten Aufenthaltsstatus' wird die reibungslose Ausbeutung der ausländischen KollegInnen garantiert; gleichzeitig wird versucht, die Kosten des "Sozialstaats" zu senken: die Inanspruchnahme von Sozialhilfe ist ein Ausweisungsgrund. Dies zwingt ausländische KollegInnen bei längerer Arbeitslosigkeit, jede Drecksarbeit zu den miesesten Löhnen anzunehmen. Die umfassende Kontrolle durch die Ausländerbehörden, je nach Situation beliebig auslegbare Formulierungen und die Einschränkung demokratischer Rechte schaffen eine Athmosphäre der Unsicherheit, die nahelegt, auf Widerstand zu verzichten.

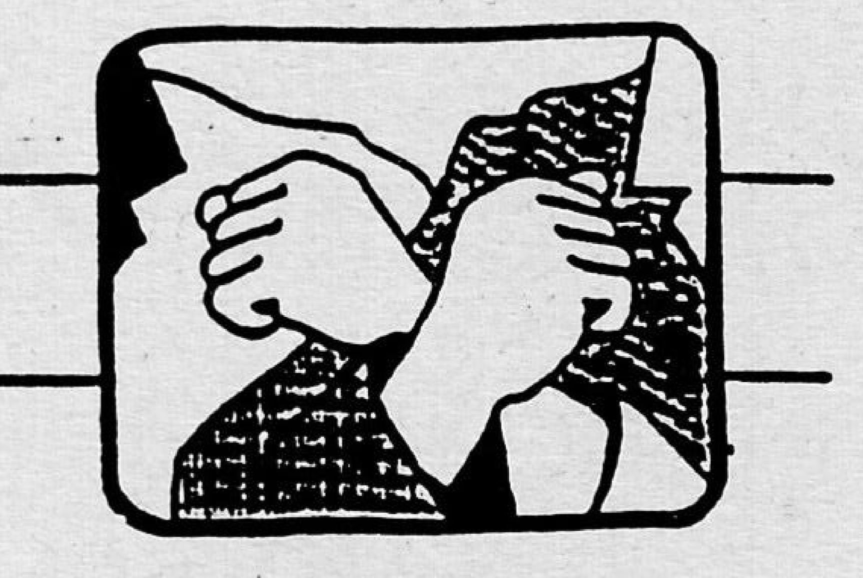
Gegen Repression hilft Solidarität. Gegen die politische Entrechtung von AusländerInnen und ihrer Organisationen ist eine gemeinsame Antirepressionspolitik notwendig. Gefordert sind alle politischen Organisationen. Ein besserer Informationsaustausch und gemeinsame Debatten über auch unterschiedliche Erfahrungen mit politischer Repression sind erforderlich. Unsere Veranstaltung soll ein erster Schritt in diese Richtung sein. Wir wollen die oben genannten Aspekte des "Ausländergesetzes" in Redebeiträgen näher beleuchten und über konkrete Auswirkungen berichten.



Die Veranstaltung findet statt am:

Freitag, 19. Juni, um 13.00 Uhr im
Halk Evi, Kottbusser Damm 74
(U-Bahnhof Kottbusser Damm)

ROTE HILFE BERLIN



V.i.S.d.P. und neuer Kontakt: A. Lüers, Grüntaler Str. 30, 1/65 Tel.: 493 65 20
Prozeßhilfekonto: R. Stüker, Kto.Nr.: 240297679 Sparkasse der Stadt Berlin,
BLZ: 100 500 00

richtig ist und das aussagt, was die Rechtssprechung im Faschismus wirklich war, obwohl die Berufung auf Kriegsgesetze und Gesetze der Menschlichkeit schwachsinnig ist, weil Krieg als solcher verbrecherisch ist und Menschlichkeit sich nicht in Gesetze gießen läßt.

"Der Kern der Anklage besteht ja gerade darin, daß die Gesetze, die Hitler-Erlasse und das drakonische, korrupte und verderbte nationalsozialistische Rechtssystem als solches in sich selbst Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen und daß eine Teilnahme an dem Erlaß und der Durchführung dieser Gesetze verbrecherische Mittäterschaft bedeutet......
Die Beschuldigung, kurz gesagt, ist die der bewußten Teilnahme an einem über das ganze Land verbreiteten und von der Regierung organisierten System der Grausamkeit und der Ungerechtigkeit unter Verletzung der Kriegsgesetze und der Gesetze der Menschlichkeit, begangen im Namen des Rechts und der Autorität des Justizministeriums und mit Hilfe der Gerichte. Der Dolch des Mörders war unter der Robe der Juristen verborgen."

Das dieses verbrecherische System nach 1945 nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet wurde, hat seine Ursachen darin, daß genau diese faschistischen Köpfe wieder gebraucht wurden, um in der Bundesrepublik ein System zu fundamentieren, daß auf einem ähnlichem Sockel steht wie das vergangene. Die zentrale Systemdefinition wurde in freiheitlich demokratische Grundordnung geändert. Die innenpolitische Auseinandersetzung wurde dadurch entschärft, daß das Ausmerzverhältnis des Faschismus ausgesetzt wurde.
Ausnahmen: Notstandsgesetze, Sondergesetze § 129a, Vernichtungshaft, etc.. Wenn Mensch sich aber einmal genauer die Gesetzgebung des faschistischen deutschen Hitlerregimes und die Gesetzgebung der BRD anguckt, so wird Mensch in der Aussage beider Gesetze keine gravierenden Unterschiede entdecken.
Und eine Gerichtsbarkeit mit dieser Tradition holt heute nach 47 Jahren, nach der Annexion der DDR, Haftbefehle von 1952 aus der Tasche und schleift zwei antifschistische Kämpfer vor Gericht, die bis dato ein gesichertes Dasein in der DDR hatten.

Wer sind die von der deutschen Klassenjustiz "Angeklagten"??

Gerhard Bögelein

Gerhard Bögelein (69 J.) wurde als neunzehnjähriger 1943 zur Wehrmacht eingezogen und nach Italien geschickt. Dort erlebte er den faschistischen Krieg von seiner grausamsten Seite und verweigerte das Mitmachen. Ende 1943 wurde ihm befohlen, an einer Massenerschießung von WiderstandkämpferInnen (bzw. solchen die man dafür hielt), Juden und Jüdinnen teilzunehmen. Er verweigerte den Befehl und soll sogar versucht haben, seinen Vorgesetzten mit der Waffe zu bedrohen. Er kam glimpflich, d.h. mit dem Leben, davon und mußte ab Oktober 1943 in einem Feldstraflager in Estland als Bauarbeiter unter Bewachung Zwangsarbeit leisten. Nach zwei gescheiterten Versuchen, für die er von faschistischen Kriegsrichtern zum Tode verurteilt war, gelang ihm glücklicherweise zum Jahreswechsel 1944/45 die Flucht in die Sowjetunion. Er wurde in ein sowjetisches Schulungslager eingewiesen und nach der deutschen Kapitulation ins Kriegsgefangenenlager Klaipeda geschickt, mit dem Auftrag versehen, für den sowjetischen Geheimdienst (NKWD) unter den Gefangenen nach Kriegsverbrechern zu suchen. Hier kam er auch mit dem Stabsrichter Kallmerten in Berührung, den er im Lager zu verhören hatte. Später lebte er in der Sowjetunion, dann in der DDR, wo er bis zur Verhaftung durch die deutsche Justiz von einer Ehrenrente als Verfolgter des Nazi-Regimes lebte.

Karl Kielhorn

Karl Kielhorn (73 J.) ist schon zu Kriegsausbruch als ganz junger Mann mit den Faschisten in Konflikt geraten, weil er über geheime Kriegspläne, die ihm als Vermessungsingenieur zugänglich waren, geredet hatte. Nach der GeSTaPo-Haft in Hamburg wurde er zum Fronteinsatz in einem Gefangenenbatailon verurteilt und an die Ostfront geschickt. Er überlebte den Krieg, geriet in sowjetische Gefangenschaft und wurde in das Lager Klaipeda eingeliefert. Dort schloß er sich dem antifaschistischen Komitee an, dessen Vorsitzender er zur Zeit der Tötung Kallmertens war. Mit den Worten "Ich war ein Suchender und fand schließlich zur antifaschistischen Bewegung" beschrieb Karl Kielhorn seine Entwicklung zum überzeugten Antifaschisten. Karl Kielhorn wurde 1950 SED-Mitglied und war zuletzt persönlicher Referent des Vizeministers für Hoch- und Fachschulwesen der DDR.

Diesen beiden Menschen wird von der Staatanwaltschaft vorgeworfen, den Stabsrichter Kallmerten "ermordet" zu haben.
Im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda waren ca. 4000 deutsche Gefangene, die Reste der berüchtigten "Kurlandarmee", die neben den Sonderpolizeikommandos und lettischen "Freiheitskämpfern" die Hauptverantwortung für die Massaker an den baltischen Jüdinnen und Juden trägt.
Als Mitglied und später Leiter der Antifa-Gruppe in diesem Lager, war es die Aufgabe von Karl Kielhorn, Aufklärungsarbeit über den Faschismus und seine Hintergründe zu betreiben. Dazu

gehörte auch die Veröffentlichung von Informationen über die im Lager inhaftierten Kriegsverbrecher. So wurde von der Lager-Antifa das Tagebuch des faschistischen Kriegsrichters Kallmerten gefunden, daß dann über die Lautsprecheranlage des Lagers verlesen wurde.

Dieser Kallmerten, ein Altnazi, Jurastudent und SA-Mann aus Ditmarschen (Schleswig-Holstein), war im Frühjahr 33 an der Ermordung des Kieler Stadtverordneten und Rechtsanwaltes Dr. W. Spiegel beteiligt. Dr. W. Spiegel, ein Sozialdemokrat jüdischer Abstammung, war von 1911-33 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und von 1919-24 Stadtverordneten-Vorsteher in Kiel. Er wurde eines der Opfer der blutrünstigen SA-Horden, denen Kallmerten angehörte.
Natürlich wurde keiner der Verantwortlichen an diesem Mord durch die faschistische Justiz belangt und zur Rechenschaft gezogen. Heute erinnert nur noch eine Gedenktafel im Kieler Rathaus an Dr. W. Spiegel.
Kallmerten, der nun Blut geleckt hatte, rutschte auf der faschistischen Rangleiter höher und höher und stieg zum Kriegsrichter auf. Er reihte sich in die Reihe der Blutrichter übergangslos ein. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion, trieb er sein Unwesen als Kriegsrichter in der Heeresgruppe Nord, die die Hungerblockade Leningrads durchführte. Nachdem die Rote Armee Leningrad befreit hatte, wurde Kallmerten als Stabsrichter im Kurland-Brückenkopf eingesetzt. Er unterstand hier dem direkten Befehl des Kriegsverbrechers Friedrich Foertsch (F. Foertsch, Generalleutnant und Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kurland, an den Überfällen auf Polen, Frankreich und die Sowjetunion beteiligt, wurde von der Sowjetunion als Kriegsverbrecher zu 25 Jahren Haft verurteilt. Von Adenauer freigekauft, avancierte er nach 45 zum General und war bis Ende 1963 Generalinspekteur und Chef des Führungsstabes der Bundeswehr).
In seiner Karriere ist Kallmerten direkt verantwortlich für nachweisbar mindestens 173 Todesurteile, ausgesprochen gegen sowjetische Partisaninnen und Partisanen und gegen Wehrmachtsdeserteure.
Verantwortlich ist Kallmerten auch dafür, daß in den letzten 8 Kriegsmonaten des zweiten Weltkrieges noch weit mehr als 100 000 Menschen in einem sinnlosen Gemetzel starben. Die faschistische deutsche Kurlandarmee war am Ende des Krieges vollständig von der sowjetischen Armee eingeschlossen. Das Nationalkomitee freies Deutschland entsandte 33 Emissäre, die den deutschen Armeen eine ehrenvolle Kapitulation vorschlagen sollten. Die Emissäre, die bis in die deutschen Linien vorstießen, wurden von Kallmerten zur Unterbindung jeglicher weiterer Versuche, das Gemetzel zu verhindern, als Abschreckung zum Tode verurteilt.
Kallmerten war damit aktiver Träger der sozialdarwinistischen Vernichtungsphilosophie des Nationalsozialismus (Weltherrschaft oder Untergang). Diese Philosophie setzte er im Kurlandkessel durch, indem er die "Kampf bis zum letzten Mann- Befehle" der faschistischen Elite bedingungslos ausführte.

Der Prozeß, der heute den beiden alten Widerstandskämpfern gemacht wird, basiert auf den Ermittlungen eines anderen faschistischen Blutrichters, des Kurt Steckel. Ein "Jurist" in furchtbarer deutscher Tradition. 1919 schloß er sich der Schwarzen Reichswehr an. Diese Mordbande bekämpfte nach dem Ende des 1. Weltkrieges die 1918 aufflammende deutsche Revolution. Später war er Mitglied eines Freikorps. Diese Freikorps waren die Hauptstützen der deutschen Industrie bei der Niederschlagung der Arbeiter- und Matrosenaufstände Anfang der 20er Jahre. Während des 2. Weltkrieges war er Staatsanwalt beim Sondergericht in Königsberg und in den letzten Kriegsmonaten beim "Volksgerichtshof" in Potsdam. Nach dem Krieg wurde Steckel in Hamburg ansässig, wo auch sein "Entnazifizierungsverfahren" lief. Durch die Unterstützung "alter Kameraden" wurde Steckel als nicht belastet eingestuft. Seine Dienste leistete er fortan als Landgerichtsdirektor in Hamburg und daß bis zu seiner Pensionierung 1965.
Dieser Blutrichter war es, der als Ermittlungsrichter in Hamburg 1950-52 den Prozeß gegen Berkemann eröffnete. Berkemann war ebenfalls angeklagt, an der Ermordung des Stabsrichters Kallmerten beteiligt gewesen zu sein.
Da er nach 1945 in der BRD lebte, war man seiner habhaft geworden. Berkemann, der im Prozeß seine Vergangenheit als Antifaschist leugnete und sich als "deutscher Patriot" darstellte, wurde schließlich aus Mangel an Beweisen freigesprochen.
Als Ermittlungsrichter befragte Steckel mehr als 275 Zeugen. Nicht wenige dieser Zeugen im damaligen Prozeß waren alte Wehrmachtoffiziere und als Kriegsverbrecher verurteilte Faschisten. Das Interesse dieser Zeugen tritt in den alten Ermittlungsakten und den gerichtlichen Aussagen unverblümt zutage.
Es ging darum, die eigenen "Kameraden" zu rehabilitieren. So nannte der Zeuge Markert den Stabsrichter Kallmerten einen "anständigen und geachteten Kameraden". Gleichzeitig sollten die Menschen, die für den antifaschistischen Widerstand standen, sei es, daß sie desertiert waren oder als Soldaten das Gewehr umgedreht hatten und auf der Seite der Roten Armee weitergekämpft hatten, denunziert werden. Und wo sich die Gelegenheit bot, versuchte man sie der BRD-Justiz auszuliefern.
Tatsächlich waren und sind es festgefügte Verbindungen, die hier tätig wurden. Beispielsweise die "Arbeitsgemeinschaft deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion". Diese Vereinigung trat für die Freilassung von in der Sowjetunion verurteilten Kriegsverbrechern ein. Ihre Mitglieder

wuschen sich gegenseitig eine reine Weste und betrieben die Hatz auf AntifaschistInnen. In den Prozeßakten von 1952 werden diese Verbindungen in Briefen an die Angehörigen des Massenmörders Kallmerten deutlich. Adressen werden gesucht und ausgegraben, es werden Tips gegeben, wo noch ein weiterer alter Kumpan sitzen könnte, der als Zeuge in Betracht komme, um den Tod Kallmertens zu "sühnen"(Die besondere Intensität der Suche Steckels nach belastendem Material läßt entweder auf besonders starke Rachegelüste der Justiz oder darauf schließen, daß Steckel den Ermordeten perönlich kannte).

Die Antifaschisten aber:
- die ihre Erfahrungen als Wehrmachtssoldaten und ihre Sprachkenntnisse den sowjetischen Militärbehörden zur Verfügung stellten, um Kriegsverbrechern auf die Spur zu kommen;
- die als organisierte "Antifa" sich schulten und begannen, den Faschismus und den Charakter des deutschen Imperialismus zu analysieren und zu begreifen;
- die Ihr Wissen an die anderen Soldaten weitergaben,

sie wurden von Zeugen denunziert und beleidigt; als "hinterlistig" und "kriminell", als "krankhafte Tiere" und "Hetzer".

Heute nun wird der Prozeß, in dem es fast keine lebenden Zeugen mehr gibt, nur nach diesen alten vertaubeten Akten und Ermittlungen durchgeführt. Die Verteidigung hatte zu Beginn des Verfahrens den Antrag gestellt, die Ermittlungen von 1950-52 nicht als Grundlage des Verfahrens zuzulassen, da sie vom Nazi-Ankläger Steckel geführt waren. Dieser Antrag wurde umgehend abgelehnt. Die Begründung dafür war, daß Steckel 1952 Landgerichtsdirektor in Hamburg geworden ist, und er somit keine gravierenden Verbrechen begangen haben kann.

Die Demaskierung der Justiz in diesem Verfahren ist perfekt, wenn Mensch bewußt wird, wer heute der Ankläger ist. Sein Name ist Dune, Staatsanwalt und Zögling des faschistischen Blutrichters Steckel.

In seinem Plädoyer macht dieser Staatsanwalt unter anderem
- aus hohen SS-Polizeioffizieren und gestandenen Nationalsozialisten objektive und glaubwürdige Zeugen
- aus Kallmerten, dem getöteten Staatskiller, einen grundehrlichen, anständigen Deutschen der nur seine Pflicht tat.
- aus Kallmerten einen deutschen Patrioten und Widersacher(!) des Antifaschismus
- aus Antifaschisten haßgeleitete psychopatische Mörder

und kommt aus all diesem zum Schluß, für Gerhard Bögelein eine "lebenslange" Haftstrafe zu fordern.

Karl Kielhorn will der Staatsanwalt "davonkommenlassen", weil er eine Verschwörung von Antifa und Sowjetischem Geheimdienst, die er erst konstruiert hat, nicht mehr zustande kriegt. Der Preis, den Gerhard Bögelein für diese Schlappe des Staatsanwalts zahlen muß, ist hoch. Denn nachdem die Konstruktion der Verschwörung gescheitert ist, begründet der Staatsanwalt die besondere Verwerflichkeit der "Tat" damit, (besondere Verwerflichkeit muß dabei sein, damit es Mord ist) daß es eben keine Verschwörung gab und die Lagerantifa nicht an der Tötung beteiligt war Immer so, wie die Justiz es gerade haben will!

In diesem Prozeß wird deutlich, daß die Justiz der Ort ist, wo der Staatsterrorismus sich selbst legitimiert!

Der unabhängige Richter ist ungefähr so unabhängig wie das Glied in der Kette, die einen Menschen fesselt!

Denn: Sie wissen was sie tun!

Wenn es also augenscheinlich für die politisch Verantwortlichen in diesem Staat keine Probleme gibt, wenn Richter, die vor wenigen Jahren noch faschistisches Recht gesprochen haben, jetzt übergangslos "demokratisches" Recht sprechen, stellt sich die Frage, warum das so ist?

Die Antwort ist einfach:

Es ändert sich tatsächlich nichts an den Aufgaben, an der Stellung und Praxis der Justiz. Und die Tatbestände, über die sich Richter anmaßen ein Urteil zu bilden, sind die gleichen geblieben wie im Faschismus.

Auch und gerade wegen der geringen Unterschiede war es für die herrschenden Kreise und Klassen notwendig, den bürgerlich-demokratischen Justizapparat durch die Richter aufbauen zu lassen, die auch schon die faschistische Justiz getragen haben. Nur diese, durch keinerlei Skrupel belasteten Kreaturen waren dazu zu gebrauchen, die alten faschistischen Machtstrukturen durch die Verpackung in andere Worthülsen zu schützen und zu rehabilitieren. Was sind schon ein paar hundert Justizmorde gegen die Feststellung, daß ein Mann auf seinem Posten bestens funktioniert? Für die Herrschenden nichts! Daß läßt sich tausendfach beweisen.

Die Aufgaben, Stellung und Praxis der Justiz ist vielfältig:

Die Justiz schützt die Profiteure der kapitalistischen Gesellschaftsordnung (was sowohl der Faschismus als auch die bürgerliche Demokratie sind) vor der Infragestellung und Entlegitimierung durch diejenigen, denen die Profite abgepresst werden.

Im ständig wiederkehrenden Ritual der Gerichtsverhandlungen wird die existierende

Gesellschaftsordnung dadurch wiederhergestellt, daß ein "Fall" der eben diese Ordnung durcheinander gebracht hat, beurteilt wird. Je nach Fall, fällt das Urteil aus.

Zwei kleine Beispiele:
Ein Wirtschaftsminister läßt sich und seiner Partei ein paar Millionen dafür zukommen, daß er eine Steuerbefreiung für einen Aktienverkauf in Milliardenhöhe durchsetzt, indem er den Aktienverkauf als eine für die Allgemeinheit (was immer das ist) nützliche Sache erklärt. Bestechung ist das nicht, denn Wirtschaftsminister sind unbestechlich.
Urteil: Ein halbes Jahr Knast auf Bewährung und eine Geldstrafe, weil die Art und Weise, wie dieses Geschäft zustande gekommen ist, so auffällig war, das die Untertanen des Staates mitbekommen haben, was hier gespielt wurde. So dumm darf ein Mann der herrschenden Klasse sich einfach nicht anstellen. Also: Knast auf Bewährung für unterlassene Tarnung! Die Justiz kann sich nach diesem Urteil sicher sein, daß die Tarnung daß nächste Mal besser ist und somit ist die Ordnung wieder hergestellt.
Aufgabe erfüllt.

Der arbeitlose Otto G. L. überfällt eine Bank und ergattert ungefähr die gleiche Knete wie der Wirtschaftsminister in obigen Fall. Urteil: 5 Jahre Knast ohne Bewährung. Hier liegt der Fall völlig anders. Erstens ist Otto kein Wirtschaftsminister und keiner würde auf die Idee kommen ihn bestechen zu wollen und zweitens lassen sich Banküberfälle sehr schlecht tarnen. Dazu kommt, und daß ist der absolut schwerwiegendste Grund: Otto hat den Banküberfall nicht deswegen gemacht, um seinem Reichtum noch ein paar Tausender hinzuzufügen, was ja ein durchaus anerkanntes Gesellschaftsspiel ist, nein, Otto hat die Knete tatsächlich gebraucht, um die Miete und seine Schulden, die sich im Laufe der Jahre angehäuft haben, zu bezahlen. Daß bedeutet eine absolut ungünstige Sozialprognose für die Zukunft, ist ja klar, er ist ja erwischt worden und wenn er jetzt nicht im Knast verschwinden würde, hätte er immer noch Schulden und müßte unbezahlbare Mieten aufbringen. Die Rückfälligkeit ist also vorprogrammiert.
Also: Fünf Jahre Knast, Störfaktor isoliert, Ordnung wiederhergestellt, Aufgabe der Justiz mit Bravour erfüllt.

In gleicher Weise ist den justizschergen in dem "Mordprozeß" gegen die beiden Antifaschisten ein ausgeprägter, "neutral abwägender" politischer Verstand nicht abzusprechen.
Nicht eine Frage wird in diesem Prozeß darauf verwendet, inwieweit Menschen Verantwortung für persönliches Handeln innerhalb eines staatsterroristischen Systems haben und auch nicht an die Frage, ob die sogenannten Opfer der Tötung nur ausführende Kriecher oder selbstständig Handelnde im Faschismus waren.
Das ist verständlich, denn die Antworten auf entsprechende Fragen würden die Vorzeichen des Prozesses auf der Stelle umdrehen, indem festgestellt würde, daß der tote Richter ein Massenmörder und die Angeklagten aufrechte Menschen sind, die daß Glück hatten dem Teror solcher Figuren wie Kallmerten zu entgehen; zu überleben. Das Ergebnis würde also sein, daß es keinerlei Anlass und Berechtigung gibt, überhaupt einen Prozeß zu führen, ganz einfach, weil es keinen Fall gibt.
Hier greift der politische Sachverstand der Justiz:
- wenn nämlich der Justizapparat der BRD von solchen Verbrechern wie dem toten Kallmerten wiederaufgebaut wurde;
- wenn die nur zur Verteidigung-ist-die-da-Bundeswehr von den Befehlshabern der faschistischen Aggressionsarmeen rekonstruiert worden ist;
- wenn die Organe, die den Schutz der freiheitlich - demokratischen - Grundordnung zur Aufgabe haben, (Geheimdienste, Polizeien, Verfassungsschutz) sich aus genau den gleichen Personen zusammensetzen, wie auch SS, SA, SD, GeStaPo und Aufklärung fremde Heere Ost;
- wenn Ministerpräsidenten, Parteivorsitzende und Bundespräsidenten auch im Nationalsozialismus schon hohe politische Ämter innehatten;
- wenn die wirtschaftlichen Eliten des Faschismus auch die wirtschaftlichen Eliten der Bundesrepublik sind;
-wenn also die gesellschaftlichen Hierachien des Faschismus und der Demokratie von ein und denselben Personen repräsentiert werden, und das alles nach ausführlichen "Entnazifizierungsverfahren" der allierten Westmächte und deutscher Behörden, **dann kann am Faschismus nicht viel schlechtes gewesen sein!**
Dann müßten die Interessen der Demokratie und des Faschismus sehr viel Ähnlichkeiten haben, denn kein Mensch ist in der Lage, sich innerhab kurzer Zeit um 180 Grad zu drehen. "In deutscher Perfektion wurde hier gleich um 360 Grad gedreht, und somit war ein marschieren in die gleiche Richtung nicht zu vermeiden."
Die abschließende Bewertung der Geschichte durch die deutsche Justiz - messerscharf, neutral, objektiv, so wie sie nun mal ist, heißt:
Die Justiz ist zur Verteidigung der "freiheitlich-demokratischen-Grundordnung" da. Weil nun aber die "freiheitlich-demokratische-Grundordnung" von den selben Personen vertreten wird wie der

Nationalsozialismus ist die Tötung des Richters Kallmerten geradezu ein Anschlag auf dieselbe! Und das darf angeklagt werden.

Ganz so offen, wie hier entwickelt, hat das Schauspiel vor dem Hamburger Landgericht natürlich nicht stattgefunden, in der Substanz allerdings stellt dieser Prozeß genau das obige dar.
In diesem Prozeß wird der bisher brutalste und umfassendste Versuch des deutschen Imperialismus, sich die Vorherrschaft in Europa zu erobern, der Faschismus eben, ein gutes Stück rehabilitiert allein schon dadurch, daß die antifaschistische Selbsthilfe und der Widerstand gegen den Faschismus als verurteilenswert hingestellt wird.
Der Prozeß ist Bestandteil einer umfassenden Kampagne in allen gesellschaftlichen Bereichen, die historischen Tatsachen imperialistischer Kontinuität aller Herrschaftsformen dieses Jahrhunderts in Deutschland zu verkleistern. Ziel dieser Kampagne ist es unter anderem, neben dem Wirtschaftsimperialismus, der relativ akzeptierter Bestandteil bundesdeutscher Politik ist, auch die militärische Intervention wieder zum legitimen Mittel zur Durchsetzung von Konzerninteressen zu machen.

In diesem Prozess wollen die Lakaien des deutschen Großkapitals ein Exempel statuieren. Es geht IHNEN darum, alles zu liquidieren, was IHREN Interessen in irgendeiner Weise Widerstand entgegensetzt. Dazu gehört in besonderer Weise der antifaschistische Widerstand.
Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn stehen für denselben und für ein Weltbild und Politikverständnis, daß Widerstand gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg bedeutet..

Neben dem widerlichen politischen Hintergrund gibt es in diesem Prozeß (der bei Veröffentlichung dieses Textes wahrscheinlich zuende sein wird) noch eine weitere Besonderheit, zumindest in Prozeßen gegen Linke:
Die Verteidigung der beiden Antifaschisten, insbesondere die von Gerhard Bögelein beteiligt sich an seiner Demontage. Da wird ihm ein Geständnis aufgeschwatzt, weil es die Chance auf ein Urteil Richtung Totschlag verbessert. Da wird die Person des Nazirichters und seine Geschichte aus der Verteidigung ausgeklammert, als wenn diese mit dem Prozeß überhaupt nichts zu tun hat. Da wird die Verlesung des Tagebuches von Kallmerten über die Lagerlaufsprecher mit der Springer-Hetzkampagne gegen Rudi Dutschke verglichen und festgestellt, daß auch Springer für das Attentat auf Rudi Dutschke nicht schuldig gesprochen wurde.
Dieser Prozeß läßt an Unerträglichkeiten wirklich nichts zu wünschen übrig, nicht einmal die Abwesenheit der Linken (bis auf eine kleine Gruppe von Menschen, die im Prozeßverlauf gerademal in der Lage war, den Saal zu füllen) fehlt in diesem Schaustück kapitalistischer Rachejustiz.

Nach dem Verlauf des Prozesses zu urteilen, sind nur zwei mögliche Ergebnisse zu erwarten. Entweder die Verurteilung zu lebenslanger Haft wegen Mordes oder die Veruteilung wegen Totschlags, was eine Verjährung bedeuten würde.
In beiden Fällen ist es notwendig, sich mit den beiden Genossen zu solidarisieren und der Justiz die Legitimität zu entziehen. Falls das Urteil lebenslang lauten sollte, ist eine sofortige Freilassungskampagne dringend angesagt.
Informiert Euch in den Infoläden oder beim Kommitee gegen den Imperialistischen Krieg c/o Schwarzmarkt, Paulinenstr.15, 2000 Hamburg 36

Die Herrschenden haben die Macht- Wir die Solidarität!

Für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung!

Mitlerweile ist der Prozeß zu Ende:
Karl Kielhorn wurde freigesprochen; Gerhard Bögelein zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Es geht nun darum, Gerhard Bögelein so schnell wie möglich aus dem Kanst zu holen. Dies kann aber nur gelingen, wenn über das was abgelaufen ist viele Menschen informiert sind und sich dazu verhalten.

Wenn Ihr weitere Fragen habt, wendet Euch bitte an uns.

Infoladen Omega
Bahnhofstr. 44

2350 Neumünster

Telefon 04321/45927
FAX 04321/46542

Hallo Leute !
Hier sind einige Infos aus München zum Unter bindungs-gewhrsam. In vorraussichtlich 2 Wochen wollen wir ein Treffen machen für weitere Tips und Informationen für alle die zum WWG wollen. Achtet auf die Terminankündigung! (demnächst in dieser Zeitung)

EA Berlin

INFO-BLATT ZUM UNTERBINDUNGSGEWAHRSAM / BAYERISCHES POLIZEIAUFGABENGESETZ (PAG)



LIEBE STÖRERINNEN, LIEBE STÖRER!

Es ist uns zu Ohren gekommen, daß hier und da Unklarheit, Unmut und Unsicherheit aufgekommen ist, inwieweit die Bullen Unterbindungsgewahrsam während der Anti-WWG-Aktionen, und vor allem während der Anreise von AktivistInnen, anwenden.
Dem wollen wir etwas entgegensetzen - gegen repressive Mythenbildung!

Der Unterbindungsgewahrsam - einer der vielen schönfärberischen Begriffe orwellscher Sprachstrategen - ist ein Mosaikstein in der gesamten Präventionsstrategie moderner, staatlicher Sicherheitspolitik, wie sie seit Ende der 60er Jahre strukturell entwickelt wurde, im Laufe der 70er Jahre realisiert und nun mithilfe der sog. 'Sicherheits(=Staatsschutz)gesetze' rechtlich abgesichert worden ist.
Die Änderung des bayerischen Polizeiaufgabengesetz (PAG) stellt auch eine Reaktion auf den Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf dar: ein juristisches Instrumentarium zur präventiven Herrschaftssicherung, um kommende Protestaktionen, (wilde) Streiks, Widerstand im Vorfeld einschüchtern, kanalisieren oder unterdrücken zu können.
Bisher war Präventivhaft in Bayern nur bis zu einer Dauer von 48 Stunden möglich. Die Novellierung des PAG bedeutet also eine 700% Steigerung der Festnahmedauer auf maximal 14 Tage. Nach den entsprechenden Polizeigesetzen in Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg sind ebenfalls zweiwöchige Unterbindungsgewahrsame möglich. Unterschied ist aber, daß in diesen Bundesländern Präventivhaft von 14 Tagen nicht gezielt als politisches Einschüchterungsmoment im Kontext mit Widerstandspraxis (WAA) eingeführt worden ist, kein extensiver Festnahmekatalog wie im bayerischen PAG (s.u.) vorhanden ist und Unterbindungsgewahrsam bisher kaum angewandt worden ist.
Die Anti-WWG-Aktionen könnten eine erste grössere Anwendungsmöglichkeit für das verschärfte Instrumentarium Unterbindungsgewahrsam darstellen.
Grosse Vorkontrollen sind jedoch auch in anderen Bundesländern/Städten üblich.
In München wird sich kein vollkommen ungekanntes, outstanding Repressionsszenario vollziehen. Bei den letzten bundesweiten Großdemos in Frankfurt/M. gab es genauso penible Vorkontrollen im Umkreis der Auftaktkundgebung wie es bei der Anreise nach Berlin/West in den letzten Jahren grössere Festnahmen nach ASOG gab.
Es ist wichtig im Kopf zu behalten, daß die paranoiden Sicherheitskonzepte der Polizeistrategen, des Bayerischen Innenministeriums und des Münchner Kreisverwaltungsreferats weder automatisch politisch durchsetzbar sind noch notwendig so aufgehen müssen, wie es ihre kranken Hirne fantasieren. KVR-Chef Hans-Peter Uhl halluziniert inzwischen schon in der 'Süddeutschen Zeitung', daß die MünchnerInnen alle daheim bleiben, die Stadt meiden sollen und vor dem Fernsehschirm sicherer und informierter aufgehoben seien. Auch das wird ihnen nicht gelingen: die sog. Bürgerinnen und Bürger im Simulationsknast TV zu isolieren.



Die Regelung im bayerischen PAG schaut so aus:

> Art. 17 Gewahrsam
>
> (1) Die Polizei kann eine Person in Gewahrsam nehmen, wenn
>
> (...)
>
> 2. das unerläßlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit zu verhindern; die Annahme, daß eine Person eine solche Tat begehen oder zu ihrer Begehung beitragen wird, kann sich insbesondere darauf stützen, daß
>
> a) sie die Begehung der Tat angekündigt oder dazu aufgefordert hat oder Transparente oder sonstige Gegenstände mit einer solchen Aufforderung mit sich führt; dies gilt auch für Flugblätter solchen Inhalts, soweit sie in einer Menge mitgeführt werden, die zur Verteilung geeignet ist, oder
>
> b) bei ihr Waffen, Werkzeuge oder sonstige Gegenstände aufgefunden werden, die ersichtlich zur Tatbegehung bestimmt sind oder erfahrungsgemäß bei derartigen Taten verwendet werden, oder ihre Begleitperson solche Gegenstände mit sich führt und sie den Umständen nach hiervon Kenntnis haben mußte, oder
>
> c) sie bereits in der Vergangenheit mehrfach aus vergleichbarem Anlaß bei der Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit als Störer betroffen worden ist und nach den Umständen eine Wiederholung dieser Verhaltensweise zu erwarten ist;
>
> oder
>
> 3. das unerläßlich ist, um eine Platzverweisung nach Art. 16 durchzusetzen.
>
> (...)

Wir sehen hauptsächlich zwei potentielle Anwendungsmöglichkeiten des PAG:

Kurz vor dem WWG werden gezielt Leute aus den Vorbereitungsgruppen des Kongresses, der Demo und Aktionstage bis zum Ende der Anti-WWG-Aktionen festgenommen und eingeknastet. Das wäre dann eine offene Notstandspolitik des bayerischen Innenministeriums, die jegliche politische Handlungsfähigkeit unterdrücken will. Falls sich eine solche Repressionspolitik abzeichnet, soll auch so damit umgegangen werden, d.h. es wird nicht still und klammheimlich eine zweite Garnitur der Koordination aus der Tasche gezaubert. In dem Fall soll dann politisch reagiert werden und offen und soweit wie möglich offensiv das Vorgehen der bayerischen Notstandsstrategen innerhalb der politischen Bewegung diskutiert (Reaktionsmöglichkeiten) und nach außen gegenüber der bürgerlichen Presse thematisiert werden. Eine politsche Vorbereitung für eine solche Notstandssituation wird versucht, jetzt zu beginnen.

Die andere Anwendungsmöglichkeit unterscheidet sich nicht wesentlich von Erfahrungen bei anderen Großaktionen in der BRD: starke Vorkontrollen bei Anreisenden, beim Demoauftakt und den Aktionen. Hier greift als bayerische Besonderheit dann die Möglichkeit einer Festnahme als sog. 'Störer'. Die Konstruktion des 'Störers' beinhaltet allein ein Registriertsein im Polizeicomputer, keine rechtskräftige Verurteilung. Ein Unterbindungsgewahrsam kann nach richterlicher Entscheidung dann länger als 48 Stunden bis zum Ende der G-7-Tagung am Mittwoch, den 8. Juli, andauern.

Es empfehlen sich die normalen Vorsichtsmaßnahmen: genaue Überlegung, was mitgenommen wird, was anders transportiert werden kann, Meiden der großen Einfallstraßen etc.

Falls eine oder einer von euch von den Bullen mitgenommen wird und in Unterbindungsgewahrsam landet, muß sie entweder nach 48 Stunden rauskommen oder sofort dem /der Ermittlungsrichter/in vorgeführt werden, was allerdings erst mal Stunden dauern kann.

Ihr habt das **Recht** eine Anwältin, einen Anwalt, **also den EA** anzurufen (23 Pf. in der Hosentasche haben!).

Der EA bereitet mit AnwältInnen die Betreuung von Leuten in Vorbeugehaft vor. Wenn Frauen/Lesben von einer Anwältin vertreten werden wollen, soll das klar gehen, soweit genügend Anwältinnen zur Verfügung stehen.

Stunden nach der Festnahme werdet ihr irgendwann dem/der Ermittlungsrichter/in vorgeführt. **Besteht darauf, daß eine Anwältin/ein Anwalt zugegen ist!** Die ErmittlungsrichterInnen entscheiden, ob der Gewahrsam angeblich gerechtfertigt ist und ob er fortgesetz" wird. Bei Fortsetzung muß immer der Zeitraum und Begründung angegeben werden. Länger als bis zum Mittwoch kann keine im Knast behalten werden.

Die richterliche Entscheidung über den Unterbindungsgewahrsam wird in nichtöffentlicher Sitzung, nach polizeilicher Aktenlage und ohne unabhängige ZeugInnen durchgeführt. § 146 StPO gilt nicht, d.h. AnwältInnen können mehrere Leute in gleicher Sache vertreten.

Ordnet der/die Ermittlungsrichter/in eine Fortsetzung des Unterbindungsgewahrsams an, könnt ihr **sofortige Beschwerde** vor dem Landgericht einlegen. **Macht das sofort noch beim/bei der Ermittlungsrichter/in.**

Die **sofortige Beschwerde** wird am Landgericht ohne Anhörung, d.h. ihr seid nicht dabei, nach Aktenlage entschieden. Bei der Festnahme von 73 WAA-GegnerInnen bei den Herbstaktionen 1989 in Kronstetten hat z.B. das Landgericht die Haftanordnung aufgehoben.

Wenn ihr in Unterbindungsgewahrsam sitzt, seid ihr nicht in U-Haft, sondern in **Polizei-Haft.** Ihr habt aber theoretisch die normalen Möglichkeiten von Zeitung, Besuch, Büchern, Einkauf etc., die über die ErmittlungsrichterInnen geregelt werden. Konkrete Erfahrungen gibt es damit noch nicht.

Wir versuchen über EA/Bunte Hilfe etc. in anderen bayerischen Städten eine Betreuung für Leute auf die Beine zustellen, falls welche schon weit vor München in Unterbindungsknast landen sollten.

Ansonsten empfehlen wir euch, die **kursierenden EA-Infos zu lesen, den Mut nicht zu verlieren, euch nicht zu ärgern** - und: **Geduld und Spucke.**

Wir hoffen mit dem Info, zur Klarheit beigetragen zu haben, was Unterbindungsgewahrsam betrifft - gegen die Paranoia des Sicherheitsapparats, gegen die Zombies, die den WWG nach außen als mediales Spektakel von Freiheit in Marktwirtschaft präsentieren wollen. UNS DIE STRASSE.

EUER EA MÜNCHEN

Alt, aber nicht veraltet

Thesen zur Diskussion vom 31.03.1992

These 1
Die politischen Gefangenen sind StaatsfeindInnen; sie sind Gefangene, *weil* sie StaatsfeindInnen sind. Wir sind auch StaatsfeindInnen. Auch wenn wir in unserer Theorie und Praxis der Vergangenheit - untereinander wie auch teilweise in unserem Verhältnis zu den Gefangenen - sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Füllung dieses Begriffs hatten und auch gegenwärtig (noch?) haben, ist dies der Grund für unseren positiven Bezug auf den Kampf der Gefangenen.

These 2
Der Staat (**jeder Staat!**) muß seine GegnerInnen in letzter Instanz gewaltsam verfolgen (in Anbetracht der *Möglichkeit* einer Verbreiterung auch einzelne, weitgehend isolierte RevolutionärInnen). Denn: Wenn auch seit der Oktober-Revolution die Mechanismen der materiellen Integration der Unterdrückten und der ideologischen Hegemonie der Herrschenden - v.a. in den imperialistischen Metropolen - erheblich ausgebaut und verfeinert wurden, funktioniert doch keine Herrschaft so absolut, daß sie nicht in letzter Instanz mit Gewalt aufrechterhalten werden müßte. Dies ist aber nur die eine Seite des Verhältnisses des Staates zu den RevolutionärInnen. Das System in den imperialistischen Metropolen zeichnet sich (im Vergleich zum 'real existierenden Sozialismus' bspw.) gerade durchaus, daß es **kein** "Auslöschverhältnis zur Fundamentalopposition" (so aber Martina Bick u.a. im Angehörigen-Info 88, 13.03.1992, S. 1) hat. Vielmehr läßt der bürgerlich-parlamentarische Rechtsstaat (wir müssen ihn deshalb **nicht** 'gut' finden) selbst der Fundamentalopposition einen bestimmten Spielraum, weil er auch aus ihr - wobei er dabei versucht, ihr dann die Spitze zu nehmen - Innovationspotential zieht (was bspw. dem 'real existierenden Sozialismus' gerade fehlte). (Damit ist - aufgrund der Existenz von Tendenz 1 - nicht gesagt, daß der bürgerlich-parlamentarische Rechtsstaat nicht auch - in **bestimmten** Situationen - eine Liquidationspolitik betreibt. Aber das ist eben nur **eine** Tendenz der Konterrevolution.)

These 3
Die Politik der systemtragende Kräfte (also incl. ReformistInnen) gegenüber den politischen Gefangenen ist von einem weiteren Widerspruch gekennzeichnet. Einerseits herhebt der bürgerlich-parlamentarische Rechtsstaat den Anspruch, nur nachgewiesene Taten, aber nicht bloße Gesinnungen und Meinungsäußerungen zu bestrafen. Andererseits gelingt es ihm nicht immer, seinen GegnerInnen solche Taten nachzuweisen. Da er aber andererseits dem **tendenziellen** Zwang unterliegt, gegen StaatsfeindInnen gewaltsam fortzugehen, (s. These 2) muß er seine eigenen Grundsätze des öfteren verletzten. (Diese [rechtsstaatlichen] Grundsätze sind allerdings selbst nicht beliebig oder bloße Lüge oder im revolutionären Sinne zu instrumentalisieren. Die Freiheit und Gleichheit der Rechtssubjekte ist vielmehr die Voraussetzung des entwickelten freien Waren- und Arbeitsmarktes.) Daher stößt die Politik des Staates gegenüber den politischen Gefangenen teilweise auf den Protest liberaler Kräfte im systemtragenden Spektrum.

These 4
Daraus und aus der Schwäche der revolutionären Kräfte in der BRD resultiert die **Möglichkeit und Notwendigkeit von Bündnissen** von RevolutionärInnen mit ReformistInnen. Ein Bündnis zeichnet sich dadurch aus, daß es *eben ein Bündnis* zwischen *unterschiedlichen* Positionen ist. Daraus, daß in einem Bündnis *unterschiedliche* Positionen zusammenkommen, resultiert wiederum zweierlei:
a) die eigene (revolutionäre) Position darf in Bündnissen mit ReformistInnen nicht verschwiegen werden (sonst handelt es sich nicht um ein Bündnis mit, sondern um eine Unterordnung unter ReformistInnen)
b) umgekehrt kann auch von den ReformistInnen keine Unterordnung erwartet werden (sonst kommt nämlich kein Bündnis zustande).

These 5
ReformistInnen gehen solche Bündnisse natürlich aus ihren eigenen (rechtsstaatlichen, versöhnenden etc.) Interessen ein. Dem Interesse von ReformistInnen bspw. an einem Abschwören der politischen Gefangenen können wir am besten etwas entgegensetzen, wenn wir uns von den ReformistInnen nicht nur dadurch unterscheiden, daß wir verbalradikal *quantitativ* mehr fordern, oder die radikaleren Durchsetzungs*formen* wählen, sondern indem wir inhaltlich etwas *qualitativ anderes* zu sagen haben.

These 6
Die Argumentation müßte also in etwa lauten: Ja, da gibt es etwas bei den Gefangenen, von dem sie abschwören könnten - und bei uns auch! **Aber genau daran wollen wir** (bei allen Fehlern, die in der Vergangenheit gemacht worden sind und die wir berichtigen wollen) **festhalten.**

These 7
Dies erfordert eine inhaltliche Positionsentwicklung. Dabei liegt die Schwierigkeit darin, daß durch (fast) alle Fraktionen der (revolutionären und reformistischen) Linken hindurch zwar die Bedeutung des in den letzten Jahren eingetretenen Bruchs betont wird, gleichzeitig aber mit einer schon bemerkenswerten Hemmungslosigkeit im Kern die gleichen Positionen wie schon seit - sagen in etwa - gut sechzig Jahren vertreten werden. (Ich werde diese These weiter unten anhand des Artikels von Lutz Taufer im Dez.-AK, Lutz' Brief an die Tübinger Initiative und das schon zitierte Papier der vier Hamburgerinnen erläutern. **Zunächst möchte ich aber knapp das allgemeine** Umfeld dieser These etwas ausleuchten).

These 8
Seit Lenins Tod ist die nicht-sozialdemokratische, nicht **offen** anarchistische Linke in zwei **Haupttendenzen** (die sich selbstverständlich weiter differenzieren lassen) zerfallen, die allerdings eine wesentliche **Abweichung** vom Marxismus gemeinsam haben:
Tendenz 1: Georg Lukács - Frankfurter Schule - 'antiautoritärer' Flügel der APO - Spontis - **Autonome**. In diese Tendenz ist *eher* auch die RAF einzuordnen.
Tendenz 2: Stalin - SED - DKP - PDS.
Beiden Tendenzen - diese These mag zumindest auf die zweite Tendenz zunächst überraschen - **ersetzen** die klassenkämpferische Problematik durch eine humanistische Problematik.

These 9
Tendenz 1 geht von dem Problem der "Verdinglichung" sowie von der vermeintlichen "Totalität" **von** Herrschaft aus und ersetzt den Klassengegensatz (zwischen antagonistischen Menschen*gruppen*) durch **den** Gegensatz Mensch - Maschine oder Mensch - Schwein u.ä. Formeln.
Tendenz 2 stellte seit der Durchsetzung der stalinschen These vom (nicht nur Beginn der **Revolution**, sondern) 'Aufbau des Sozialismus in einem Lande' den Klassenkampf **faktisch** hintenan. Und die **sowjetische** ArbeiterInnenklasse wurde ja in der Tat unterdrückt; und 1936 - auf dem Höhepunkt der Moskauer Prozeß! - **erklärte** die neue sowjetische Verfassung die Diktatur des Proletariats für beendet und verkündete den "**Staat des ganzen** Volkes". Entsprechend wurde jetzt auch in den westlichen KomIntern-Parteien **offen** die anti-**klassenkämpferische** Volksfront-Strategie (die nur den *spiegelbildlich* gleichen Fehler zur vorhergehenden "Sozialfa**schismus**"-These darstellte; beide weichen von der leninschen Einheitsfront-Politik der ArbeiterInnenklasse ab) vertreten.
Bezüglich der RAF ist zu beachten, daß in den frühen Schriften der RAF die humanistische Problematik noch nicht *so* deutlich präsent war. Die Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat zwar noch/schon Anklänge an die APO bzw. spätere RAF-Texte (RAF 1970, passim; RAF 1971, 11, li. Sp., 12); aber sie ist differenzierter (s. bspw. zum Sozialdemokratismus RAF 1971, 11 f.; RAF [April] 1972a, 23 einerseits und RAF [Nov.] 1972b, 38), weniger totalisierend. Auch mit ihrer Randgruppen-Orientierung (insbesondere in der Erklärung **zur** Befreiung von Andreas Baader [RAF 1970]) knüpfte schon die frühe RAF an die Kritische Theorie an. **Aber die RAF** erkannte damals immerhin den zentralen Schwachpunkt der StudentInnenbewegung, auf sie die **sich** ansonsten erfreulicherweise anders als die ML-Sekten positiv bezog (RAF 1971, 8) - ohne allerdings **hinreichend** deutliche theoretische Konsequenzen daraus zu ziehen: "Gewiß war das Pathos übetrieben, mit dem sich die Student*Innen*, die sich ihrer psychischen Verelendung (?!) bewußt geworden waren, mit den ausgebeuteten Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens identifizierten; stellte der Vergleich zwischen der Massenauflage der 'Bild'-Zeitung hier und dem Massenbombardement auf Vietnam eine grobe Vereinfachung dar; (...); war der Glaube, **selbst** das revolutionäre Subjekt zu sein - soweit er unter Berufung auf Marcuse verbreitet war -, gegenüber der **tatsächlichen** Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft und den sie begründenden Produktionsverhältnissen **ignorant**." (RAF 1971, 8 - weibliche Formen d. Verf.). Die humanistische Problematik kam bei der RAF vielmehr erst ab Ende 1972 zum vollen Durchbruch, als sich zeigte, daß die Randgruppen-Strategie nicht die erhofften und **notwendigen** Erfolg brachte. Allerdings war die neue Strategie - gemessen an Ulrike Meinhofs Diktum: "Widerstand ist, **wenn** ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht." (Meinhof 1968a, 138, 140) - auch nicht **erfolgreicher** als die alte. Es zeigt sich also auch hier wieder, daß das Ausweichen auf das Feld der humanistischen Ideologie die "konkrete Analyse der konkreten Situation" (Lenin) und damit das Entwickeln einer besseren Strategie verhindert.

These 10
Insofern stellen in den letzten Jahrzehnten die einzigen erfreulichen Tendenzen die neue Frauenbewegung / der Feminismus und - in jüngster Zeit - das Bemühen um eine historisch-materialistische Theorie des Rassismus dar: Beide haben gezeigt, daß die Rede von *'dem Menschen'* illusionär ist. Der Feminismus hat gezeigt, daß Männer und Frauen - in *jeder* Klasse - ein grundlegend unterschiedliches Verhältnis zu 'dem System', 'der Maschine', 'dem Monopolkapital' etc. haben. Die neueren Rassismus-Theorien erkennen schließlich den relativ eigenständigen Charakter des Herrschaftsverhältnisses zwischen Weißen und Schwarzen, zerstören dadurch ebenfalls den Mythos von 'dem Menschen' und holen damit den Rassismus aus dem Schatten eines Antiimperialismus, der diese relative Eigenständigkeit verkennt und deshalb ausschließlich ein internationalistischer *Antikapitalismus* ist. Stattdessen muß Imperialismus m.E. als Effekt der Überlagerung von Patriarchat, Rassismus und Kapitalverhältnis betrachtet werden.

These 11
Die in These 8 und 9 skizzierten beiden Tendenzen lassen sich - wiederum etwas schematisch - **nach** folgenden strategischen Ansätzen unterscheiden.
Tendenz 1 kommt imaginär 'von außen' - und zwar nur von außen ("Wir haben keine Forderungen an die Herrschenden", 1. Mai 1989) [und bleibt deshalb auch 'außen' statt die Revolution zu bewirken]: Bei Lukács kommt die ArbeiterInnenklasse automatisch-spontan zu revolutionärem Bewußtsein (wird also außerhalb der herrschenden ideologischen Beeinflußung gedacht). Nachdem sich dies als offensichtlich falsch herausgestellt hatte, wurde nicht etwa die Theorie revidiert, sondern die gleiche Theorie wurde auf andere, jetzt auf die von der "allgemeinen Praxis Eximierten" (Adorno/Horkheimer) 'angewandt': StudentInnen, "Neger" (schreibt Marcuse tatsächlich), Marginalisierte, LadendiebInnen, ... etc. (der Phantasie und Beliebigkeit sind keine Grenzen gesetzt).



Tendenz 2 kommt von 'innen' - und zwar **nur von** 'innen' - und bleibt deshalb im (gleichen) 'innen': 'antimonopolistisches Bündnis' (selbst dieser **kleinkapitalistische** Begriff erscheint der PDS heute noch zu 'marxistisch'), Aktionseinheit mit der SPD, Parlamentsfixiertheit trotz 0,3%, Legalismus, Gewaltfreiheit.
Insofern (das Verhältnis von 'innen' und 'außen' **betreffend**) haben Schulze/Wiegrefe 1991 - ausführlicher als das aus Platzgründen hier der Fall sein kann - beide **Tendenzen** in dem Sammelband "Kein Opposition. Nirgends?" einer Kritik unterzogen. Ich werde mich im folgenden - unter dem Gesichtspunkt unserer Fragestellung - auf die Tendenz 1 beschränken.

These 12
Lutz Taufer schreibt in seinem Brief an die Tübinger Ini: "die menschen handeln in revolutionären zeiten nach moral und ideal, ansonsten prüfen sie einen politischen prozeß danach, ob er ihr leben besser oder schlechter macht." Die Oktober-Revolution, die chinesische Revolution, die kubanische, die sandinistische etc. Revolution haben also für die Massen das Leben schlechter **gemacht**?! Und ich hab' gedacht, die Revolution sei keine moralische Frage der Selbstkasteiung, sondern eine **Machtfrage**...

These 13
Lutz zitiert in Bezug darauf, was er für das Neue der jetzigen Epoche hält: "wenn ich aber als ein führer der tupamaros in einen der armen stadtteile gehe und dort mit dem revolutionären subjekt spreche, dann hat dieses subjekt wahrscheinlich keine zähne, dann hat es an diesem tag nichts gegessen, (...) - wenn ich mit einem solchen genossen über dieses thema ("die idee des sozialismus", d. Verf.) sprechen würde, dann wäre das, als wenn ich ihn nicht mit genügend achtung behandeln würde. (...) dann ist diese utopie, über die wir sprechen, keine angelegenheit von 20, 30 oder 50 jahren, sondern von morgen oder übermorgen, dann ist diese utopie: dreimal am tag essen zu können, kinder aufziehen zu können, zu wissen, wenn man krank ist, dann bekommt man ein bett im krankenhaus und watte und verbandszeug und etwas zu essen." [MANN bekommt das - und FRAU zieht die Kinder auf... - aber das nur am Rande.]
Die Situation ist sicherlich richtig beschrieben, **aber sie ist *nicht neu***. Sie besteht schon immer - und sie war schon immer ein **Argument** von ReformistInnen gegen **Revolutionär**Innen (besonders gegen solche, die den *Sozialismus* für eine *Idee*, und nicht den *Kommunismus* **für die** *reale Bewegung*, die den jetzigen Zustand aufhebt, [Marx/Engels] halten). Und diese Beschreibung **war deshalb** ein **Argument**, weil mit ihr die Situation - wie schon geschrieben - in der Tat richtig beschrieben ist. (Weil die Situation *richtig* beschrieben ist, schreibe ich auch **nicht**, daß Lutz oder die Tupamaros ReformistInnen [geworden] seien. Vielmehr schreibe ich:)
+ + Die so beschriebene Situation ist nicht neu.
+ + Wer/welche dies für das Neue der jetzigen **Situation** hält, übersieht, daß diese Situation schon früher bestand. Wer/welche übersieht, daß diese Situation schon **früher** bestand, versperrt die Untersuchung der Frage, ob früher dieser Situation angemessen gehandelt wurde. Wer/welche die Untersuchung dieser Frage versperrt, erspart sich Selbstkritik. Wer/welche sich Selbstkritik erspart (und einfach einen - angeblich der neuen Situation angemessenen - Neubeginn verkündtet), erschwert zumindest die Berichtigung früherer Fehler.
+ + Mit der Geschichte der Tupamaros kenne ich mich nicht aus. Aber für die BRD kann ich schreiben, daß die gesamte revolutionäre Linke (incl. der RAF) dieser (**hier zwar** *quantitativ* grundlegend verschiedenen, aber qualitativ [nicht identischen wohl aber] *ähnlichen*) Situation nicht angemessen gehandelt hat:
+ + Sie hat den Sozialismus in der Tat als "Idee" behandelt und nicht - wie Huidobro (von Lutz zitiert) richtigerweise fordert - gezeigt, daß "der kapitalismus (...) nicht in der lage (ist), diese [hier wiederum quantitativ verschiedenen, aber qualitativ ähnlichen, Erg. d. Verf.] probleme zu lösen." Die revolutionäre Linke in der BRD hat in der Tat - wie Lutz heute immer noch - die Revolution als moralische Frage betrachtet. Sie hat nicht gezeigt, daß die Zerschlagung des bürgerlichen, patriarchalen und rassistischen Staates und dessen Ersetzung durch einen Halb- oder [Schon]-nicht-[mehr-ganz-]Staat, der *aufgrund der weiterhin notwendigen* feministischen, antirassistischen und proletarischen *Kämpfe schließlich abstirbt*, zur Lösung der Probleme sowohl notwendig als auch möglich ist.

These 14
Der BRD-Linken fehlte es in den letzten 20 Jahren nicht und fehlt es auch heute nicht an Utopien, Ideen, Idealen etc. (Das eine - bspw. die sozialistische - Idee "verpflichtet" meint [nicht] nur die PDS.) Die BRD-Linke hatte in dieser Zeit mehr als genug 'Ideen':
+ + aufgrund der Tatsache, daß man/frau sich für unheimlich links gehalten und der Staat eine Bildungsexpansion finanziert hat: die 'Idee' des Marsches durch den Institutionen
+ + aufgrund der Tatsache, daß einige ArbeiterInnen unabhängig von ihren sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen streikten: die 'Idee' der proletarischen Revolution in der BRD als Tagesaufgabe
+ + aufgrund der Tatsache, daß sich einige BeamtInnen, ÄrztInnen etc. vor Raketendepots setzten und einige (teilweise noch dazu freiwillig) marginalisierte StudentInnen Steine schmissen: die 'Idee' von den sog. neuen sozialen Bewegungen als neuem quasi-revolutionärem Subjekt.
+ + aufgrund der Tatsache, daß der (Post)-Stalinismus am Ende war: die 'Idee' von der Lösung der 'globalen Probleme" im 'allgemein-menschlich Interesse'
+ + ... etc.
Gefehlt hat es der BRD-Linken nicht an Utopien, sondern an der "konkreten Analyse der konkreten Situation" (Lenin), also an der Analyse der **realen** Widersprüche sowie der Möglichkeit, sie in Richtung Revolution voranzutreiben.

These 15
Lutz begründet seine These vom Epochenumbruch (nahezu) ausschließlich mit der objektiven internationalen Entwicklung. Aber - was war das für eine Entwicklung? Haben auf seiten der Linken nur die 'real-existierend sozialistischen' Führungen Fehler gemacht?! Wurden diese nicht auch mit ihren Problemen von (anderen) Linken allein gelassen - dadurch, daß sie sich entweder
+ + - wie die DKP - schlicht unterworfen
oder aber
+ + - wie die meisten 'MaoistInnen' - im Kampf gegen den "Sozialimperialismus" mit dem tatsächlichen Imperialismus vorbündet
oder aber
+ + - als dritte Variante - ganz geschwiegen haben?
Und wie war die innenpolitische Entwicklung in der BRD? Gab es da keinen Anlaß zur gründlichen Neubestimmung **sämtlicher** linker Strategie?!

These 16
Als der neuen Situation angemessen schlägt Lutz eine Politik "organisierte(r) einzelkämpfer"(Innen?!) vor. Nun ist dieser Vorschlag nicht neu, sondern er wurde - wortwörtlich bereits 1967 auf dem SDS-Kongreß von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl in ihrem "Organisationsreferat" gemacht. Wenn dieser Vorschlag trotzdem der neuen Situation angemessen sein soll, müßte zumindest gezeigt werden, daß
-- der Vorschlag damals falsch war, aber heute richtig ist
oder
-- der Vorschlag damals und heute richtig und von der Veränderung der Situation nicht berührt ist und was dann auf der strategischen Ebene die Innovation darstellen soll.
Alldas zeigt Lutz nicht - und m.E. ist es auch *objektiv* unmöglich zu zeigen, daß eine Politik 'organisierter EinzelkämpferInnen' revolutionäre Politik ist. Mehr noch: In These 17 und 18 werde ich zeigen, daß der Vorschlag nicht nur nicht neu ist, sondern schon praktiziert wurde und - objektiv wie auch nach Lutz' Einschätzung - ***schon gescheitert ist***.

These 17
Lutz Taufer kritisiert in seinem AK-Artikel die heute draußen bewaffnet Kämpfenden, weil sie ihre "Aktionen nicht mehr" - wie in Uruguay und in den 70er Jahren auch hier - als "'Exempel', (...) auf soziale Verallgemeinerung hin konzipier(en ...), sondern als strategische Verallgemeinerung an und für sich".
Das Konzept, das Lutz vorschlägt, entspricht - mit dem Unterschied, daß er die "Propaganda der Schüsse" nicht ausschließt - genau dem von Dutschke und Krahl 1967 entwickelten:
"Die revolutionären Bewußtseinsgruppen, die auf der Grundlage ihrer spezifischen Stellung im Institutionswesen eine Ebene von ***aufklärenden*** Gegensignalen durch sinnlich manifeste Aktionen produzieren können, benutzen eine Methode politischen Kampfes, die sie von den traditionellen Formen politischer Auseinandersetzung prinzipiell unterscheidet. Die Agitation in der Aktion, die sinnliche Erfahrung der ***organisierten Einzelkämpfer*** in der Auseinandersetzung mit der staatlichen Exekutivgewalt bilden die mobilisierenden Faktoren in der Verbreiterung der radikalen Opposition und ermöglichen tendenziell einen Bewußtseinsprozeß für agierende Minderheiten innerhalb der passiven und leidenden Massen, denen ***durch irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit*** werden kann. Die 'Propaganda der Schüsse' (Che) in der Dritten Welt muß durch die die 'Propaganda der Tat' in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit möglich macht." (Hervorh. d. Verf.)

These 18
Lutz schlägt mit diesem Konzept eine 'Rückkehr' zu einer Strategie vor, von der mir zumindest nicht klar ist, ob von ihr tatsächlich abgewichen wurde und - und das ist das wichtigere - von der er selbst in seinem AK-Artikel sagt, daß sie zumindest in Uruguay "gescheitert" sei.
Meine Zweifel, ob von der ursprünglichen Strategie tatsächlich abgewichen wurde, resultieren aus folgendem: Ich habe den Eindruck, daß auch heute die RAF ihre Aktionen, mehr darauf hin konzipiert, die berühmte "klammheimliche Freude" zu ernten, als effektiven Widerstand zu leisten (auch wenn beides manchmal zusammenfällt). Nun war ja aber - und das sollte vielleicht zu denken geben - des Göttinger Mescalero' Buback-Nachruf entgegen aller seinerzeitigen Staatsschutzpropaganda gar keine 'Werbung für eine terroristische Vereinigung', sondern eine Kritik an der RAF von einem anarcho-pazifistischen Standpunkt aus. Dieser Göttinger Mescalero trug sich bekanntlich mit dem Problem, daß er sich über Bubacks Tod freute, obwohl ihm sein gutes, revolutionäres (ha, ha: "um der Machtfrage willen" schreibt er und dann setzt er hinzu: "o Gott!") Gewissen sagte, daß er sich nicht freuen dürfe ("Diese Überlegungen allein haben ausgereicht, ein inneres Handereiben zu stoppen.", denn: "Unser Weg zum Sozialismus (wegen mir: Anarchie) kann nicht mit Leichen gepflastert sein. (...). Damit die Linken, die so handeln, nicht die gleichen Killervisagen wie die Bubacks kriegen. Ein bißchen klobig, wie? Aber ***ehrlich*** (sic!, Hervorh. + Anm. d. Verf.) gemeint..." - Na ja, dann ... - wenn es ehrlich gemeint ist, dann ist ja gut. Dann kann man/frau auch gar nichts gegen den Ausgangspunkt des Textes des Mescalero sagen: "(...), stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch - das ist mir alles piep-egal." Is' halt "ehrlich gemeint".

These 19
Die vier Hamburgerinnen (s. S. 2 r. Sp. und S. 3 li. Sp.) wiederum wiederholen in ihrem Papier genau die 'Analyse', die eine derartige Strategie (ob nun mit oder ohne Schüsse ist für das Ergebnis wurscht) 'begründet':

Die totale Herrschaft, die totale Manipulation, die globale Katastrophe - nur wir selbst wissen bescheid, wie's wirklich ist.
Die Konsequenz: Die Massen müssen über diese Erkenntnis durch spektakuläre Aktionen (bei Dutschke/Krahl eher peacenik-mäßig, bei der RAF militant) aufgeklärt werden ("Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewußtsein der Massen." [Kollektiv RAF 1971, 112].). Revolutionärer Kampf wird als Lernprozeß konzipiert, indem Moral verbreitet und über die "Verbrechen des Systems" (RAF, 1972b, 36) aufgeklärt wird. Und innerhalb dieses Ansatzes reduziert sich die Diskussion auf die kreisförmige Diskussion, ob denn eine Aktion nun **'aufklärerisch'** bzw. 'vermittelbar' war oder nicht - von Marcuse 1967, 130 und Ulrike Meinhof 1968b, 155 bis Lutz Taufer 1991a, 32 (s. Anhang A). Kurz: Es handelt sich um ein Avantgarde-Verständnis, bei dem die Avantgarde **nicht** - wie in Lenins Konzept - den Massen ***real*** **einen Schritt** voraus ist, sondern **um ein** Avantgarde-**Verständnis**, bei dem die Avntgarde den Massen um eine **'Idee'** voraus ist.

These 20
Eine derartige **Vorstellung, in der alle** von den herrschenden Ideologien **total beherrscht** sind - nur man/frau selbst nicht - und in der **man/frau** von **einem** derartigen, imaginären 'äußeren' Standpunkt aus meint, die Massen 'aufklären' zu können, ist reiner Idealismus, Subjektivismus und Voluntarismus. In "Ich sag' wie's ist" wurde schon im Herbst 1988 geschrieben (o. Verf. 1988, 2): "(...) wir sind der Ansicht, daß es einem beachtlichen Teil der Szene gar nicht um die Revolution geht, sondern darum, ihre Lebensvorstellung und Lebensweise ***hier*** durchzusetzen. Um es mal in einem beliebten Bild auszudrücken: viele wollen eben nicht wirklich die ganze Bäckerei, das heißt sie wollen vor allem nicht backen, sie wollen vielmehr alle Stücken der Torte und das Recht, sich in der Öffentlichkeit damit zu bewerfen. (...). ***Gerade die ständige Betonung des 'subjektiven Bruchs' mit dem System ist ein Ausdruck davon, daß der Bruch eben nicht vollzogen ist. Das hat einen einfachen Grund: der subjektive Bruch ist eine individuelle Entscheidung zu kämpfen. Er hebt die objektive Integration ins kapitalistische System nicht auf. Der Kapitalismus zeichnet sich eben gerade durch aus, daß er alle Bereiche des Lebens in Warenwirtschaft und Kapitalverwertung einbezieht*** - auch den gesamten" - das ist als IST-Beschreibung (aber nicht als *kapitalismus*-immanente *Möglichkeit*!) deutlich übertrieben (s. unbezahlte Hausfrauenarbeit) - "ReproduktionsbBereich, auch alle Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger*Innen*, übrigens auch alle Dieb*Innen* und Einbrecher*Innen*. Alle Vorstellungen man*/frau* könnte mit Verweigerung der Lohnarbeit, Diebstahl und dergleichen 'irgendwie außerhalb des Systems' leben, sind schlicht und einfach falsch und müssen überwunden werden." (Hervorh. + weibliche Formen d. Verf.)

These 21
Für eine ent-identifizierende Praxis der Revolution!
Nicht für den imperialistischen (1.) Weltkrieg, nicht für den vermeintlichen Frieden (= für den 'Verteidigungskrieg' [SPD]), sondern für die Umwandlung des imperialistischen Weltkrieges in einen revolutionären BürgerInnenkrieg (Lenin)!
Nicht für die Identifizierung mit der bürgerlichen Moral, dem bürgerlichen Staat, der bürgerlichen Aufklärung etc.! Nicht Gegen-Identifizierung mit der revolutionären Moral, dem sozialistischen Staat, dem revolutionären Pädagogismus etc.! [Nota bene: Das Gleiche gilt für die - falls vorhanden - entsprechenden feministischen und antirassistischen Varianten!]. Sondern für die ent-identifizierende Kritik der Moral, des Staats, der aufklärerischen Manier! (Dabei handelt es sich um kein neues Dogma [bspw. 'kein Staat'] - ich bin kein Anarchist -, sondern um eine Kampfrichtung!)
Für den Kommunismus = gleich für den feministischen, proletarischen, antirassistischen *Kampf*!

These 22
In dieser Perspektive läßt sich auch ein Problem genauer fassen, daß gemeinhin unter dem Gesichtspunkt einer vermeintlich revolutionären Moral diskutiert wird - nämlich das der revolutionären Gewalt: Weder Identifizierung mit der patriarchalen, rassistischen und/oder bürgerlichen Gewalt; noch pazifistische Gegenidentifizierung mit dem 'friedlichen Übergang' (DKP/SED, Teile der AnarchistInnen); noch Gegenidentifizierung mit der verselbständigten Gewalt des Stalinismus oder auch von Teilen der Szene; sondern ent-identifizierende Kritik der Gewalt ***am Maßstab des Ziels einer kommunistischen Gesellschaft***. D.h. konsequente Prüfung der (auch langfristigen) Zwecktauglichkeit jeden Gewalteinsatzes ***ohne jede moralische Sentimentalität des Ziel und/oder des Mittels***: Die 'Moralität' des Ziel darf nicht dazu führen, Pseudo-Mittel einzusetzen, die (zumindest langfristig) gar nicht dem Ziel dienen. Die 'Unmoralität' des Mittels darf nicht dazu führen, auf die Erreichung des Ziels zu verzichten. Die konkrete Entscheidung wird dabei immer umstritten bleiben. Dies bedeutet im Kontext der eh ständig neu erforderlichen "konkreten Analyse der konkrete Situation" (Lenin) keine Schwäche dieses Ansatzes, sondern eine ***Parteinahme für die Offenheit des revolutionären Prozeses. Im Gegensatz dazu*** wird Frage nach der "revolutionären Moral" zwar auch immer neu gestellt. Da sie aber aber nicht oder nur völlig beliebig zu beantworten ist, ***schließt diese moralische Frage den revolutionären Prozeß in zirkelförmige Diskussionen ein.***

These 23
Einige praktische Konsequenzen hinsichtlich inhaltlicher Forderungen in einer etwaigen Mobilisierung (leider gelingt es mir hier selbst nicht, mein Postulat aus These 6 und 7 zu realisieren; dies liegt aber - von meiner individuellen Dummheit großzügig abgesehen - schlicht daran, daß 'organisierte EinzelkämpferInnen' ohne revolutionäre Bewegung und ohne revolutionäre Organisation weder eine revolutionäre Praxis noch eine revolutionäre Theorie mehr als punktuell entwickeln können):
1. Die Frage nach einer Gesellschaft ohne Knastsystem bzw. einer Gesellschaft, **in der auch Faschos**, Vergewaltiger u.ä. aus den Knästen entlassen werden können, ist (im schlechten Sinne) utopisch. **Es fehlt jede praktische** (reale) Grundlage, die es erlauben würde, diese Frage auf andere als rein spekulative Art zu diskutieren.
2. Die Forderung nach Freiheit für alle politischen Gefangenen ist **zwar** ebenfalls **nicht von heute auf morgen** durchzusetzen. Sie ist aber nicht (im selben Sinne) utopisch wie die unter 1. **angesprochene Frage. Vielmehr läßt** jeder Staat mal - in bestimmten politischen Konstellationen - seine (politischen) Gefangenen **frei**, ohne daß er deshalb sein Knastsystem endgültig bzw. vollständig abschaffen würde.

3. Obwohl die Forderung nach Freiheit für die politischen Gefangenen **also keine revolutionäre Forderung ist**, ist sie für RevolutionärInnen eine sinnvolle Reformforderung. **Denn sie ist geeignet**, die (gegenwärtige) Diskussion (über die Entlassung der haftunfähigen Gefangenen) politisch weiterzutreiben - nämlich von der ***scheinbar*** 'rein juristischen' Frage (solche Fragen gibt es natürlich nie) der Anwendung 'normalen' **Haftrechts zu einer *offen politischen*** Auseinandersetzung, die über das 'normale' Recht hinausgeht. Die 'reine' Rechtsforderung verbleibt explizite innerhalb des Bestehenden; die politische Forderung geht *teilweise* darüber hinaus.
4. Deshalb sollte ***für uns*** der Grund sein, wieso ***wir*** die sofortige Freilassung der haftunfähigen politischen Gefangenen fordern, daß wir eh die Freiheit *aller* politischen Gefangenen fordern. Die Haftunfähigkeit eines Teils der Gefangenen verstärkt ausschließlich die *Dringlichkeit* der Forderung.
Dies sollte eine punktuelle Zusammenarbeit (bei Aufrechterhaltung der eigenen Begründung) mit Leuten, die die Freilassung nur bei bzw. wegen Haftunfähigkeit befürworten, nicht ausschließen.
5. Dies bedeutet auch, daß der Grund für unsere Forderung nicht die Rechtslage ist (was wiederum nicht ausschließen sollte, daß sich die Gefangenen dort, wo es u.a. um die Rechtslage geht, also vor Gericht, auf 'ihr' Recht berufen und wir dies insoweit unterstützen). Allerdings kann die juristische Argumentation nicht die politische Argumentation ersetzen. Vielmehr müssen wir - anders als ReformistInnen - in der politischen Debatte gerade zeigen, daß sich der Staat tendenziell ***aus objektiven Gründen*** an sein eigenes Recht *nicht halten kann* (s. These 2). Dies ist ein - aber sicherlich nicht der wesentlichste - Grund, wieso wir diesen Staat zerschlagen wollen. Denn die Realisierung des bürgerlichen Rechts bedeutet keinen Sozialismus und erst recht keinen Kommunismus.

Anhang A:

Ulrike Meinhof 1968a, 138 f.:
"Die Grenze zwischen verbalem Protest und physischem Widerstand ist bei den Protesten **gegen** den Anschlag auf Rudi Dutschke in den Osterfeiertagen erstmalig massenhaft, von vielen, nicht nur einzelnen, über Tage hin, nicht einmal, sondern vielerorts, nicht nur in Berlin, tatsächlich, nicht nur symbolisch - überschritten worden. Nach dem 2. Juni wurden Springerzeitungen nur verbrannt, jetzt wurde die Bloc-kierung der Auslieferung versucht. Am 2. Juni folgen nur Tomaten und Eier, jetzt flogen Steine. Im Februar wurde ein mehr amüsanter und lustiger Film über die Verfertigung von Molotowcocktails gezeigt, jetzt hat es tatsächlich gebrannt. Die Grenze zwischen Protest und Widerstand wurde überschritten, dennoch nicht effektiv, dennoch wird sich das, was (herrschenderseits, Einf. d. Verf.) passiert ist, wiederholen können; Machtverhältnise sind nicht verändert worden. Widerstand wurde geübt. Machtpositionen wurden nicht besetzt."

Ulrike Meinhof 1968b, 154, 155:
"Das progressive Moment einer Warenhausbrandstiftung liegt nicht in der Vernichtung von Waren, es liegt in der Kriminalität der Tat, im Gesetzesbruch. (...). Hat also eine Warenhausbrandstiftung dies progressive Moment, (...), so bleibt zu fragen, ob es vermittelt werden kann, in ***Aufklärung*** umgesetzt werden kann." (Hervorh. d. Verf.)

Marcuse 1967, 128, 130:
"Sie haben hier eine Opposition, die offenbar nichts zu tun hat mit der 'klassischen' revolutionären Kraft; ein Alpdruck - aber ein Alpdruck, der der Wirklichkeit entspricht. Ich glaube, daß diese so ganz unorthodoxe Konstellation der Opposition ein treuer Reflex der autoritär-demokratischen Leistungsgesellschaft ist, der 'eindimensionalen Gesellschaft', wie ich sie zu beschreiben versucht habe, und deren Haupt-merkmal die Integration der beherrschten Klasse auf einem sehr materiellen, sehr realen Boden ist, nämlich auf dem Boden gesteuerter und befriedigter Bedürfnisse, die ihrerseits den Monopolkapitalismus reproduzieren - ein gesteuertes und unterdrücktes Bewußtsein. Resultat dieser Kontellation ist: keine subjektive Notwendigkeit radikaler Umwälzung, deren objektive Notwendigkeit immer brennender wird. Unter diesen Umständen konzentriert sich die Opposition wieder auf die Außenseiter innerhalb des Bestehenden, nämlich erstens auf die Gettos, die 'Unterprivilegierten', deren vitale[n] Bedürfnisse selbst der hochentwickelte Spätkapitalismus nicht befriedigen kann und nicht befriedigen will. Zweitens konzentiert sich die Opposition am entgegengesetzten ***Pol*** (sic!, Anm. + Hervorh. d. Verf.) der Gesellschaft, auf die Privilegierten, deren Bewußtsein und deren Instinkte die gesellschaftliche Steuerung durchbrechen oder sich ihr entziehen können. Ich meine diejenigen Schichten der Gesellschaft, die auf Grund ihrer Position und Erziehung noch Zugang zu den Tatsachen (...) - Zugang zum Gesamtzusammenhang haben. Es sind Schichten, die noch ein Wissen und Bewußtsein haben von dem ständig sich verschärfenden Widerspruch und von dem Preis, den die sogenannte Gesellschaft ihren Opfern abverlangt. (...). Das (nämlich die Stärkung des/r Gegner*In*, d. Verf.) geschieht sowieso bei jeder (also nicht nur der gewaltsamen, d. Verf.) Aktivierung der Opposition, und es handelt sich darum, diese Stärkung des Gegners zu einem Durchgangsstadium zu machen. Dann aber hängt die Bewertung der Situation ab von dem Anlaß der Konfrontation und besonders von dem Erfolg einer systematisch durchgeführten ***Aufklärungsarbeit*** und von der Organisierung der Solidarität."

Dutschke/Krahl 1967, 139:
"Durch die globale Eindimensionalisierung aller ökonomischen und sozialen Differenzen ist die damals berechtigte und marxistisch richtige Anarchismus***kritik***, die ***des voluntaristischen Subjektivismus***, daß Bakunin sich hier auf den revolutionären Willen allein verlasse und die ökonomische Notwendigkeit außer acht lasse, heute ***überholt***. Wenn die Struktur des Integralen Etatismus durch alle seine institutionellen Vermittlungen hindurch ein gigantisches System von Manipulation darstellt, so stellt diese eine neue Qualität von Leiden der Massen her, die nicht mehr aus sich heraus fähig sind, sich zu empören. Die Selbstorganisation ihrer Interessen, Bedürfnisse, Wünsche ist damit geschichtlich unmöglich geworden. (...). Die Möglichkeit zu qualitativer, politischer Erfahrung ist auf ein Minimum reduziert worden. (...). ." (Hervorh. d. Verf.; die anschließende Passage ist in These 17 zitiert).

RAF 1972b, 36:
"Mit der Einführung des 8-Stundentages hat der 24-Stundentag der Herrschaft des Systems über den Arbeiter seinen Siegeszug angetreten - mit der Schaffung von Massenkaufkraft und 'Einkommensspitzen' hat das System den Siegeszug über die Pläne, Bedürfnisse, Alternativen, Phantasie, Spontaneität, kurz den ***ganzen Menschen*** angetreten! Das System hat es in den Metropolen geschafft, die Massen so tief in seinen Dreck zu ziehen, daß sie daß Gefühl für ihre Lage als Ausgebeutete und Unterdrückte, als Objekte des imperialistischen Systems weitgehend verloren zu haben scheinen, so daß sie für's Auto ein paar Plünnen, 'ne Lebensversicherung und 'nen Bausparvertrag jedes Verbrechen (sic!) des Systems billigend in Kauf nehmen, sie sich was anderes als ein Auto, eine Ferienreise, ein gekacheltes Bad kaum noch vorstellen und wünschen können. Daraus folgt aber, daß das revolutionäre Subjekt jede*R* ist, der/*die* sich aus diesen Zwängen befreit und seine Teilnahme an den Verbrechen des Systems verweigert. Daß jede*R*, der/*die* im Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt seine politische Identität findet, jede*R*, der/*die* sich verweigert, jeder, der/*die* nicht mehr mitmacht: revolutionäres Subjekt ist - Genosse/*in*."
"Der alte Anarchismus-Vorwurf ist nicht mehr zu gebrauchen - nicht in der Form, wie ihn Marx, Engels, Lenin, Rosa Luxemburg aus der Sozialdemokratie rausgeteufelt haben - zu recht. Nicht in der Form, wie Blanqui, Bakunin, Most, Kropotkin ihn entwickelt und verstanden haben - unreife Ideen in einer unreifen Situation. (...) Ob der Herrschaftsbegriff der alten Anarchist*Innen* ein Vorgriff war auf die erst durch die Entfaltung des Imperialismus entfaltete Herrschaft des Kapitalismus über ***den Menschen*** (sic!) - (...) - man/*frau* müßte das untersuchen - es kann sein."

RAF 1982, 117, 121:
"Der ***Sprung*** ist das ***innere***, lebendige, in konkreten Personen (nicht **etwa** Massen, Anm. d. Verf.) verkörperte Moment der Veränderung der Bedingungen für den Kampf hier: (...). Es ging sieben Jahre lang darum, in dieser politischen Wüste, in der alles nur Schein, Ware, Verpackung, Lüge und Betrug ist, ***DEN GEIST UND DIE MORAL***, die Praxis und die politische Orientierung des unwiderruflichen Bruchs und der Zerstörung des Systems hereinzubringen. (...). Also die Strategie, die ihre Wurzel hier hat. Im existentiellen Hunger nach einem anderen Leben, in der Erfahrung der ***Totalität des imperialistischen Zentrums***, (...). Diese Politik (der RAF, d. Verf.) (...) stellt nicht noch eines dieser sich ablösenden ideologischen Modelle (sic!) auf (...)." Sie ist vielmehr ein "Signal der Utopie (...), die ***Wiederherstellung (?!) der vollen Dimension (?!) des (?!) Menschen*** (...)." (Hervorh. - Anm. d. Verf.)

Eva Haule 1989a:
"Mit wem will ich diese große politische Auseinandersetzung? - mit allen, die das aus ihrer existentiellen Erfahrung (*subjektiv, moralisch*, materiell... *wie auch immer*) *spüren* und begreifen. daß wirklich (?!) Schluß sein muß mit der Zerstörung im System und das es dagegen darum geht, eine grundsätzlich (?!) andere, an *den Menschen* orientierte gesellschaftliche Realität durchzusetzen - (...)." (Hervorh. + Anm. d. Verf.)

Eva Haule 1989b:
"Der Kampf um *Menschenwürde* ist politisch, die menschlichen Ziele sind die revolutionären und sie können niemals Gegenstand eines Deals, eines Kuhhandels mit der Macht sein. Sie müssen erkämpft werden - so ist es hier und so ist es überall auf der Welt, wo Menschen ihre Selbstbestimmung und *Würde zurückerobern*." (Hervorh. d. Verf.)

Eva Haule 1989c:

"Das (die Haftbedingungen, d. Verf.) ist nur ein besonders zugespitzter Bereich, wo Menscheninteressen frontal zusammenstoßen mit denen von Staat und Kapital. Sie erfaßt jetzt (?!) alle gesellschaftlichen Bereiche, jede*R*, der/*die* für menschenwürdige Lebensbedingungen - im umfassenden Sinn, aber jeweils konkret im Widerstand ist, ist damit konfrontiert. (...) - für die Entwicklung einer politischen Kraft, die in der Lage ist, sich, *die (?!) menschlichen Ziele* gegen den technokratisch-faschistischen Apparat durchzusetzen, den die kapitalistische Macht hier und in Westeuropa aufrichten will. (...). Wie können die Interessen der Menschen gegen diese Macht durchgesetzt werden? (...). Nicht Abgrenzung, hohle Parolen, ideologische Modelle (sic!) ... stehen im Zentrum, sondern die Menschen." (Hervorh., Anm. + weibliche Formen d. Verf.).

Lutz Taufer 1991, 32:
"Strategie der Tupamaros war es, zusammen mit *dem Volk* (sic!) den Prozeß der Macht von unten zu *erlernen*, zu akkumulieren. Das Richtige zu tun. Und im und aus dem Alltäglichen *der Menschen* das Bewußtsein ihrer Geschichtsmächtigkeit reifen zu lassen. (...) Guerilla, bewaffneter Kampf, das war für sie immer eine Taktik im Kampf für die soziale Revolution gewesen. Wir sind damit gescheitert, der Kampf geht weiter, so Rosencof sinngemäß im Interview (clockwork 25, 5.7.91). (...) In der Bundesrepublik gehen die revolutionären Uhren anders. Um Lichtjahre von jenem Selbstverständnis der 70er Jahre, wonach der strategische Prozeß ein gesellschaftlicher und die bewaffnete Aktion darin ein taktisches Instrument ist, ein Katalysator, ein Exempel, wird die bewaffnete Aktion nicht mehr als 'Exempel' gedacht, als Beispiel, das auf soziale Verallgemeinerung hin konzipiert ist, sondern als die strategische Verallgemeinerung an und für sich. (...). Der Stoffwechsel (die Akkumulation) findet nicht statt zwischen der politischen Initiative und Teilen der Gesellschaft, er verläuft in einem parapolitischen Raum, neben der Gesellschaft, zwischen Staatsschutz und Revolutionär*Innen*. So wiederholt sich darin die vom Kapital geprägte Mentalität und Entwicklung unserer Zeit: die Versteppung des Sozialen." (Hervorh. + Anm. + weibl. Formen d. Verf.)

autonomus marxistus 1990a = 1990b, 28:
"Die Verwendung des Begriffs ("Front", d. Verf.) erfolgt aber so substanzlos, es nicht verwundert, daß in Andreas Text (gemeint ist die Aussage von Andrea Sievering in Stammheim, Anm. d. Verf.) nie klar wird, wer/*welche* sich jenseits der Fronten gegenübersteht: gesellschaftliche Lager oder Klassen, oben und unten, Männer und Frauen? Was sich durch die gesamte Aussage zieht, ist die Konfrontation zwischen einer manchmal quasi-mythisch erscheinenden 'Macht' (manchmal als imperialistisch bezeichnet) und andererseits den 'Menschen' (manchmal auch als ganze bezeichnet) oder auch dem 'revolutionären Pol'. Diese Begriffe und Bilder sind bezeichnend für die Unfähigkeit oder den Unwillen zur Analyse gesellschaftlicher Zustände. (Imperialistische) Macht und (ganzer) Mensch sind das Gegensatzpaar aus StarWars und ähnlichen Trivialmythen; ein 'revolutionärer *Pol*' ist zwar eine originelle Neuerfindung (in Italien gab schon die 'revolutionären Kerne', auch in der westdeutschen Linken war einmal die Focustheorie sehr angesagt, für den Focus gilt übrigens sinngemäß ähnliches wie für einen Pol). Ein Pol ist schlicht ein (gedachter) Punkt. Es ist wirklich zu fragen, welche Rolle ein Pol in den realen (Klassen)Kämpfen hier und weltweit spielen soll." (Hervorh. + weibliche Formen d. Verf.).

Literatur:

autonomus marxistus 1990: autonomus marxistus, *Einige kritische und polemische Anmerkungen zur Aussage von Andrea Sievering Stammheim*, in: *PROWO* Nr. 6, 27.09.1990a, 10 (gekürzter Nachdruck aus: *interim*, Nr. 116, 20.09.1990b, 25 - 32).
Bick et al. 1992: Martina Bick / Rosemarie Prieß / Mareile Schmegner / Rosita Timm, *Unser Kampf für das Leben. Freiheit für alle politischen Gefangenen*, in: *Angehörigen-Info*, Vol. 88, 13.03.1992, 1 - 3.
Dutschke/Krahl 1967: R. Dutschke / H.-J. Krahl, *Organisationsreferat* (1967), in: Linke Liste FfM 1988, 137 - 139. (Nachdruck aus: Diskus [Frankfurt/M.] 1980).
Haule 1989a: Eva Haule, "*Eine andere Auseinandersetzung - die Fragen sind jetzt andere*". Ein Brief von Eva Haule, Gefangene aus der RAF und inhaftiert in Stammheim, datiert vom 16. März, in: *taz*, 14.04.1989.
Haule 1989b: dies., *Grußadresse von Eva Haule zur Demonstration am 29.4.89*, in: *ak* 306, 02.05.1989.
Haule 1989c: dies., *Erklärung von Eva Haule*, in: *ak* 308, 26.06.1989, 36.
Kollektiv RAF 1971: Kollektiv Rote Armee Fraktion, *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* (1971), in: Klaus Bittermann (Hg.), *Die alte Straßenverkehrsordnung*. Dokumente der RAF. Verlag Klaus Bittermann: (West)berlin, 1987[3], 47 - 125.
Linke Liste FfM 1988: Linke Liste Universität / Frankfurt (Hg.), *Die Mythen knacken*, o.O. (Frankfurt am Main), 1988[2].
Marcuse 1967: ders., *Das Problem der Gewalt in der Opposition* (1967), in: Linke Liste FfM 1988, 128 - 132 (Nachdruck aus: *Das Ende der Utopie*, Frankfurt am Main, 1980).
Meinhof 1968a: Ulrike Meinhof, *Vom Protest zum Widerstand*, in: Meinhof 1988, 138 - 141 (Nachdruck aus: KONKRET 5/1968).
Meinhof 1968b: dies., *Warenhausbrandstiftung*, in: Meinhof 1988, 153 - 156 (Nachdruck aus: KONKRET 4/1968)
Meinhof 1988: dies., *Die Würde des Menschen ist unantastbar* (Wagenbach Taschenbücherei 62), Verlag Klaus Wagenbach: Westberlin, 1988.
Mescalero 1977: *Ein Göttinger Mescalero, Bubak - ein Nachruf* (1977), in: Linke Liste FfM 1988, 168 - 171 (Nachdruck aus: Peter Brückner et al. [Hg.], Buback - ein Nachruf).
o. Verf. 1988: o. Verf., "*Ich sag', wie's ist*" (Teil 1), in: *interim*, Nr. 26, 28.10.1988.
RAF 1970: *Erklärung zur Befreiung von Andreas Baader. Die Rote Armee aufbauen*, in: Redaktion 1988, 4.
RAF 1971: Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, in: Redaktion 1988, 5 - 13.
RAF 1972a: dies., *Stadtguerilla und Klassenkampf*, in: Redaktion 1988, 15 - 27.
RAF 1972b: dies., *Die Aktion des Schwarzen September. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes*, in: Redaktion 1988, 31 - 40.
RAF 1982: dies., *Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front*, in: Redaktion 1988, 116 - 122
Redaktion 1988: Redaktion (Hg.), Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. *Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF)*. GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte: Köln, 1988[4].
Schulze/Wiegrefe 1991a: Detlef Schulze / Carsten Wiegrefe, "*Der Staat sind wir alle*" *(Antje Vollmer)?!* BRD-Linke zwischen Staatstragenheit und Selbstisolierung, in: Thomas Klein / Vera Vordenbäumen / Carsten Wiegrefe / Udo Wolf (Hg.), *Keine Opposition. Nirgends?* Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus, Ch. Links Verlag: Berlin, 1991, 54 - 68.
Schulze/Wiegrefe 1991b: dies., *Aktuelle Abwehrkämpfe organisieren, eine langfristige revolutionäre Perspektive entwickeln!*, in: *Strömungsblättchen* (Berlin), Nr. 3, o.J. (1991), 9 - 11 (s. bes. Abschnitt I. und II. auf S. 10 + Abschnitt V. und VI. auf S. 11).
Taufer 1991a: Lutz Taufer, *Suche nach der Strategie des Glücks*. Gedanken nach einem Gespräch mit Louis Rosadilla, in: *ak* 337, 16.12.1991, 32 - 33.
Taufer 1991b: ders., (*Brief an die Tübinger* "*Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen vom 21.12.1991*), in: *interim*, Nr. 180, 13.02.1992, 32 - 37.

Gegen die HERRschende Weltordnung 1992

15. Juni: Flüchtlinge in Angola und Mosambik
Elende Flucht - Flüchtendes Elend. Flüchtlingsbewegungen im südlichen Afrika. In Angola und Mosambik, zwei der ärmsten Länder der Erde, wurden durch den Bürgerkrieg und infolgedessen kriegszerstörte Wirtschaft und Hungersnöte Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht - in Angola 2 Mio; in Mosambik 4,5 Mio (=50%). Der durch Unita/Angola und Renamo/Mosambik angezettelte Bürgerkrieg wurde von Südafrika unterstützt. Was sind die Hintergründe des Krieges der Contras und wie kann die zukünftige Entwicklung dieser Länder aussehen? (Anti Apartheid Bewegung)
(Mehringhof-Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2, 1/61, 19:30 Uhr)

15. Juni: Mit Schwert und Kreuz - Das Erbe der Kirche in Lateinamerika
Mit Carl-Jürgen Kaltenborn.
(VHS-Steglitz, im Rathaus Steglitz, 18:00 Uhr)

16. Juni: Geschichte der lateinamerikanischen Theatertreffen von CLETA (Mexiko)
Vortrag und Diskussion mit den Mitgliedern von CLETA zum Thema "500 Jahre Kulturwiderstand"
(Kaufhaus Kato, 17:00 Uhr)

16. Juni: Pflanzen für die Menschen oder Patente für die BiotechKonzerne?
Costa Rica hat die genetischen Ressourcen seines Urwaldes an den Pharmakonzern MERCK verkauft, in Peru existiert die größte Gen-Bank der Welt für Kartoffeln. Im Zuge der Gentechnologie werden Pflanzengene, die bislang niemandem gehörten, zu "genetischen Ressourcen", zu Rohstoffen also, die einen Marktwert haben. Sie werden in den Privatbesitz von Konzernen überführt, die aus ihnen neuartige Gewächse herstellen und sie patentieren lassen. Diese Vermarktung der Gen-Ressourcen ist eine Fortsetzung des Kolonialismus mit den Methoden der Biotechnologie. (Genethisches Netzwerk)
(Kaufhaus Kato, 19:30)

16. Juni: Autonomie der Atlantikküste Nicaraguas
Infoveranstaltung mit Cyril Omier (Regionaler Koordinator des Movimiento Amplio de Apoya y Defensa de la Autonomía; Bluefields) über den Stand des Autonomieprozesses nach 500 Jahren Kolonisierung und 26 Monaten autonomer Regionalregierung.
(Autonomia)
(El Locco, 19:30 Uhr)

16. Juni: Wieso immer noch Kaffee aus Nicaragua?
Eddy Lopez, Vertreter der LandarbeiterInnengewerkschaft ATC, und Otmar Meyer, der für die alternative Handelsgesellschaften MITKA und GEPA in Nicaragua arbeitet, berichten. (Ökotopia)
(Cafe Vierlinden, Erkelenzdamm 47, 1/36, 20:00 Uhr)

16. Juni: Ausstellungseröffnung: Südafrika schreit nach Frieden
Hintergründe der Gewalt schwarz gegen schwarz. (BAOBAB)
(BAOBAB, 20:00 Uhr)

17. Juni: Die Tupamara Yessie Arlette berichtet:
Zum Referendum gegen die Privatisierung der Wirtschaft und über Medien in Uruguay
(Kaufhaus Kato, 19:30 Uhr)

17. Juni: Solidarität - ab in den Supermarkt
Diskussion über Vermarktung von Solidaritätsprodukten am Beispiel Kaffee. (Ökotopia)
(BAOBAB, 20:00 Uhr)

18. Juni: Veranstaltung zur Fotoausstellung über guatemaltekische Kinder
(Kaufhaus Kato, 16:00 Uhr)

18. Juni: Guatemaltekische Flüchtlinge: ihr Kampf für Land, Gerechtigkeit und Entmilitarisierung
50.000 guatemaltekische Flüchtlinge, die seit 1982/83 in Lagern in Mexiko leben, sollen Ende dieses Jahres nach Guatemala zurückkehren. Ihre Forderung, daß diese Rückkehr unter menschenwürdigen Bedingungen stattfinden soll, muß gegen die guatemaltekische Regierung und regierungsabhängige Hilfsorganisationen durchgesetzt werden. Dazu ist internationale Unterstützung dringend notwendig. Diavortrag. (Guatemala-Komitee Berlin)
(Kaufhaus Kato, 19:30 Uhr)

18. Juni: Informations- und Diskussionsveranstaltung mit Yessie Arlette (MLN-Tupamaros)
Über die politische Situation von Frauen in Uruguay und Frauenwiderstand. Nur für Frauen.
(BAOBAB, 19:30 Uhr)

18. Juni: "Back to the land" - Kampagne
Veranstaltung mit Sophie Molokoane, Mitarbeiterin des südafrikanischen Kirchenrates. Die Okasie-Community hat erfolgreich einer Zwangsumsiedlung durch die südafrikanische Regierung widerstanden. Andere Gemeinden wurden von ihrem Land vertrieben. Sophie Molokoane wird von dem Kampf dieser Gemeinden um Rückkehr auf ihr Land berichten. (Anti-Apartheid-Bewegung)
(Mehringhof-Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2, 1/61, 19:30 Uhr)

18. Juni: Lateinamerika heute: Schulden und Hoffnung
Mit Thomas Hurtienne.
(VHS-Steglitz, im Rathaus Steglitz, 18:00 Uhr)

19. Juni: Olympia 2000 - Schneller, höher... plumps
Eine visuelle Stadtrundreise gegen Olympia. (AOK)
(Kaufhaus Kato, 17:00 Uhr)

19. Juni: Grenzen auf!
Zur Situation von Flüchtlingen im ehemaligen Jugoslawien auf dem Weg in die Festung Westeuropa. Berichte aus Ljubljana /Slowenien und Berlin (Antirassistisches Zentrum)
Kaufhaus Kato, 19:30)

19. Juni: Video: "Daß alle sich erheben"
Guatemala/BRD 1992, 55 min. OmU, von Ludger Pfanz und Gülsel Özkan.
Ein Video über Guatemala und die Kampagne "500 Jahre Widerstand"
(El Locco, 18:00 Uhr)

19. Juni: kurzgeschichten aus Lateinamerika
Wir lesen Geschichten von verschiedenen Schriftstellerinnen aus Lateinamerika
(El Locco, 21:00 Uhr)

19. Juni: Esperanza y Pelos
Veranstaltung zu 500 Jahren Eroberung und Unterdrückung in Lateinamerika mit Musik, Lesung, Tanz, Film und Fest. (INKOTA)
(Gethsemane-Kirche, Prenzlauer Berg, U-Bahnhof Schönhauser Allee)

Termine

Do 11 6 um 19 30 Film & Vortrag "Drahtzieher im braunen Netz" im Infoladen Bambule, Schönhauser 20
22 00 2Frauenbands in der Köpenicker 137. Polianna Frank meets Ellyott Dragon & Tribe 8. Einlass für alle ab 21 00.
Fr 12 6 um 20 00 Film "Nuevete- con todo el corazon", Hommage an die kubanische Revolution im EX
Sa 13 6 um 14 00 Sommerfest in March/Einstein mit allem was ein Fest braucht. ab 22 00 Solikonzert mit Operation Mindfuck, Graue Zellen 6 Rockfort.
So 14 6 um 19 00 vv zur Demo "Für die FReiheit der polit. Gefangenen" im Mehringh
Di 16 6 um 20 00 Infoveranstaltung zum Prozess gegen Knud und Ralf im EX
21 00 & 23 00 Film "Die Seele des Geldes" im CLASH, Uferstr 13
Mi 17 6 um 20 00 "Helden für Deutschland" im Bandito Rosso. Dokumentation über faschistische Parteien in der BRD.
Do 18 6 um 19 00 Kiezpalaver in Neukölln zu den geplanten Großprojekten und zur Situation bedrohter Projekte im Nachbarschaftsheim Morusstr 18a
19 30 Diskussion über das Buch "Feuer und Flamme 2" und andere Themen im SOS, Kollwitzpl.64 im Hhof
20 00 Frauen-Disco im El Locco
Fr 19 6 um 18 00 Veranstaltung gegen die Kriminalisierung von pol. aktiven AusländerInnen. Halk Evi, Kottbusser D.74
Sa 20 6 um 12 00 Kiezspaziergang gegen Umstrukturierungspläne in Neukölln. Treffpunkt: Kindl-Festsäle in der Hermannstr.

13. 6. ab 14⁰⁰ SOMMERFEST

Es gibt: AKROBATEN & CLOWNS & Puppentheater, FLOHMARKT, KABARETT 2/3, Spiele, IRISCHE MUSIK, FRESSEN + TRINKEN, LAGERFEUER

ab 22⁰⁰ SOLIKONZERT

FÜR DIE GEFANGENEN AUS RAF + WIDERSTAND

mit: OPERATION MINDFUCK (RENDSBURG), GRAUE ZELLEN, ROCKFORT (BERLIN)

Videoreihe zu

Stadtguerilla
Bewaffneter Kampf
Deutscher Herbst

Das immer noch aktuelle Mediengeplänkel um die RAF-Stasi-Connection, die Auseinandersetzung um die Entlassung haftunfähiger politischer Gefangener, die Präsentation eines - echten oder falschen? - Kronzeugen im "Fall Herrhausen" und schließlich die Ankündigungen der RAF und einer RZ, den bewaffneten Kampf zu beenden, legen es nahe, uns nocheinmal dessen zu vergewissern

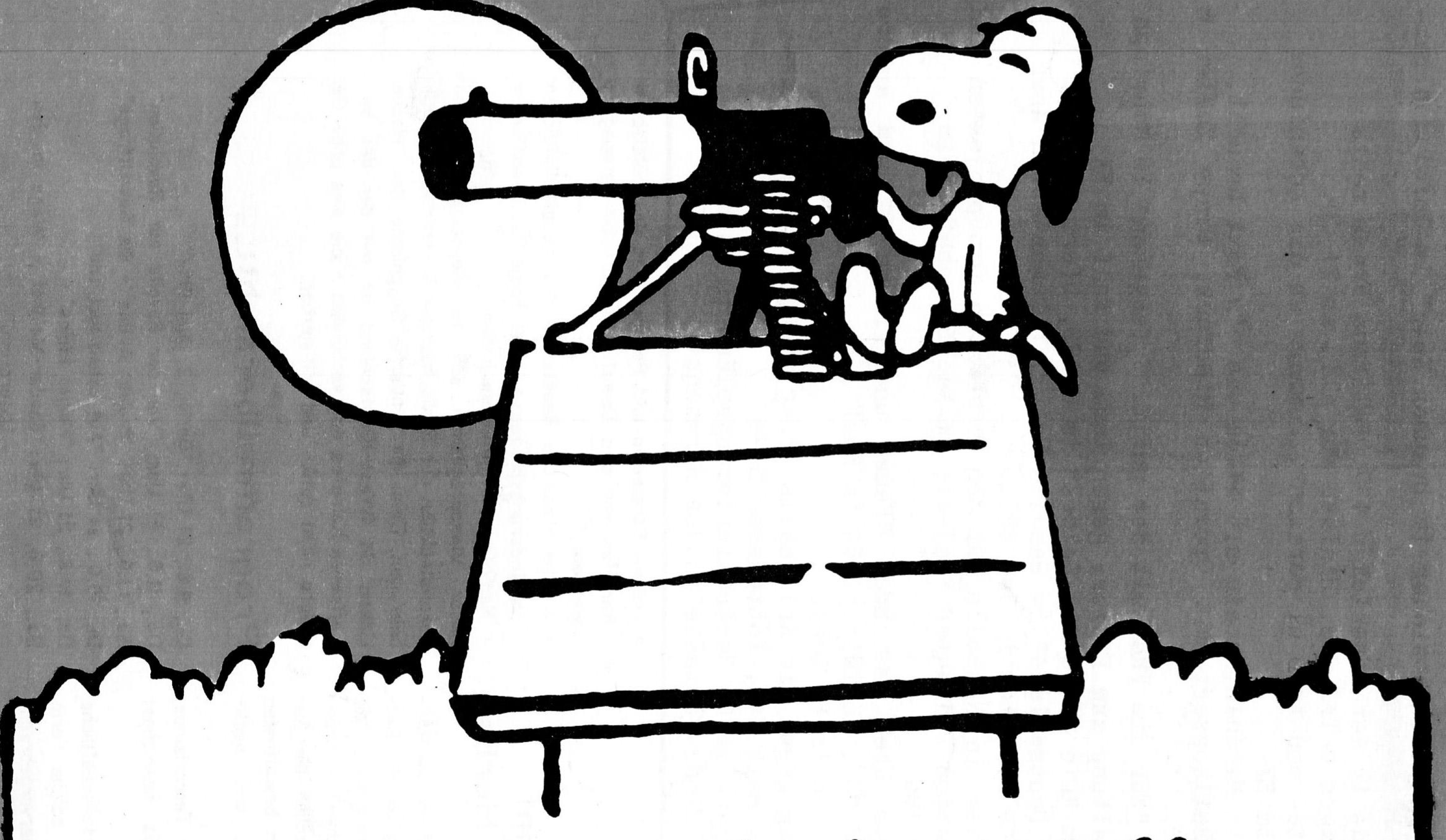
- was da - je nach Standpunkt - als Terrorismus, bewaffneter Kampf oder Stadtguerilla bezeichnet wird;
- welche spezifische historische und gesellschaftliche Situation der BRD und weltweit eine solche Form der politischen Auseinandersetzung hervorgebracht hat;
- welche Strategien und Perspektiven des politischen Kampfes von den bewaffneten Gruppen propagiert werden;
- welche staatliche Reaktionen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse in der Folge des bewaffneten Kampfes stattgefunden haben.

Unser Videoprogramm soll zu dieser notwendigen Rekonstruktion der Basis heutiger linksradikaler Politik beitragen. Denn die politische Geschichte der "Neuen Linken" in (West-)Deutschland ist mit der des bewaffneten Kampfes eng verbunden - die eine ohne die andere nicht denk- und kritisierbar.

Programmübersicht:

Di., 9.6., 21 Uhr: "Berlin, 2. Juni 1967"
Do., 11.6., 21 Uhr: "Von der Revolte zur Revolution"
Sa., 13.6., 21 Uhr: "Projekt Arthur - die Gewaltfrage"
Di., 16.6., 21 Uhr: "Auf Leben und Tod"
Do., 18.6., 21 Uhr: "Holger Meins"
Sa., 20.6, 21 Uhr: "Baader-Meinhof - Wege in den Untergrund"
Di., 23.6., 21 Uhr: "Deutschland im Herbst"
Do., 25.6., 21 Uhr: "Sie würden uns gern im Knast begraben"
Sa., 27.6., 21 Uhr: "Astrid Proll - ihr Leben in England"
Di., 30.6, 21 Uhr: "Karl Heinz Roth - ein Interview" und: "Die Spiegel-Besetzung"
Do., 2.7., 21 Uhr: "Wertvolle Jahre"
Sa., 4.7., 21 Uhr: "Alle 40 müssen raus!"

Videokino Daneben
Rigaer Str. 84
O-1035 Berlin-F'hain


kann die Kritik der Waffen
nicht ersetzen!